

Handelsblatt



Künstliche Intelligenz
KI-Technologie lässt Apple und Samsung auf Milliarden hoffen.
▶ 18

Investor
Dieser Milliardär gilt als Schrecken des deutschen Mittelstands.
▶ 26

Immobilien
Erstkäufer, aufgepasst: Vor diesen Immobilien warnt ein Topmakler.
▶ 28

Großbritannien
Außenminister David Lammy will einen Neustart mit Europa.
▶ 14

Europas Lithium-Deal

Serbien gewährt der europäischen Autoindustrie exklusiven Zugang zu einer der größten Lithium-Minen der Welt. Das Land hofft auf schnelleren Zugang zur EU.

Die europäische Autoindustrie soll exklusiven Zugriff auf die Lithium-Vorkommen Serbiens erhalten. Kanzler Olaf Scholz trifft sich am Freitag mit dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vucic und dem Vizepräsidenten der EU-Kommission, Maros Sefcovic, in Belgrad. Dort soll eine Absichtserklärung unterzeichnet werden. „Es ist für uns eine große Chance, um unsere Verbindung zu Deutschland und der EU zu stärken“, sagt Vucic im Interview.

Der Rohstoff wird für Batterien gebraucht und gilt als zentral für die Elektromobilität. Bis 2040, schätzt die Internationale Energieagentur, wird sich der globale Bedarf vervielfachen. Ein Großteil der Wertschöpfungskette wird von China kontrolliert. Schon länger drängt die Autoindustrie auf alternative Lieferanten aufzubauen



Wir sind loyal zu Europa.

Aleksandar Vucic
Präsident Serbiens

– aus Sorge vor zu großer Abhängigkeit. Der Verband der deutschen Automobilindustrie begrüßt das Abkommen. Um die Ziele beim Klimaschutz zu erreichen, sei die Versorgung mit Rohstoffen essenziell, sagte VDA-Chefin Hildegard Müller. „Das Abkommen mit Serbien ist ein wichtiges und richtiges Signal.“ Der mit der Förderung beauftragte Bergbaukonzern Rio Tinto sieht das Projekt als Katalysator für die Entwicklung einer breiteren Wertschöpfungskette.

Aktuell plant Serbien mit einer Produktion von 58.000 Tonnen Lithium jährlich. Das entspricht rund 17 Prozent der EU-Nachfrage und deckt den Bedarf für die Herstellung von rund 1,1 Millionen Elektroautos. Chinesische Hersteller will Serbien nicht beliefern. Vucic verspricht: „Wir sind loyal zu Europa.“ ▶ Fortsetzung auf Seite 4

Etat 2025

Neue Risiken beim Haushalt

Der Ampelkoalition drohen neue Probleme beim Haushalt für das kommende Jahr. Ob sich die von der Bundesregierung vereinbarten Maßnahmen zur Schließung einer acht Milliarden Euro großen Finanzlücke umsetzen lassen, ist nach Aussage von Finanzminister Christian Lindner (FDP) unklar. Es handle sich um „ergebnisoffene Prüfaufträge“, betonte er. „Erhebliche Anstrengungen liegen vor uns.“ Andere Regierungmitglieder hatten bisher den Eindruck vermittelt, dass die Umsetzung sicherlicher gelinge. Zu den Optionen gehören eine Liquiditätsreserve bei der KfW-Bank sowie Darlehen an die Bahn und die Autobahn GmbH. ▶ 7

Chipausrüster

Aktienkurs von ASML bricht ein

Europas wertvollster Tech-Konzern stand am Mittwoch an der Börse massiv unter Druck. Trotz solider Quartalszahlen verloren die Papiere von ASML mehr als zehn Prozent an Wert. Die Investoren befürchten, dass die US-Regierung die Ausfuhr von Chipmaschinen des niederländischen Konzerns nach China weiter erschwert. Das könnte ASML mehrere Milliarden Euro Umsatz kosten. Die Volksrepublik steht für rund 30 Prozent der Erlöse. Auch zahlreiche andere Halbleitertitel mussten wegen der drohenden Sanktionen deutliche Einbußen hinnehmen. ▶ 17

Wirecard-Prozess

Ex-Chefbuchhalter gesteht Fehler

Der frühere Chefbuchhalter von Wirecard, Stephan von Erffa, hat sein Versagen eingestanden. „Ich habe Fehler gemacht, die ich bereue“, erklärte der Angeklagte in der Verhandlung am Münchener Landgericht. Ebenso wie Ex-CEO Markus Braun und Dubai-Statthalter Oliver Bellenhaus wird von Erffa schwerer Betrug vorgeworfen. Erstmals in anderthalb Prozessjahren äußerte er sich inhaltlich zu seiner Rolle und den Vorwürfen. Er beschrieb sich dabei als überforderten Manager, dem wie bei einem „Jongleur“ kein Ball herunterfallen durfte. ▶ 20



Märkte

Dax	18.471 Pkt.	-0,26 %
MDax	25.575 Pkt.	-0,01 %
TecDax	3.360 Pkt.	-0,46 %
E-Stoxx 50	4.901 Pkt.	-0,94 %
Dow Jones	41.031 Pkt.	+0,19 %
Nasdaq	18.064 Pkt.	-2,40 %
S&P 500	5.601 Pkt.	-1,16 %
Nikkei	41.098 Pkt.	-0,43 %
Euro/Dollar	1,0930 US\$	+0,28 %
Gold	2.462,63 US\$	-0,26 %
Öl	85,64 US\$	-1,10 %

Dax Gewinner

1	BASF	+2,36 %	44,85 €
2	Adidas	+2,32 %	234,00 €
3	Bayer	+2,13 %	26,61 €

Verlierer

1	Rheinmetall	-5,40 %	485,70 €
2	Siemens Energy	-4,29 %	25,46 €
3	Zalando	-2,20 %	23,98 €

Stand: 17:00 Uhr

Die Republikaner in Euphorie

Der Wahlsieg im November sei Donald Trump kaum noch zu nehmen, analysierten viele Beobachter nach dem missglückten Anschlag am Wochenende. Zumindest hat er innerhalb der Republikanischen Partei alle Restzweifel weggewischt und durch eine quasi-religiöse Verehrung ersetzt. Mitten im Jubel sind mehrere deutsche Bundestagsabgeordnete unterwegs und knüpfen Kontakte zu jenen, die ab dem kommenden Jahr über die US-Politik entscheiden könnten. Sie wollen verhindern, dass Deutschland auf den nächsten Trump-Sieg so schlecht vorbereitet ist wie beim ersten Wahlsieg 2016. ▶ 6



BMW testet neue Motorentechnik

Der Autobauer prüft den Serieneinsatz von Radnabenmotoren.

BMW macht einen Vorstoß, um einer neuen Motorentechnik zum Durchbruch zu verhelfen. Seit drei Jahren arbeitet der Autohersteller gemeinsam mit dem Münchener Start-up Deep Drive an sogenannten Radnabenmotoren. Nach „vielversprechenden Prüfstandergebnissen“ sollen nun die ersten Praxistests verschiedener Varianten in mehreren Modellen auf der Straße folgen, teilte BMW am Mittwoch mit.

Für die Autokonstruktion bietet das Konzept radikal neue Möglichkeiten. Die Motoren entwickeln ihre Kraft direkt im Rad und machen Antriebswellen und Getriebe überflüssig. Das Auto wird insgesamt leichter, und es bleibt deutlich mehr Raum, etwa für mehr Batteriezellen. Im Betrieb soll die Maschine bis zu zwanzig Prozent effizienter als heutige Motoren arbeiten – ein Wert, den die BMW-Ingenieure mittlerweile für realistisch halten.

Bisher haben sich zahlreiche Unternehmen aus der Autoindustrie am Einsatz von Radnabenmotoren in Pkw versucht, die Technologie aber nicht zur Serienreife gebracht. Deep Drive hat nun nach eigenen Angaben aber eine technische Lösung gefunden, mit der die Motoren kleiner und leichter werden. Auch sollen keine seltenen Erden zum Einsatz kommen. 2026 will das Start-up die Produktion in einer Kleinserie starten. ▶ 16

Belgien, Luxemburg, Niederlande u. Österreich 3,70 € / 4,50 € Frankreich 4,20 € / 4,50 € Großbritannien 4,00 GBP / 5,00 GBP Schweiz 5,50 CHF / 6,50 CHF Polen 23,00 PLN / 27,00 PLN

IMAGO/ZUMA Press Wire, British Council / Ben Dance / FCD0

Monatsabonnententel: 0211 987 3602
Handelsblatt Print + Premium: 79,88 Euro
Handelsblatt Print + Premium: 79,88 Euro
www.handelsblatt.com/angebot

Handelsblatt GmbH Kundenservice
Tel. 0211 987 3602
kundenservice@handelsblatt.com

40029
190253 103507

PREIS 3,50 €

G 02531

Handelsblatt

Thema des Tages

Europas Lithium-Deal Serbien gewährt der europäischen Auto-industrie exklusiven Zugang zu einer der weltgrößten Lithium-Minen. ▶ 4

Aleksandar Vučić Im Interview erklärt der serbische Staatschef, warum er auf Europa setzt und warum er nicht mit Putin spricht. ▶ 4

Politik

Republikaner-Parteitag Kontakte knüpfen zum Trump-Umfeld: Mehrere deutsche Delegationen sind in Milwaukee. ▶ 6

Gesundheit Die Notaufnahmen der Kliniken sind überfüllt, Patienten müssen oft warten: Minister Lauterbach will das ändern. ▶ 8

Gipfeltreffen Großbritannien sucht Anschluss nach Europa: Beim „europäischen Davos“ haben Staats- und Regierungschefs die Chance, in Sicherheitsfragen enger zu kooperieren. ▶ 9

Großbritannien Keir Starmer will das Königreich umbauen. ▶ 9

Stromnetze Wie Bürokratie die Energiewende lähmt: Oft dauert es Monate, ehe eine Photovoltaik-Anlage oder eine Wärmepumpe ans Stromnetz kann. ▶ 10

Frankreich Jean-Luc Mélenchon, Olivier Faure, Marine Tondelier: Die mühsame Suche nach einem Premierminister. ▶ 11

Unternehmen

E-Mobilität BMW will den Antrieb revolutionieren: Der Autobauer testet zusammen mit dem Start-up Deep Drive den Serieneinsatz von Radnabenmotoren. ▶ 16

Chipausrüster ASML-Aktie bricht ein: Der Konzern verliert an der Börse deutlich. ▶ 17

Künstliche Intelligenz Apple, Google und Samsung setzen auf den „Superzyklus“ für Smartphones und wollen mit der KI-Technologie Apps überflüssig machen. ▶ 18

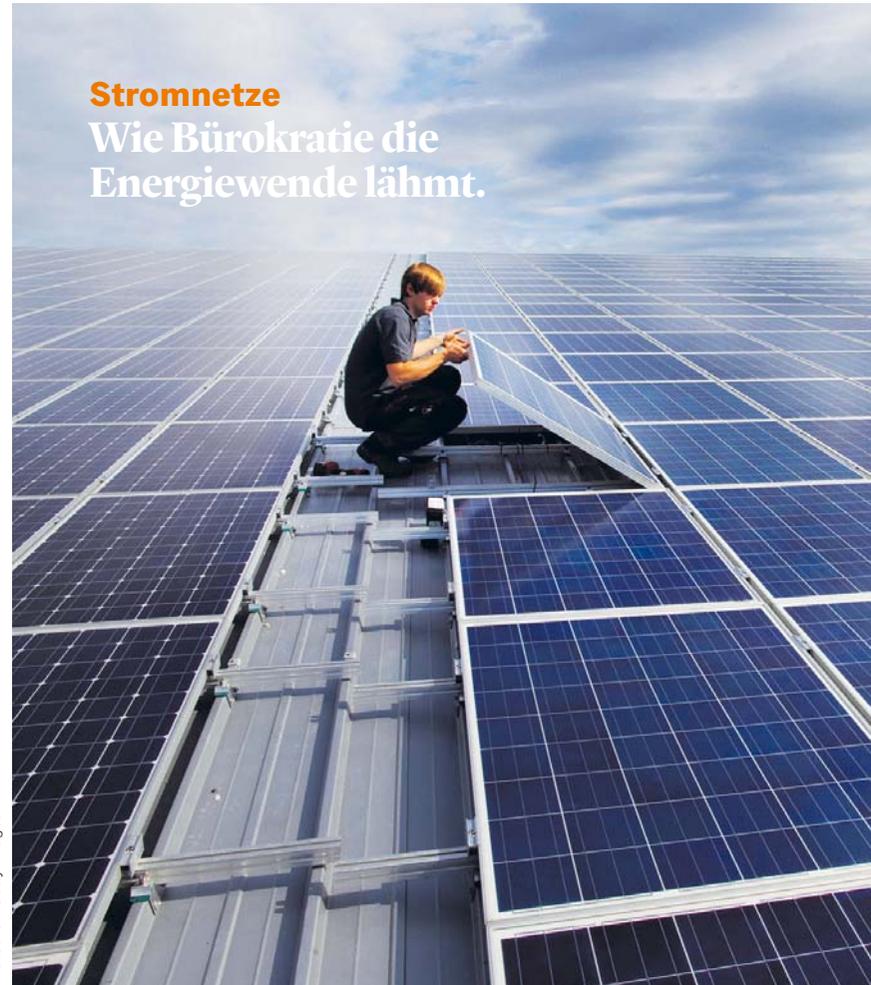
Banken Georges Elhedery wird Chef der britischen Großbank HSBC. ▶ 19



IMAGO/Seeliger

Immobilienpreise
Was ein Top-Makler Haus- und Wohnungskäufern jetzt rät.

Photothek/Getty Images

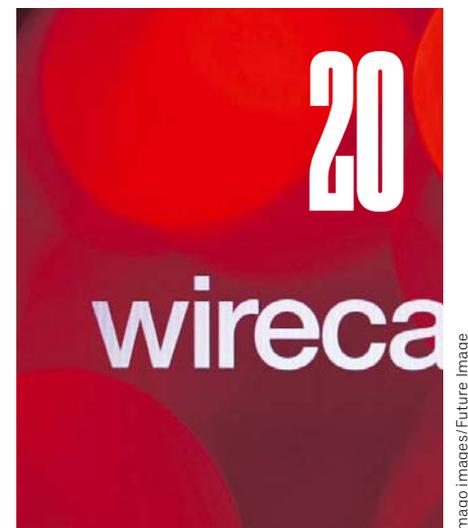


Stromnetze
Wie Bürokratie die Energiewende lähmt.



IMAGO/Zoomar

Apple, Google, Samsung
Neueste KI-Technologie soll das Smartphone verändern und Apps überflüssig machen.



imago images/Future Image

Wirecard-Prozess
Ex-Chefbuchhalter von Erffa bricht sein Schweigen.

In dieser Ausgabe

Namensindex	Faure, Oliver.....11	Mélenchon, Jean-Luc.....11	Utecht, Jörg.....37	Anglo American.....40	Empirica.....37	Pobeda.....22
Anderson, Bill.....24	Flacks, Michael.....26	Michaelis, Andreas.....6	Vance, J. D.....7, 13	Apple.....40	Eurex Clearing.....30	Protektor-Gruppe.....23
Beier, Markus.....8	Fouquet, Christophe.....17	Musk, Elon.....13, 25	Venkatramanan, Anand.....37	ASML.....17, 19	EY.....26	PwC.....24, 26
Bellenhaus, Oliver.....20	Grenell, Richard.....6	Nemat, Claudia.....18	Vírsik, Karol.....16	Austrian Airlines.....22	fan and more.....26	Qualcomm.....19
Bello, Huguette.....11	Hahn, Florian.....6	Pilsinger, Stephan.....8	von der Leyen, Ursula.....5	Baker McKenzie.....26	Flack Group.....26	S7.....22
Berlenbach, Joachim.....36	Hakverdi, Metin.....6	Pörnbacher, Felix.....16	von Erffa, Stephan.....20	Bank of China.....26	Freshfields.....26	Samsung.....17, 18
Biden, Joe.....6, 13	Härtel, André.....36	Pöttsch, Thorsten.....30	Vučić, Aleksandar.....11	Barclays.....26	Google.....18, 21	Schaeffler.....16
Bin, Dror.....21	Herbst, Max.....37	Putin, Wladimir.....5	Wauquiez, Laurent.....14	Bayer.....24	Holzverpackung Hüfingen.....26	SK Hynix.....17
Branson, Mark.....30	Hollande, François.....11	Rappaport, Assaf.....21	Wennink, Peter.....17	BDO.....26	Lundin Gold.....19	Skadden.....26
Bratzel, Stefan.....17	Johnson, Paul.....9	Reznik, Roy.....21	Winkeljohann, Norbert.....24	BHP.....40	Hyundai.....16	Southern Cross.....37
Braun, Markus.....20	Kallas, Kaja.....5	Ross, Verena.....30	Xi Jinping.....5	Blackstone.....40	Interhyp.....37	Stellantis.....4
Braun, Reiner.....37	Knower, David.....6	Schalast, Christoph.....29	Yue, Jerry.....18	BMW.....12, 16	JP Morgan.....26	Sugino.....26
Buhlinger-Göpparth, Nicola.....8	Kukies, Jörg.....30	Schewe, Hans-Rüdiger.....27	Zachert, Matthias.....39	Brain Technologies.....18	KPMG.....26	Tencent.....22
Clüver Ashbrook, Cathryn.....7	Kung, Darwei.....37	Scholz, Olaf.....4, 13	Zack, Shenaz.....18	Compact.....13	Lanxess.....39	Tesla.....17, 25
Colby, Elbridge.....7	Lagarde, Christine.....12, 30	Sichelschmidt, Dieter.....27	Zippel, Günther.....26	Conspect Film.....13	Lufthansa.....22	Trumpf.....19
Costica, Yínon.....21	Link, Michael.....13, 14	Sonder, Jürgen.....29		Continental.....12, 16	Lundin Gold.....26	TSMC.....17
d'Avoine, Marc.....27	Lauterbach, Karl.....8	Spahn, Jens.....6	Unternehmensindex	Deep Drive.....12, 16	Mercedes-Benz.....4, 12	Turkish Airlines.....22
Dahmen, Janosch.....8	Leibinger-Kammüller, Nicola.....19	Starmer, Keir.....9, 13, 14	7-Eleven.....22	Deutsche Bank.....25, 26	Micron.....17	United Airlines.....40
Dobmeier, Rudolf.....26	Ley, Burkhard.....20	Sukumar, Vinesh.....19	Aeroflot.....22	Deutsche Börse.....30	Netflix.....40	Volkswagen.....4, 12, 17
Elhedery, George.....19	Link, Michael.....6, 7	Trump, Donald.....6, 13, 17, 19, 25	Air France.....22	Deutsche Telekom.....18	Newmont.....36	White & Case.....26
Faeser, Nancy.....13	Luttwak, Ami.....21	Truss, Liz.....9	Alphabet.....21	Disney.....40	Novartis.....40	Wirecard.....20
	Macron, Emmanuel.....11, 13	Tubiana, Laurence.....11	Amazon.....22, 40	Dormakaba.....27	Nvidia.....17	Wiz.....21
	Meier, Erich.....36	Tucker, Mark.....19	AMD.....17	DWS.....37	Ogro Beschlagtechnik.....26	Zippel.....26



Die wichtigsten News aus dem Handelsblatt-Korrespondentennetz



Milwaukee

Mehrere deutsche Delegationen sind auf dem Republikaner-Parteitag. Das Ziel: Die Beziehungen zu Donald Trumps Umfeld pflegen. ▶ 6

London

Wie der neue britische Regierungschef Keir Starmer das Königreich umbauen will. ▶ 9

London

Ein Treffen europäischer Staats- und Regierungschefs bietet die Chance, in Sicherheitsfragen mit Großbritannien enger zusammenzuarbeiten. ▶ 9

Paris

In Frankreich läuft die mühsame Suche nach einem neuen Premierminister. Wer Chancen hat. ▶ 11

San Francisco

Apple, Google und Samsung hoffen auf einen „Superzyklus“ für Smartphones. ▶ 18

London

Ex-Investmentbanker Georges Elhedery wird neuer Chef der britischen Großbank HSBC. ▶ 19

Moskau

Russische Flugzeuge werden zum Risiko. Denn westliche Ersatzteile fehlen. ▶ 22

Tel Aviv

Der Wiz-Deal von Google bringt Hoffnung für Israels Tech-Szene. ▶ 21

San Francisco

Elon Musk verlegt den Sitz von X und SpaceX nach Texas. ▶ 23

Maschinenbau Trumpf bekommt Dämpfer: Der Umsatz des Laserspezialisten geht erstmals seit Jahren zurück. Auch der Auftragseingang sackt ab. ▶ 19

Bilanzskandal Ex-Chefbuchhalter von Wirecard: „Habe Fehler gemacht, die ich bereue“. Stephan von Erffa äußert sich im Prozess zum ersten Mal inhaltlich. ▶ 20

Alphabet Wiz-Deal: Hoffnung für Israels kriegsgeschundene Tech-Szene. ▶ 21

Ersatzteile Russische Flugzeuge werden zum Risiko: Es fehlt an westlicher Technik. ▶ 22

Norbert Winkeljohann „Du hast ein gutes Team, wenn du das Sägen an deinem Stuhl hörst“: Der Aufsichtsratschef von Bayer im Interview. ▶ 24

Finanzen

Apostolos Bibudis Der Deutschlandchef des Maklervereins IAD rechnet damit, dass es noch lange zu wenig bezahlbare Wohnungen geben wird. ▶ 28

Finanzmarktaufsicht Esma Debatte über die EU-Börsenaufsicht wird intensiver. ▶ 30

Goldaktien Das wachsende Sicherheitsbedürfnis vieler Anleger beflügelt Fonds für Minenwerte. ▶ 36

Umfrage Großinvestoren setzen wieder massiv auf US-Aktien: Tech-Titel bleiben wichtig. ▶ 38

Märkte-Insight Trump, Vance und die Märkte: Welche Auswirkungen die US-Wahl auch auf europäische Aktien und Anleihen haben wird. ▶ 48

Meinung & Analyse

Europäische Zentralbank Erst Inflation, nun Schulden: Die Geldpolitik wird in absehbarer Zeit wieder langweilig. Aber der EZB geht die Arbeit nicht aus. ▶ 12

Autoindustrie Im Elektroauto steckt noch viel Potenzial: Der Stromantrieb wird sich durchsetzen – weil wichtige Innovationen erst kommen. ▶ 12

„Compact“-Verbot Faesers juristische Gratwanderung: Die Innenministerin riskiert mit ihrem Vorgehen ihre politische Karriere. ▶ 13

EPC-Gipfel Endlich bewegt sich was in Europa: Die neue Regierung in London kommt in eine ungewohnte Führungsrolle. ▶ 13

Gastkommentar



Die neue britische Regierung wird Großbritannien wieder mit der Welt vernetzen.

David Lammy
Außenminister von Großbritannien

▶ 14

Anzeige

Handelsblatt Management Campus

Prof. Dr. Christian Gärtner
Professor für HRM,
Speaker & Trainer



eLearning

KI HR Masterclass

Nur noch bis 31.08.
30% Sommer-Rabatt

Das eLearning für KI-gestützte Personalarbeit: von der Rekrutierung bis zur Personalführung mit ChatGPT und Co.

- » KI-gestützte Effizienzsteigerung im Personalbereich
- » Praktische Use-Cases zur Entwicklung innovativer Lösungen
- » Best Practices aus der Praxis und wissenschaftliche Studienergebnisse
- » People Analytics mit generativer KI entlang der HR-Wertschöpfungskette
- » Technische Grenzen und ethische Rahmenbedingungen
- » Live-Prompting und Softwaredemonstrationen
- » Inkl. Live-Sessions mit Prof. Dr. Christian Gärtner

Jetzt informieren und anmelden:
handelsblatt.com/ki-hr



Europas Lithium-Deal

► Fortsetzung von Seite 1

Für die europäische Automobilindustrie ist die Versorgung mit Lithium eine Existenzfrage. Der Rohstoff ist die entscheidende Zutat in praktisch allen Akkus für Elektroautos. Und die Branche steht vor einem Boom: 8,3 Millionen Fahrzeuge könnten laut einer aktuellen Analyse der Schweizer Großbank UBS im Jahr 2030 auf dem Kontinent verkauft werden. Das sind zwar 1,3 Millionen Einheiten weniger als noch in früheren Prognosen – aber immer noch knapp viermal so viele Stromer, wie 2023 neu zugelassen wurden.

Schon heute ist der Rohstoff äußerst begehrt: Zwischen 2017 und 2022 hat sich die Lithiumnachfrage verdreifacht und für eine Rally am Lithium-Terminmarkt gesorgt. Mittlerweile hat der Preis wegen der schwächeren Elektro-Nachfrage wieder nachgelassen. Dennoch bleibt das Angebot knapp: Laut IEA deckt die erwartete Lithiumproduktion aus angekündigten Förderprojekten derzeit nur die Hälfte der erwarteten Nachfrage. Der Großteil des globalen Bedarfs wird momentan von australischen Minen gedeckt.

Zwar gibt es auch Vorkommen innerhalb der EU – etwa in Portugal, Spanien, Irland, England, Frankreich, Österreich, Finnland oder Bosnien-Herzegowina. Ob diese allerdings zeitnah ausgebeutet werden können, ist fraglich. Laut Experten vergehen zwischen Exploration und Förderung im Schnitt zwischen fünf und 15 Jahre. Das liegt zum Teil an strengen Umweltauflagen – aber auch am Widerstand aus der Bevölkerung.

Warten können die deutschen Autohersteller darauf nicht. Allein der VW-Konzern plant, mit seiner Batterieeinheit Powerco bis 2030 rund 200 Gigawattstunden an Produktionskapazitäten selbst aufzubauen – genug, um bis zu drei Millionen E-Autos mit Batterien auszurüsten. Die ersten beiden Powerco-Werke werden 2025 und 2026 erst in Deutschland und dann in Spanien produziert. Eine weitere Fabrik ist in der kanadischen Provinz Ontario geplant. Insgesamt rechnet VW bis Ende des Jahrzehnts mit einem Batteriebedarf in der Größenordnung von 400 Gigawattstunden.

Schon länger schauen die Autobauer daher verstärkt nach Möglichkeiten, Rohstoffe wie Lithium oder Nickel im großen Stil abzusichern. Einige investieren sogar direkt in Minen: General Motors (GM) hatte kürzlich bekannt gegeben, 650 Millionen Dollar in eine Lithium-Mine im US-Bundesstaat Nevada zu investieren. Damit ließen sich bis zu eine Million E-Autos jährlich mit Batterien ausstatten.

Bislang dominieren chinesische Unternehmen die Lieferkette. Die Kommunistische Partei will China wirtschaftlich und technologisch unabhängiger vom Ausland und gleichzeitig chinesische Zulieferer unersetzlich machen. In den vergangenen Jahren

haben chinesische Firmen daher Milliarden in Südamerika und Afrika investiert, um sich den Zugang zu Lithium zu sichern. Ein Beispiel ist der Autobauer BYD, der Interesse an Minen in Afrika und Chile bekundet hat. Allerdings soll es bei einigen der Projekte zuletzt Probleme gegeben haben.

Noch dominanter ist Chinas Rolle in der weiteren Lithiumverarbeitung: Rund 60 Prozent des weltweit geförderten Lithiums werden von chinesischen Firmen zu nutzbaren Chemikalien weiterverarbeitet.

Serbien will daher auch eine eigene Wertschöpfungskette aufbauen. So soll nur ein Teil des Lithiums als Rohstoff in die EU exportiert und der Rest im eigenen Land zu Batterien verarbeitet werden. Präsident Vucic rechnet damit, dass rund ein Sechstel des Bruttoinlandsprodukts in Zukunft auf den Sektor entfallen könnte.

Frühestens 2028 könnte Rio Tinto mit der Förderung beginnen, berichtet Bloomberg. Zu den Unternehmen, die von dem Deal profitieren könnten und die Absichtserklärung ebenfalls unterzeichnen, zählen Mercedes-Benz und Stellantis. Für Serbien sind neben den



Olaf Scholz: Der Bundeskanzler fährt am Freitag nach Serbien.

wirtschaftlichen Erwägungen auch die politischen Implikationen wichtig, vor allem eine Beschleunigung der EU-Beitrittsgespräche, die bereits seit 2012 laufen – allerdings schleppend, weil längst noch nicht alle Forderungen der EU erfüllt sind.

So trägt Serbien als einziges europäisches Land die EU-Sanktionen gegen Russland nicht mit. Dabei ist die Voraussetzung für einen Beitritt die Angleichung an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Auch das Freihandelsabkommen, das Vucic 2023 mit China geschlossen hat, steht der EU-Integration entgegen. Hinzu kommen innenpolitische Probleme: Die Freiheit der Presse wird in Serbien unterdrückt, die Justiz gilt als nicht vollkommen unabhängig. Und der Konflikt mit dem Kosovo bereitet Brüssel Sorgen.

Die Lithium-Mine soll der EU nun zeigen, dass auf Serbien Verlass ist. Ganz ohne Chinas Beteiligung funktioniert der Deal indes nicht: Einer der Anteilseigner von Rio Tinto ist mit 14 Prozent die Aluminum Corporation of China. dah, mur, jh, lab, sg



Aleksandar Vucic

„Wir sind loyal zu Europa“

Serbien wird von China und Russland wegen seiner Lithium-Vorräte und seiner Lage umworben. Im Interview erklärt Staatschef Vucic, warum er auf Europa setzt – und nicht mit Putin spricht.

Herr Vucic, Vertreter der Bundesregierung haben bislang nicht oft ihr Land besucht. Am Freitag werden Sie nun Bundeskanzler Olaf Scholz in Serbien empfangen. Welche Erwartungen knüpfen Sie an die Visite?

Es ist für uns eine große Chance, um unsere Verbindung zu Deutschland und zur Europäischen Union zu stärken. Neben dem Gespräch über aktuelle politische Entwicklungen wird es um die wirtschaftliche Kooperation gehen. Wir verfügen über eine der weltweit größten Reserven an Lithium. Dieses Material ist wichtiger Bestandteil von Batterien, die für die Elektromobilität benötigt werden. Die EU braucht Lithium, und wir wollen unsere Verbindung zur EU stärken.

Wie soll diese Zusammenarbeit im Bereich Lithium konkret aussehen? Die Pläne für den Abbau waren nach einem Stillstand erst vor wenigen Monaten wieder aufgelebt, da die Umweltprobleme entgegen zwischenzeitlichen Annahmen auf einmal als lösbar erachtet wurden.

Wir wollen die Wertschöpfung – so weit wie es eben möglich ist – im eigenen Land behal-

ten. Daher wollen wir die Produktion von Batterien in Serbien ansiedeln und nur einen Teil des Lithiums als Rohstoff verkaufen. Über diesen Weg wollen wir uns als Standort für die Autoproduktion stärker ins Spiel bringen. Ein Export von Fahrzeugen in den EU-Raum würde so ohne Zölle möglich, da mit den Batterien ein erheblicher Teil des Autos lokal gefertigt werden würde.

Gilt diese Einladung für Batteriehersteller aus aller Welt oder wollen Sie den Europäern den Vorzug geben?

Wir haben eine Reihe von Gesprächen geführt und dabei ein positives Feedback aus der europäischen Autoindustrie erhalten. Dazu gehören Mercedes und Volkswagen, aber auch Stellantis, die in Serbien ein Autowerk betreiben. Gerade zu Wochenbeginn hatte ich ein Gespräch mit dem Botschafter aus Korea, der ein Interesse seines Landes an einer Fertigung in Serbien bekundet hatte.

Haben Sie auch Gespräche mit Herstellern aus China geführt?

Die haben sehr klar ihr Interesse zum Ausdruck gebracht, dass sie Zugang zu den Lithium-Vorkommen haben wollen. Wir haben ihnen aber mitgeteilt, dass wir dieses Thema



Lithiumhaltiges Gestein: Serbien will jährlich 58.000 Tonnen des Metals produzieren.

mit den Europäern diskutieren. Wir sind loyal zu Europa.

Sie reden also nun mit Europäern und nicht mit Chinesen?
Exakt.

Der Besuch von Kanzler Scholz legt nahe, dass ein Deal über die serbischen Lithium-Vorkommen in greifbarer Nähe ist. Er erwarten Sie einen Abschluss?

Ja. Wie ich bereits sagte, wollen wir die gesamte Wertschöpfungskette in Serbien halten, aber wir müssen auch Zugeständnisse machen. Kleinere Mengen werden nach Deutschland gehen. Alles andere geht über die Produktion von Katalysatoren und Lithiumbatterien, die in Serbien hergestellt werden.

Können Sie uns einen Einblick in den Stand der Gespräche geben?

Ich kann nicht über den konkreten Stand reden. Die Dimension kann ich aber greifbar machen. Wir werden in der Lage sein, jährlich 58.000 Tonnen Lithium abzubauen. Dies reicht in Summe für 1,1 Millionen Elektroautos. Wir werden also in der Lage sein, rund 17 Prozent des europäischen Marktes zu

versorgen. Mit der Zeit wird die Produktion sogar für einen größeren Anteil ausreichen, da die technologische Entwicklung zu Batterien mit einem geringen Lithium-Anteil geht.

Die Lithium-Vorkommen sollen das Ticket für Serbien für einen Beitritt zur Europäischen Union sein?

So verkürzt lässt sich das nicht sagen. Die EU wie auch Serbien werden jedoch beide davon profitieren. Für uns wird es einen enormen Einfluss haben: Bis zu 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden zukünftig auf das Geschäft mit Lithium entfallen. Für uns ist das zwar ein Segen. Aber glauben Sie mir, eine Mitgliedschaft in der EU ist für unsere Bürger sehr viel bedeutsamer. Der Zugang zu einem einheitlichen Markt mit der Reisefreiheit ist wichtig für uns. Vereinfachte Passkontrollen zählen für uns mehr als Geld.

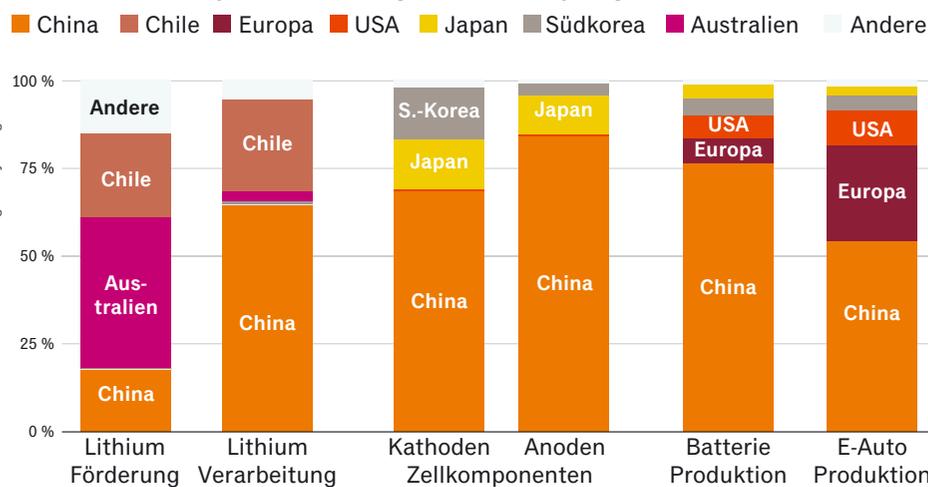
Druck in allen Fragen Russland und die Ukraine betreffend.

Sie setzen sich für einen Beitritt Serbiens in die EU ein, aber die serbische Bevölkerung scheint immer skeptischer auf eine Integration zu blicken. Macht Ihnen das Sorgen?

Ich glaube, die Mehrheit der Serben ist für einen Beitritt zur EU. Sie müssen verstehen, dass es denen, die dagegen sind, nicht um die EU selbst geht. Es geht ihnen um Themen, die die EU im Zusammenhang mit dem Kosovo aufgebracht hat, mit denen sie nicht einverstanden sind. Sie finden, dass die EU und die Nato mit zweierlei Maß messen, wenn es um Russland geht und als es wie damals um das Bombardement der Nato 1999 auf unser Land ging. Manche haben auch den Enthusiasmus verloren für die EU, weil wir uns seit rund 24 Jahren im Beitrittsprozess befinden

China beherrscht fast die gesamte Lieferkette für E-Auto-Batterien

Marktanteil der Kapazitäten entlang der Wertschöpfungskette im Jahr 2022



HANDELSBLATT

Quelle: IEA

In der Vergangenheit war es um die Beziehungen zwischen Serbien und Deutschland nicht immer zum Besten bestellt. Die Bundesregierung kritisierte etwa die letzten Wahlen in Serbien als „irregulär“ und ermahnte die serbische Regierung, die Situation im Kosovo nicht zu eskalieren. Wie wollen Sie das überwinden?

Es ist eine glatte Lüge, dass es Betrug bei den Wahlen gegeben haben soll. Wer sich ernsthaft damit beschäftigt, weiß das auch. Ja, wir haben Meinungsdivergenzen, was die Situation im Kosovo angeht. Aber jetzt ist es Zeit, die Beziehung neu zu gestalten.

Was erwarten Sie von der neuen EU-Kommission?

Ich bin ein großer Fan von Ursula von der Leyen. Ich glaube, dass sie immer einen sehr rationalen Ansatz gegenüber dem Westbalkan hatte. Sie hat manche unserer Differenzen verstanden. Und sie ist öfter auch nach Belgrad gereist, was nicht viele aus Brüssel gemacht haben. Das haben wir immer geschätzt. Haben wir irgendwelche Schwierigkeiten mit der Nominierung von Kaja Kallas als neue EU-Außenbeauftragte? Wir werden sehen. Wir rechnen auch mit weiterem

– ohne greifbare Anerkennung unserer Leistungen.

Wie wichtig ist die Integration Serbiens in die EU für Sie persönlich?

Es ist wichtig für uns. Unser Ziel ist es, Teil der Europäischen Union zu werden.

Gleichzeitig nähert sich Serbien Russland und China immer stärker an. Die Bundesregierung hat gesagt: Wenn wir über die Erweiterung sprechen, ist es entscheidend, dass man nicht auf zwei Stühlen gleichzeitig sitzen kann.

Ich sitze nur auf einem Stuhl: auf dem serbischen. Und inwiefern nähern wir uns Russland an? Ich habe seit zweieinhalb Jahren nicht mehr mit Wladimir Putin gesprochen.

Als einziges Land in Europa unterstützt Serbien nicht die Sanktionen des Westens gegen Russland.

Und, was noch?

Sie treffen sich mit Vertretern der russischen Regierung, sie trafen sich erst kürzlich mit dem chinesischen Staats- und Parteichef Xi Jinping, Serbien hat ein Handelsabkommen mit China abgeschlossen – dabei ist Handelspolitik EU-Sache. Warum machen Sie das, wenn Sie doch Teil der Europäischen Union sein wollen?

Ja, Kanzler Scholz hat sich auch mit Xi Jinping getroffen. Deutschland sendet auch Regierungsmitglieder nach China, kürzlich war Minister Habeck dort, wenn ich nicht irre. Das ist völlig normal und sinnvoll. Jeder muss seine Interessen vertreten – und genau das tun wir.

Aber anders als Deutschland hat Serbien ein Freihandelsabkommen mit China abgeschlossen im Jahr 2023, das am 1. Juli in Kraft getreten ist. Wie passt das zusammen mit Ihrem Wunsch, in die EU einzutreten, die ja zuständig ist für Handelspolitik?

Natürlich haben wir ein Freihandelsabkommen mit China abgeschlossen. Die Europäische Union hat viele Freihandelsabkommen mit Ländern abgeschlossen, mit denen wir keine Abkommen haben. Wir kümmern uns um unsere Wirtschaft. Unser Wirtschaftswachstum lag bei 4,7 Prozent im ersten Quartal dieses Jahres – damit sind wir Spitze in Europa.

Sie sagten jüngst in einem Interview, dass Sie in der Ukraine eine Katastrophe kommen sehen. Was meinen Sie damit?

Die Situation wird sich verschlechtern. Wissen Sie, wenn ich mit meinen Freunden im Westen rede, sagen sie, sie können den Krieg nicht verlieren, denn wenn sie verlieren, dann wird Russland weitermachen mit seinen Aggressionen und Überfällen auf andere Länder. Das Problem ist aber, dass sie sich nie in die Lage von Putin versetzt haben. Wenn er verliert, wird er das nicht nur persönlich nicht überstehen, sondern alles verlieren, was sein Erbe ausmacht.

Sie meinen, Putin hat mehr zu verlieren als die Ukraine?

Ich sage, dass er nicht weniger zu verlieren hat als der Westen. Versetzen Sie sich in die Lage des anderen. Sie sollten sich fragen, wer bereit ist, mehr Menschen zu opfern in diesem Konflikt. Dann haben Sie ein klares Bild von der Zukunft.

Was würden Sie Kanzler Scholz raten, wenn er Sie fragt, wie ein Weg zum Frieden aussehen könnte?

Zunächst einmal würde ich ihm sagen, dass ich nur ein kleiner Mann bin und er bessere Berater hat als mich. Wenn er aber wirklich hören will, was ich denke, würde ich sagen: Schließen Sie so schnell wie möglich einen Waffenstillstand. Es spielt keine Rolle, unter welchen Bedingungen. Besprechen Sie die Bedingungen danach, sei es ein Nato-Beitritt, ein EU-Beitritt oder territoriale Fragen. Besprechen Sie das später.

Also erst einen Waffenstillstand, dann Verhandlungen?

Ja. Jeden Tag sterben Hunderte Menschen. Das ist unerträglich.

Und Sie glauben, dass Putin einen Waffenstillstand einhalten würde?

Putin wird vermutlich dasselbe auch fragen: Würde die Ukraine einen Waffenstillstand einhalten? Ich glaube, dass beide Seiten schlechte Erfahrungen miteinander gemacht haben. Den Krieg zu stoppen hat die höchste Priorität.

Die „Financial Times“ berichtet, dass Serbien Munition im Wert von 800 Millionen Euro seit Kriegsbeginn an Verbündete der Ukraine verkauft hat, die diese dann weiter an die Ukraine verkaufen.

Serbien hat eine Militärindustrie. Wir verkaufen ausschließlich Munition an zulässige Endnutzer, keine Waffen. Russland und die Ukraine sind keine zulässigen Endnutzer. Dorthin liefern wir selbstverständlich nicht. Was andere Länder mit unserer Munition machen, liegt nicht in unserer Verantwortung.

Herr Vucic, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellten Dana Heide und Martin Murphy.

Vita

Der Politiker Aleksandar Vučić ist seit April 2017 Präsident von Serbien. Weil er einen engen Draht zu Russlands Präsident Wladimir Putin pflegte, zog er immer wieder Kritik auf sich. Inzwischen beteuert er, dass er seit zweieinhalb Jahren keinen Kontakt zu Putin hat.

Der Mensch Vučić ist verheiratet und hat drei Kinder. Er spricht mehrere Sprachen. Derzeit lernt er Deutsch.



Republikaner-Parteitag

Zu Gast bei neuen Freunden

Mehrere deutsche Delegationen sind auf dem Republikaner-Parteitag in Milwaukee. Das Ziel: die Beziehungen zu Donald Trumps Umfeld zu pflegen. Doch das gestaltet sich mühsam.

Dana Heide, Annett Meiritz Berlin, Milwaukee

Ein Spürhund streift ums Büfett, Sicherheitsleute sind an allen Türen postiert. Nach dem Attentat auf den Präsidentschaftskandidaten Donald Trump wurden die Schutzmaßnahmen rund um den Republikaner-Parteitag in Milwaukee aufgestockt, selbst bei den zahlreichen Neben-Events.

Die rechtskonservative Denkfabrik Heritage Foundation, die Teile des Trump'schen Wahlprogramms erarbeitet, hat zum Auftakt eine gut besuchte Veranstaltung organisiert. Hunderte Denkfabrikexperten und Delegierte wuseln durch die Flure. Plötzlich erspäht man ein in Deutschland bekanntes Gesicht: An einer Wand lehnt Unionsfraktionsvize Jens Spahn.

Er habe „schon immer eine republikanische Convention“ erleben wollen, erzählt er dem Handelsblatt. „Außerdem will ich aus erster Hand wissen, was Republikaner denken und wollen, was sie beschäftigt. Um inhaltlich vorbereitet zu sein auf einen möglichen Wahlsieg von Donald Trump.“ Er ist nicht der Einzige, der zur Kontaktpflege in die USA gekommen ist.

Mehrere Bundestagsabgeordnete wie Florian Hahn (CSU) und Metin Hakverdi (SPD) sind angereist, dazu der Transatlantik-Beauftragte der Bundesregierung, Michael Link (FDP). Der deutsche Botschafter in Washington, Andreas Michaelis, wird am Mittwoch in kleiner Runde an einem Mittagessen „mit einem engen Trump-Berater“ teilnehmen.

Die Europäische Union lädt die ganze Woche zu Diskussionsveranstaltungen ein, und die Münchner Sicherheitskonferenz schmiss einen Empfang im „The Pfister“ – dem offiziellen Trump-Hotel und Herberge für Spitzen-Republikaner. Dazu kommen Dutzende Gäste von Stiftungen, Unternehmen und Fachverbänden. „The Germans“, wie ein Uber-Fahrer feststellt, sind überall.

Die transatlantische Charmeoffensive ist Teil einer inoffiziellen Strategie des „Trump Proofing“ – die Vorbereitung der deutschen Politik auf eine mögliche zweite Amtszeit von Donald Trump. 2016 wurden die Deutschen vom Wahlsieg Trumps kalt erwischt, das soll nicht noch einmal passieren. Zumal das Szenario, dass Trump in knapp vier Monaten gegen Joe Biden triumphieren könnte, seit der Debatte über Bidens Alter und das Attentat auf Trump noch wahrscheinlicher geworden ist.

Einer, dessen Telefon in den vergangenen Wochen kaum stillstand, ist



David Knower. Der Unternehmensberater ist keiner, der sich in den Vordergrund drängt, er trägt Nickelbrille und Anzug – aber er ist der vielleicht wichtigste transatlantische Strippenzieher des Parteitags.

Über 60 internationale Botschafter, davon viele Europäer, tummeln sich in Milwaukee. Alle suchten im Vorfeld den Kontakt zu Knower, einem gebürtigen US-Amerikaner, der in Freiburg studierte und fließend Deutsch spricht. „Es gab viele Deutsche, die mich gefragt haben: Wie kriege ich Kontakt zu Trumps Truppe?“, sagt er dem Handelsblatt. Knower lässt seine Beziehungen gerne spielen. „Abends an der Bar wird Business gemacht. Da lernt man sich kennen, man ist lockerer und nicht so formell. Und die Beziehungen zwischen Deutschland und USA, egal wer gewinnt, sind unheimlich wichtig.“

Fleißarbeit für Deutsche

Gerade für Bundeskanzler Olaf Scholz dürfte ein Regierungswechsel schwierig werden. Scheitern die Demokraten, verliert er mit Biden einen seiner engsten Verbündeten auf der internationalen Bühne. Beim Nato-Gipfel verteidigte er Biden demonstrativ gegen Kritik, dieser sei zu alt, um sein Amt noch ausüben zu können. Doch auch Politiker seiner Partei gehen auf Tuchfühlung mit den Republikanern.

In der ganzen Stadt sind die Hotels ausgebucht, in der Unterkunft des SPD-Abgeordneten Hakverdi nächtigt die republikanische Delegation aus dem US-Bundesstaat Maryland. Mit denen hat er sich bereits beim Frühstück ausgetauscht. „Es ist Fleißarbeit, ich versuche, so viele Leute wie möglich zu treffen“, sagt Hakverdi dem Handelsblatt. „Die Gespräche sind nicht immer einfach, man trifft hier auch Politiker mit harter isolationisti-



Parteitag der Republikaner in Milwaukee: Auch Spitzenkandidat Trump und sein Running Mate Vance zeigten sich (unten).



Abends an der Bar wird Business gemacht.

David Knower
Unternehmensberater

scher, anti-globaler und in Teilen auch demokratiefeindlicher Haltung.“ Aber man treffe eben auch Republikaner der alten Schule, die mit Sorge auf die Entwicklung in ihrer Partei schauten, so der SPD-Politiker.

Die Stimmung bei der Convention nimmt Hakverdi als ausgelassen, sie-gessicher wahr. Bei der Veranstaltung der Heritage Foundation, bei der man auch Spahn antraf, rief der rechtspopulistische Moderator Tucker Carlson mehrfach „Wir haben gewonnen“, der Saal jubelte. Und in der Parteitagshalle bekam man „Fight! Fight!“-Sprechchöre zu hören, zu Deutsch „Kampf! Kampf!“. Das Rennen zwischen Trump und Biden ist aus Sicht von Hakverdi „noch lange nicht entschieden, aber wir wollen für den Fall der Fälle nicht ohne Kontakte dastehen“.

Aus Sicht von Spahn, dessen Partei den Republikanern ideologisch nähersteht als Sozialdemokraten, tut die Bundesregierung aber längst nicht genug, um sich mit Trumpisten zu vernetzen. Er nennt die Kontaktpflege aus dem Kanzleramt „verschämt und

wenig engagiert“. Scholz habe Trump nach dem Attentat offenbar nicht angerufen, „das ist einfach unklug“, weil man Trumps Sympathien am ehesten über persönliche Beziehungen gewinne. Der kanadische Premier Justin Trudeau habe hingegen zum Telefonhörer gegriffen.

Doch kann man jemandem trauen, der Deutschland bei jeder Gelegenheit attackiert und kritisiert? Schließlich entzweite Trump die USA und Deutschland wie kein Präsident vor

ihm. Unter Trump hatten die USA den Konsens zur multilateralen Verständigung aufgekündigt, so drohte Trump damit, die Nato verlassen zu wollen – und könnte damit in einer zweiten Amtszeit Ernst machen.

In der TV-Debatte gegen Biden versprach Trump, er werde nach einem Wahlsieg den Krieg in der Ukraine beenden, noch bevor er für sein Amt vereidigt worden sei. Wie er sich das vorstellt, weiß aber niemand genau. Ob sich Trump über die Köpfe der Europäer hinweg mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin arrangiert oder ob er die Ukraine fallen lässt oder sogar einen neuen Handelskrieg mit der EU anzettelt – all das ist offen.

Nur eines ist klar: Kippen die USA erneut in Richtung Nationalismus, wäre das ein Albtraum für das transatlantische Verhältnis und den gesamten Westen.

Trump's früherer Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, gab in Milwaukee einen Vorgeschmack darauf, was die Nato erwarte: „Tough love“, harte Liebe, inklusive Truppenverlegungen nach Polen. Er kritisierte





Deutschland scharf dafür, dass die Bundesregierung trotz Erfüllung des Nato-Zweiprozentziels nicht genug für Rüstung und Abwehr ausbe.

Manche Länder würden „Klimaschutz wichtiger finden als Industrialisierung“, obwohl der Krieg vor der Haustür tobt. „Die Folgen müssen sie selbst tragen“, so Grenell. In einer nächsten Trump-Regierung wird er als Außenminister oder Nationaler Sicherheitsberater gehandelt, was Deutschland direkt betreffen würde.

„Druck auf Europa positiv“

Der Sicherheitsberater und Trump-Vertraute Elbridge Colby, der dem Handelsblatt kürzlich ein Interview gab, netzwerke in Milwaukee ebenfalls mit vielen Deutschen. Bei einem Empfang der Europäischen Union und dem International Republican Institute, bei dem schon mittags die Cocktails flossen, legte er nahe, dass sich die Europäer nicht so anstellen sollten. „Ich sehe den wachsenden Druck auf Europa positiv. Denn das Prinzip, dass die EU sich als Schäfchen sieht und die USA als Schafhirte, der die Herde zusammenhält, ist überholt.“ Trump und sein frisch nominierter Vizepräsidentschaftskandidat J. D. Vance seien sehr klar in ihren Aussagen: „Die Nato kann nur bestehen, wenn alle ihren fairen Beitrag leisten.“

Offiziell ist es für Regierungsvertreter wie zum Beispiel Minister schwierig, Wege zum Trump-Lager auszuloten – schließlich sind im Moment die Demokraten an der Macht. Für einen SPD-Abgeordneten wie Hakverdi ist das anders. Er beobachtet, dass die Kontaktpflege inzwischen deutlich mehr Aufwand bedeutet.

„Vor 20 Jahren reichte es, wenn man drei Mal im Jahr nach Washington reiste, um ein Gespür für die US-Politik zu bekommen“, sagt er. „Heute

muss man viel öfter hinfahren und auch die Bundesstaaten besuchen, weil die USA zersplittert sind.“ Nach der Convention reist Hakverdi weiter in den US-Bundesstaat Georgia. Auch beim Parteitag der Demokraten im August wird er dabei sein.

Der Transatlantik-Beauftragte Michael Link tourt seit Monaten durch die USA, klappert einen Staat nach dem anderen ab. Sein Ziel ist der Aufbau eines „transatlantischen Sicherheitsnetzes“, ein starkes Beziehungsgeflecht im US-Kongress und in den Bundesstaaten, das im Falle einer Rückkehr Trumps mobilisiert werden kann. Parallel werden in Berlin in mehreren Ministerien Szenarien durchgespielt, die möglich wären, wenn Trump an die Macht kommt, etwa die Aufkündigung von Vereinbarungen.

„Anders als 2016 sind die Überlegungen für eine zweite Trump-Regierung viel deutlicher“, sagt Cathryn Clüver Ashbrook, USA-Expertein bei der Bertelsmann-Stiftung, dem Handelsblatt. Auch Unternehmen und Wirtschaftsverbände bereiten sich mit Szenarienplanungen vor, so die Politologin.

Diese Anstrengungen sind in Milwaukee an jeder Stelle zu spüren, aber der Opposition reicht das noch lange nicht. „Deutschland sollte, allein oder gemeinsam mit der EU, die Initiative ergreifen und konkrete Angebote an die mögliche nächste US-Regierung machen“, kritisiert Spahn, in der Chinapolitik, im Handel, im Gazakrieg, Iran oder dem Balkan, „es gibt so viele gemeinsame Interessen.“ Spahn hat ein gutes Verhältnis zum größten Deutschlandkritiker, Richard Grenell. Mit einem Lächeln sagt Spahn in Milwaukee: „Übrigens fragen mich viele Leute nach seinen Kontaktdaten.“ Es seien nicht selten dieselben Leute, die sich noch vor einigen Jahren über Spahns Verbindungen zu Grenell echauffiert hatten.

Finanzen

Der Ampel droht der nächste Haushaltsstreit

Noch fehlen acht Milliarden Euro im Etat. Die Regierung hat sich drei Optionen zurechtgelegt, um die Lücke zu schließen.

Jan Hildebrand Berlin

Nach wochenlangem Streit hat das Kabinett den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr beschlossen. Als „außerordentlich intensiv“ beschrieb Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) die Arbeit am Etat, den er am Mittwoch öffentlich präsentierte. „Wir haben keine Mühe gescheut, auch an die Grenzen der Kompromissfähigkeit innerhalb des Kabinetts heranzugehen.“

Mit dem Beschluss des Entwurfs ist der Haushaltsstreit in der Koalition allerdings nicht beendet. „Erhebliche Anstrengungen liegen vor uns“, sagte Lindner. Das bezog er auf die Regierung und auf die Haushälter im Bundestag, die den Etat im Herbst finalisieren müssen.

Kanzler Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Lindner hatten zwar in ihren langen Haushaltsverhandlungen einen Kompromiss erzielt, es aber nicht geschafft, die Finanzlücke von ursprünglich rund 30 Milliarden Euro zu schließen. Rund 17 Milliarden Euro sind nach wie vor offen. Zumindest acht Milliarden Euro will die Regierung noch auftreiben, bevor sie den Haushalt Mitte August an den Bundestag schickt.

Scholz, Habeck und Lindner haben auch bereits drei mögliche Maßnahmen ins Auge gefasst, um die Summe zusammenzubekommen. So könnte eine Liquiditätsreserve der staatlichen KfW-Bank, die sie einst vom Bund zur Zahlung der Gaspreisbremse bekam, zurück in den Haushalt fließen. Zudem ist im Gespräch, Zuschüsse aus dem Haushalt an die Bahn und die Autobahn GmbH durch Darlehen zu ersetzen. Diese würden nicht auf die Schuldenbremse angerechnet und somit Spielraum verschaffen.

Allerdings machte Lindner nun deutlich, dass die Umsetzung der drei Maßnahmen noch keineswegs sicher

ist. Es handle sich um „ergebnisoffene Prüfaufträge“, betonte der Finanzminister. Damit klingt Lindner zurückhaltender als andere Regierungsglieder, die fest davon ausgehen, dass die acht Milliarden Euro mit diesen Maßnahmen auf jeden Fall zusammenkommen.

Die drei Optionen sollen ursprünglich im Kanzleramt erdacht worden sein. Die Umsetzung liegt nun beim Finanzministerium. Lindners Ressort hat bei einem Juristen ein externes Gutachten in Auftrag gegeben, ob die Maßnahmen verfassungsrechtlich innerhalb der Schuldenbremse möglich sind. Es gehe um die Frage, ob man die Optionen überhaupt weiterverfolgen könne, so Lindner. Danach soll es noch eine Prüfung durch den unabhängigen wissenschaftlichen Beirat des Ministeriums geben.

Aussetzen der Schuldenbremse für die FDP tabu

Doch was passiert, wenn sich die Maßnahmen nicht umsetzen lassen? Dann „gäbe es noch weiteren Handlungsbedarf“, sagte Lindner. Scholz, Habeck und er müssten sich wohl wieder zusammensetzen und eine Lösung suchen. Theoretisch könnte man die Arbeit auch den Haushältern im Bundestag überlassen, die im Herbst ohnehin Änderungen am Etat vornehmen. Doch eine Lücke von 17 Milliarden Euro hält man im Finanzministerium für deutlich zu groß, um den Haushaltsentwurf in den Bundestag geben zu können. Ohnehin dürfte die Arbeit im Parlament konfliktträchtiger werden als üblich. SPD und Grüne haben die Idee noch nicht aufgegeben, erneut eine Notlage auszurufen und die Schuldenbremse auszusetzen. Die FDP ist strikt dagegen. Dies sei nicht nur „ökonomisch unklug“, sagte Lindner. „Es ist unrealistisch, weil ich nicht sehe, dass es dafür eine parlamentarische Mehrheit gibt.“

Die drei Ampelpartner wollen den Haushalt im Bundestag noch ändern, aber sehr unterschiedlich. Der Entwurf sieht Ausgaben von 480,6 Milliarden Euro und eine Neuverschuldung von 43,8 Milliarden Euro vor. Auch Lindner betont, dass es „kein Sparhaushalt“ sei. Trotzdem gibt es auch aus der Ampel Kritik. So stören sich die Grünen daran, dass die Mittel für die Entwicklungshilfe und das Auswärtige Amt gekürzt wurden. „Es ist ungerecht und unverständlich, dass bei der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit angesichts der vielen globalen Krisen gekürzt wird“, sagte der haushaltspolitische Sprecher der Grünen, Sven-Christian Kindler. Man werde den Etat „an vielen Stellen noch verbessern“, betonte Kindler.

Die Grünen wollen also eher wieder Mittel aufstocken. Die Liberalen werden hingegen jeden Versuch abwehren, doch noch die Schuldenbremse auszusetzen. Vor der Ampel baut sich also viel Konfliktpotenzial auf.

Finanzminister Lindner: „Ergebnisoffene Prüfaufträge.“



Michael Kappeler/dpa

Notaufnahme in Bayern: 30 Prozent der Menschen, die in der Notaufnahme landen, müssen nicht dringend behandelt werden, sagt Minister Lauterbach.



Gesundheit

Kabinett beschließt Notfallreform

Die Notaufnahmen der Kliniken sind überfüllt, Patienten müssen oft warten: Minister Lauterbach will das mit einem neuen Gesetz ändern. Was sich für Patienten jetzt ändert.

Britta Rybicki Berlin

Notaufnahmen der Krankenhäuser sind überfüllt, Patienten warten lange auf ihre Behandlung – das will Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) mit einem Gesetz zur Reform der Notfallversorgung ändern. Das Kabinett hat die Notfallreform an diesem Mittwoch beschlossen. Nun wird sie im Parlament diskutiert.

Gesundheitspolitiker begrüßen die Reform. Allerdings ist bei der Umsetzung noch einiges offen. „Die Notfallversorgung ist bundesweit sehr unterschiedlich. Beispielsweise bei einem Schlaganfall hängt es davon ab, wo jemand lebt“, sagt Lauterbach. Es fehle eine bessere Koordination im System, um Hilfesuchende an die richtige Stelle zu leiten.

Genau hier soll die Notfallreform ansetzen, die voraussichtlich im kommenden Jahr in Kraft tritt. An einem zentralen Tresen im Krankenhaus sollen Mitarbeiter entscheiden, ob ein Patient tatsächlich in die Notaufnahme muss oder in die Notfallpraxis oder ob er auf einen Termin warten kann. Laut Minister Lauterbach müssten 30 Prozent der Menschen, die in der Notaufnahme landen, gar nicht dringend behandelt werden.

Janosch Dahmen (Grüne), Gesundheitspolitiker und Notfallmediziner, hält die Reform für überfällig. „Seit vielen Jahren ist es trotz der eindringlichen Empfehlungen vieler Expertinnen und Experten versäumt worden, unsere Notfallreform effizient, einheitlich und gut aufeinander abgestimmt aufzustellen“, sagt er. Die Folgen: überlastete Notaufnahmen und Rettungsdienste sowie hohe Kosten. „Wir

haben eine toxische Gleichzeitigkeit von Über-, Unter- und Fehlversorgung hingenommen“, sagt Dahmen. Laut dem Verband der Ersatzkassen stiegen die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung im Rettungsdienst von 4,4 Milliarden Euro (2013) auf 8,4 Milliarden Euro (2023).

Stephan Pilsinger (CSU), Gesundheitspolitiker und Arzt, sieht den größten Hebel ebenfalls darin, Patienten an die richtigen Stellen zu bringen. Die meisten Leute hätten im Kopf, bei einem Notfall gleich ins Krankenhaus fahren zu müssen. Pilsinger sagt: „Insofern ist der Aufbau von sogenannten Integrierten Notfallzentren sinnvoll und notwendig, von wo aus die Patienten oder deren Angehörige am Telefon an die richtige und aufnahmebereite Versorgungsstelle gelotet werden, ob Rettungsstelle am Krankenhaus, Rettungswagen oder KV-Notfallpraxis.“

Was hinter der Reform steckt und was sich ab dem neuen Jahr für Notfallpatienten ändern wird, falls das Gesetz verabschiedet wird:

Wo sollten Patienten künftig anrufen, und was erwartet sie?

Die Notrufnummer 112 wird mit der Nummer des kassenärztlichen Notdienstes 116 117 vernetzt. Sie werden auch Akuteitstellen genannt. Patienten, die die 116 117 anrufen, bevor sie ins Krankenhaus gehen, werden bevorzugt behandelt. Sie sollen in der Notaufnahme schneller drankommen. Unabhängig von der gewählten Nummer wird einheitlich entschieden, wo die Hilfesuchenden am besten aufgehoben sind.

Die 112 wird weiterhin in echten Notfällen schnell reagieren und einen Rettungswagen schicken. Die 116 117



Gesundheitsminister Lauterbach: Notärzte fordern schon lange eine Reform.

ist eher für weniger dringende Anliegen gedacht. Es soll möglich sein, dass alle Daten eines Patienten schnell und fehlerfrei von der 112 zur 116 117 übertragen werden können.

Über die 116 117 erhalten Patienten auch eine telemedizinische Ersteinschätzung, können also per Videochat mit einem Arzt in Kontakt treten – täglich rund um die Uhr. Darunter sind auch Fach- und Jugendmediziner. Die Kassenärzte sollen diesen Plan umsetzen – und sind wenig zuversichtlich, dass ihnen das gelingt. Das Problem: der Fachkräftemangel.

Die Bundesvorsitzenden des Hausärzterverbands, Nicola Buhlinger-Göpfarth und Markus Beier, teilen dazu mit: „Mit welchen Ärztinnen und Ärzten und welchen nicht ärztlichen Fachkräften das gestemmt werden soll, bleibt ein Geheimnis.“ Die Hausarztpraxen könnten keine Fachkräfte entbehren. Schon heute fehlten in Deutschland knapp 5000 Hausärzte und etwa 11.000 Medizinische Fachangestellte. Der Verband hofft hier auf Anpassungen im parlamentarischen Verfahren.

Was erwartet Patienten im Krankenhaus?

An einer Art zentralem Tresen wird entschieden, wohin ein Patient in einem integrierten Notfallzentrum weitergeleitet wird. Diese Zentren liegen direkt im Krankenhaus oder in der Nähe und vereinen die Notaufnahme eines Krankenhauses, einen Notdienst und eine zentrale Ersteinschätzungsstelle. In sie sind Notarztpraxen integriert, die allerdings gesetzlich geregelte Öffnungszeiten einhalten müssen, vor allem am Abend und am Wochenende. Sind diese Einrichtungen geschlossen, kommen kooperierende Arztpraxen ins Spiel, die ebenfalls in der Nähe liegen sollen.

Sind beide Einrichtungen geschlossen, kommt die Notaufnahme eines Krankenhauses zum Einsatz. Es soll auch integrierte Notfallzentren speziell für Kinder und Jugendliche geben.

Was passiert im Rettungswagen?

Mit der Reform sollen die Rettungsdienste perspektivisch an die Telematikinfrastruktur (TI) angeschlossen werden. Dabei handelt es sich um eine Art Internet speziell für das Gesundheitswesen, über das auch das elektronische Rezept und die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung versendet werden. So könnte der Rettungsdienst Daten über einen Patienten direkt vom Krankenhaus oder anderen Einrichtungen erhalten oder weiterleiten.

Auch die Rettung durch Laien soll laut Lauterbach stärker unterstützt werden. Genaue Details zu Erneuerung des Rettungsdienstes werden allerdings noch im Parlament diskutiert.

Gipfeltreffen

Großbritannien sucht Anschluss in Europa

Beim „europäischen Davos“ – diesmal in der Nähe von Oxford – haben Staats- und Regierungschefs die Chance, in Sicherheitsfragen enger zu kooperieren.

Torsten Riecke London

Der Zeitpunkt hätte kaum besser sein können: Wenn sich am Donnerstag 45 europäische Staats- und Regierungschefs zu einem informellen Gedankenaustausch im britischen Blenheim Palace in der Nähe von Oxford versammeln, treffen sie nach dem Machtwechsel in London erstmals seit acht Jahren auf einen britischen Premierminister Keir Starmer, der wieder engere Beziehungen zum Rest Europas sucht. Das auch als „europäisches Davos“ titulierte Treffen findet zudem kurz vor der heißen Phase der Präsidentschaftswahl in den USA statt, deren Ausgang gravierende Auswirkungen auf die Sicherheit in Europa haben könnte.

Es ist bereits der vierte Gipfel der Europäischen Politischen Gemeinschaft (European Political Community, EPC), seitdem Frankreichs Präsident Emmanuel Macron dieses Bündnis vor zwei Jahren initiierte. Bei der letzten Zusammenkunft in Granada im Oktober 2023 waren die Unstimmigkeiten allerdings so groß, dass die Spanier die gemeinsame Abschlusspressekonferenz absagten.

Diesmal sind die Voraussetzungen schon deshalb besser, weil Gastgeber Starmer den Gipfel für einen Neuanfang der Beziehungen zwischen Großbritannien und dem Rest Europas nutzen will. „Wir wollen die Art und Weise ändern, wie das Vereinigte Königreich mit unseren europäischen Partnern zusammenarbeitet, um gemeinsam Fortschritte bei der Bewältigung dieser generationsübergreifenden Herausforderungen zu erzielen“, kündigte er im Vorfeld an. „Diese Arbeit beginnt mit dem Treffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft.“

Ein Blick auf die Agenda verrät, wo Starmer den größten Spielraum für eine engere Kooperation sieht: Sicherheit im weitesten Sinne. Diskutiert werden soll in Arbeitsgruppen und bi-

lateralen Gesprächen über einen neuen Sicherheitspakt, den die Briten gern mit der EU abschließen wollen.

Zur Sicherheit gehören aber auch die Verteidigung der Demokratie nach innen, die Energiesicherheit und die Sicherung europäischer Grenzen nach außen angesichts stark steigender Flüchtlingszahlen. Der frühere konservative Premier Boris Johnson hatte bei den Austrittsverhandlungen ausdrücklich auf eine Sicherheitspartnerschaft mit der EU verzichtet.



Keir Starmer: Der britische Premier will einen Neustart mit Europa.

Jetzt könnte diese Lücke zum Nukleus einer Wiederannäherung werden. Ein derart breiter Sicherheitsbegriff bietet acht Jahre nach dem Brexit-Referendum die Chance für einen Neuanfang zwischen London und Brüssel, ohne dabei das nach dem EU-Austritt der Briten abgeschlossene Handels- und Kooperationsabkommen auszuhebeln.

Allerdings gibt es Grenzen: „Wenn man Themen wie Klima, Energie, Künstliche Intelligenz und Migration unter den Sicherheitsbegriff subsumiert, kann es rechtliche Probleme mit Vereinbarungen geben, die im Brexit-Vertrag geregelt sind“, warnt Charles Grant, Direktor der Denkfabrik Centre for European Reform in London. Dennoch sieht auch Grant Spielräume für ein Zusammenrücken zwischen Lon-

don und Brüssel zum Beispiel bei der Übernahme von EU-Regeln durch Großbritannien oder dem Abbau von Grenzkontrollen für landwirtschaftliche Güter. Aber schon die angestrebte Anerkennung von Berufsabschlüssen bleibt ohne mehr Freizügigkeit ein hohles Versprechen.

„Der informelle Charakter des Gipfels ermöglicht es, über die Zusammenarbeit neu nachzudenken“, sagt Anand Menon, Direktor der Denkfabrik „UK in a Changing Europe“ in London. Zugleich warnt auch der Professor für Europäische Politik am Londoner King's College vor zu hohen Erwartungen. Starmer habe zwar ein Interesse am Erfolg der EU, aber er betrachte die Beziehungen eher „instrumentell“ und weniger emotional. Dennoch gebe es einige Politikbereiche, wo beide Seiten von einer engeren Kooperation profitieren könnten.

„Europa steht vor einigen der größten Herausforderungen unserer Zeit“, betont Starmer mit Blick auf die militärische Bedrohung durch Russland und die hohen Flüchtlingszahlen. Bei der militärischen Zusammenarbeit hoffen die Briten auf einen Zugang zum fast acht Milliarden Euro großen European Defense Fund (EDF) und eine Beteiligung britischer Firmen an der industriellen Verteidigungsstrategie der EU, die eine Beschaffung in EU-Ländern fördern will.

Geredet werden soll auch über eine stärkere militärische Zusammenarbeit der Europäer. Ängste, dass die USA unter einem möglichen Präsidenten Donald Trump ihre Sicherheitsgarantien für Europa drastisch reduzieren könnten, haben sich noch verstärkt, nachdem Trump den Isolationisten J. D. Vance zu seinem Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten erklärt hat. Der US-Senator aus Ohio hat öffentlich erklärt, dass es ihm egal sei, was mit der Ukraine geschieht.

Bislang hat London auf militärische Ambitionen Europas immer zurückhaltend reagiert, aus Angst, das könne die Nato schwächen. Den Beitritt zu einer europäischen Armee haben die Briten stets abgelehnt. Unklar ist deshalb, wie ein Sicherheitspakt mit der EU aussehen könnte. Zumal Starmer dem Vernehmen nach auch noch auf einen bilateralen Sicherheitspakt mit Deutschland drängt.

Am wenigsten Fortschritte erwartet Menon dort, wo es wirtschaftlich am wichtigsten wäre: beim Handel zwischen Großbritannien und der EU. „Fortschritte, die das Wirtschaftswachstum steigern würden, sind nur in sehr geringem Maße möglich“, sagt der Politikwissenschaftler. Hat Starmer doch sowohl eine Rückkehr in die Zollunion als auch in den europäischen Binnenmarkt ausgeschlossen. Und auch die Personenfreizügigkeit bleibt für die neue Labour-Regierung tabu.

Gut möglich, dass der neue britische Premier sich an das hält, was der in Blenheim Palace geborene Winston Churchill 1946 in seinem flammenden Appell für die „Vereinigten Staaten von Europa“ als Richtschnur für Großbritannien ausgegeben hatte: „Wir sind verbunden, aber nicht vereint.“



König Charles III. im Westminster Palace: Starmers Regierungsprogramm enthält 40 Gesetzesvorhaben.

Großbritannien

Starmers Plan zur „nationalen Erneuerung“

Das Regierungsprogramm des Premiers sieht zahlreiche Reformen vor. Doch woher kommt das Geld?

London. Wachstum, Stabilität und mehr Schutz für Arbeitnehmer: Das sind die wichtigsten Versprechen, die der neue britische Premierminister Keir Starmer am Mittwoch in seiner ersten Regierungserklärung gemacht hat. Insgesamt enthält das Regierungsprogramm, das in einer traditionellen Zeremonie mit viel Pomp von König Charles III. im Palast von Westminster verlesen wurde, 40 Gesetzesvorhaben.

„Jetzt ist es an der Zeit, die Bremsen in Großbritannien zu lösen“, sagte Starmer. Zugleich warnte der Premier seine Landsleute, nicht dem „Schlangenöl des Populismus“ zu verfallen. Der Labour-Chef wandte sich gegen eine Politik, die nur ihr Eigeninteresse im Auge habe, und versprach, das angeschlagene Vertrauen der Wähler zurückzugewinnen. Es gelte, eine „Dekade der nationalen Erneuerung“ einzuleiten.

Die Labour-Partei hatte die Parlamentswahlen am 4. Juli mit einer absoluten Mehrheit von 180 Sitzen gewonnen und löst nach 14 Jahren konservativer Herrschaft die Tories ab. Der 61-jährige Jurist ist erst der vierte Labour-Premierminister nach Ende des Zweiten Weltkriegs. „Stabilität wird der Eckpfeiler der Wirtschaftspolitik meiner Regierung sein“, verlas der König die von Starmer formulierte Rede. Jede Entscheidung werde „mit den finanzpolitischen Regeln in Einklang stehen“. Damit spielte Starmer insbesondere auf die Chaostage der früheren konservativen Premierministerin Liz Truss an, die das Königreich in ihrer kurzen Amtszeit im Herbst 2022 an den Rand einer Finanzkrise gebracht hatte. Alle Steuer- und Ausgabenpläne sollen künftig vom parteiunabhängigen Office for Budget Responsibility (OBR) begutachtet werden.

Labours Finanzpläne sind nach Meinung vieler Ökonomen jedoch zugleich der Schwachpunkt der neuen Regierung. Von wenigen Ausnahmen abgesehen will Starmer auf Steuererhöhungen verzichten und hat zudem die restriktiven Ausgabenpläne seines konservativen Vorgängers übernommen. Vor diesem Hintergrund sei es völlig unklar, wie die Regierung die von ihr versprochene Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen bezahlen wird, konstatiert das Institute for Fiscal Studies (IFS) in London. IFS-Direktor Paul Johnson spricht von einer „Verschwörung des Schweigens“. Starmers Antwort darauf findet sich in seinem Regierungsprogramm: „Die Sicherung des Wirtschaftswachstums wird eine grundlegende Aufgabe sein.“

Ökonomen wissen, dass dies eine denkbar schwierige Aufgabe sein wird. Großbritannien hat zwar eine kurze Rezession Ende vergangenen Jahres überwunden, mit einem mageren Plus von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) trat die Wirtschaft jedoch im ersten Quartal 2024 noch auf der Stelle. Um das zu ändern, kündigte Starmer eine deutliche Beschleunigung der bürokratischen Planungsverfahren an, was insbesondere den Wohnungsbau und größere Infrastrukturprojekte vorantreiben soll. Damit verbunden ist jedoch, dass Bürger auf kommunaler Ebene künftig weniger Einspruchsrechte haben werden. Das erhoffte Wachstum soll die Steuereinnahmen erhöhen, die dann vor allem dem unterfinanzierten Gesundheitssystem NHS zugutekommen sollen. Auch Stellen für die dringend gebrauchten Mathematiklehrer sollen so geschaffen werden. Um die zahlreichen Verspätungen und Zugaufälle im Bahnverkehr zu bekämpfen, will Labour den Bahnbetrieb verstaatlichen, sobald die Verträge mit den privaten Betreibergesellschaften auslaufen. Torsten Riecke

Blenheim Palace: Hier findet der vierte Gipfel der Europäischen Politischen Gemeinschaft statt.



Stromnetze

Wie Bürokratie die Energiewende lähmt

Oft dauert es Monate, ehe eine Photovoltaik-Anlage oder eine Wärmepumpe ans Stromnetz kann. Ein Verbände-Bündnis will das nun ändern.

Silke Kersting, Klaus Stratmann
Berlin

Immer mehr Immobilienbesitzer wollen ihren Strom selbst mithilfe von Solaranlagen produzieren, ärgern sich aber über die bürokratischen Hürden beim Netzanschluss. Das soll sich aus Sicht der Wohnungswirtschaft ändern. Sie will den Umbau des Energiesystems mit einem erleichterten Zugang zu den Stromnetzen beschleunigen und hat gemeinsam mit anderen Verbänden eine Anwender-Allianz für verbesserte Netzanschlussbedingungen von Energiewende-Anlagen ins Leben gerufen. Ziel ist es, standardisierte Geschäftsabläufe zu etablieren, um Anlagen schnell und unbürokratisch in Betrieb zu bringen.

Die Wohnungswirtschaft spielt eine wichtige Rolle für den Umbau des Energieversorgungssystems. Denn die Energiewende findet zu einem erheblichen Teil auf Hausdächern und in Heizungskellern statt. So sind im innerstädtischen Bereich Photovoltaikanlagen auf Hausdächern noch die Ausnahme. Hier gibt es große Ausbaupotenziale. Zudem dürften in den kommenden Jahren in großer Zahl Wärmepumpen, Batteriespeicher und E-Ladesäulen installiert werden.

In all diesen Fällen spielt der schnelle, unbürokratische Anschluss an das Stromnetz eine zentrale Rolle. Hier se-

hen der Bundesverband der Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) und der Zentrale Immobilien-Ausschuss (ZIA) erheblichen Verbesserungsbedarf. Gemeinsam mit der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), dem Handelsverband Deutschland (HDE) und dem Bundesverband Energiespeicher (BVES) hat die Wohnungswirtschaft ein Positionspapier erarbeitet, das Wege zur Entbürokratisierung aufzeigt.

In dem Papier, das dem Handelsblatt vorliegt, heißt es, fehlende Netzanschlusskapazitäten und Verzögerungen beim Netzausbau entwickelten sich „zum zentralen Investitionshemmnis für Unternehmen in Deutschland“. Das bremst die Wirtschaft auf dem Weg zur Transformation aus. Aktuell erodierten die Anreize für Investitionen in Photovoltaikanlagen, Wärmepumpen, Ladepunkte und Speicher, weil die Anlagen durch langwierige Verfahren nicht ans Netz kämen. „Damit verdienen diese Investitionen kein Geld, was ihre Refinanzierung gefährdet und Anreize in weitere Investitionen zugunsten der Transformation torpediert.“ Tatsächlich vergehen heute mitunter Monate, ehe etwa neue Photovoltaikanlagen angeschlossen werden können. Einer der Gründe ist die schiere Menge der neuen Anlagen.

Hinzu kommt, dass der Ausbau der Netze hinterherhinkt. Viel Aufmerk-



Montage einer Solaranlage: Viele Dächer sind noch leer.

samkeit erregte Mitte April der Fall Oranienburg. Die dortigen Stadtwerke hatten angekündigt, keine Neuanmeldungen oder Leistungserhöhungen von Hausanschlüssen mehr genehmigen zu können, weil das Netz dies nicht hergeben. Später revidierten sie diese Entscheidung.

Einen weiteren Grund der Probleme sieht die Anwender-Allianz in den zu bürokratischen Anmeldungs- und

Registrierungsverfahren. Zwar hat die Bundesregierung einige Hürden aus dem Weg geräumt. Mit dem „Pakt für Beschleunigung“ haben sich Bund und Länder im November 2023 grundsätzlich zu massiven Vereinfachungen bei Planungs- und Genehmigungsverfahren bekannt. Auch das „Solarpaket I“ umfasst konkrete Erleichterungen.

Nach Einschätzung der Verbände-Allianz geht aber deutlich mehr. Sie regt an, das von der Regierung geplante „Solarpaket II“ dafür zu nutzen. Sie schlagen vor, verpflichtende Rückmeldefristen für die Betreiber von Stromverteilernetzen einzuführen und daraus „Genehmigungsfiktionen“ abzuleiten: „Sofern der Fall auftritt, dass Netzbetreiber überhaupt keine Rückmeldung zu einem Netzanschlussbegehren geben, sollte die Anlage nach einer gesetzlich festgelegten Frist als genehmigt gelten“, heißt es in dem Papier. Dann müsse das Konzept konsequent eingesetzt werden. Außerdem sollen Antragsverfahren vereinfacht, vereinheitlicht und in einen bundesweit einheitlichen digitalen Prozess überführt werden.

Das Thema rückt in dieser Woche im Bundeswirtschaftsministerium auf die Tagesordnung: Für Donnerstag hat das Haus zu einer neuen Runde des Branchendialogs mit Anschlussnehmern, Netzbetreibern und weiteren relevanten Branchen eingeladen.

Geoeconomics

Neue US-Mittelstreckenraketen in Europa

Die Stationierungsentscheidung beunruhigt viele. Aber um Europa besser zu schützen, ist sie notwendig.

Ist der Kalte Krieg zurück? Seit Berlin und Washington letzte Woche bekannt gaben, dass die USA ab 2026 landgestützte konventionelle Waffensysteme in Deutschland stationieren wollen, wird diese Frage heiß diskutiert. Es geht um die Rakete SM-6, den Marschflugkörper Tomahawk und eine Hyperschallwaffe, die noch entwickelt wird. Sie haben eine größere Reichweite als die landgestützten Systeme, die es bislang in Europa gibt: Die Tomahawks sollen bis zu 2500 Kilometer weit fliegen können, könnten also Ziele in Russland treffen. Und ja, genau darum geht es.

Die Reaktionen auf die Ankündigung reichten von Entrüstung über bedrohliches Wettrüsten bis zu Erleichterung, dass endlich eine Lücke in Europas Verteidigung geschlossen wird. Tatsächlich ist beides richtig. Denn natürlich wäre es wünschenswert, wenn man diese Systeme nicht bräuhete und abrüsten könnte. Aber aus drei Gründen ist die Stationierung richtig:

Erstens: Die Nato hat eine Fähigkeitenlücke, also sie kann bestimmte Dinge nicht, die Russland sehr wohl kann. Moskau hat in den letzten 20 Jahren massiv aufgerüstet. Dabei hat es einen zentralen Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur zerstört: den INF-Vertrag über landge-

stützte nukleare Mittelstreckenraketen. Den Vertrag hatten die USA und die Sowjetunion 1987 auf dem Höhepunkt des Kalten Kriegs geschlossen, und er war ein Wendepunkt: Sie einigten sich, alle landgestützten Raketen und Marschflugkörper mittlerer Reichweite (500 bis 5500 Kilometer) zu vernichten und keine neuen Waffen dieser Kategorie zu produzieren oder zu testen. Aber spätestens 2019 sah die Nato genug Beweise, dass Russland trotzdem einen solchen Marschflugkörper entwickelt hatte. Angesichts des russischen Vertragsbruchs stiegen die USA aus dem Abkommen aus.

Die Europäer hatten bislang zurückhaltend reagiert und selbst keine neuen landgestützten Systeme produziert. Ihnen fehlen also eigene landgestützte Raketen größerer Reichweite, mit denen sie das Territorium eines Angreifers erreichen könnten. Russland hat daher einen Vorteil, dem die Europäer bislang wenig entgegenzusetzen können. Zumal Moskau weiterrüstet: Es hat nuklearfähige Iskander-Raketen und Kinshal-Hyperschallraketen in Kaliningrad stationiert und will russische Nuklearwaffen in Belarus aufstellen.

Zweitens: Die Stationierung ist eine Folge des russischen Überfalls auf die Ukraine. Die Europäer erkennen

an, dass ein Krieg in Europa ein realistisches Szenario ist. Denn aus russischer Sicht ist der Einsatz militärischer Gewalt nicht nur legitim, sondern auch effizient. Bislang hat Moskau die direkte militärische Auseinandersetzung mit der Nato vermieden – aber es bereitet sich darauf vor: Es hat auf Kriegswirtschaft umgestellt, priorisiert die Rüstungsproduktion, bereitet die Gesellschaft auf Krieg vor und verfolgt eine Taktik der hybriden Nadelstiche gegen den Westen, inklusive Propaganda.

Drittens: Die Europäer ziehen Lehren aus dem russischen Vorgehen in der Ukraine. Und eine Lehre ist die große Bedeutung von Waffen, mit denen man weit ins gegnerische Hinterland zielen kann, zum Beispiel um Nachschub zu unterbrechen. Der russische Raketenkrieg in der Ukraine zeigt, dass diese Fähigkeit zentral für Abschreckung und Verteidigung ist. Flugabwehrsysteme reichen nicht, um Nato-Territorium zu schützen, zum Beispiel vor Angriffen auf kritische Infrastruktur. So hart es klingt: Im Ernstfall müssen Nato-Staaten auch selbst angreifen können, zum Beispiel um russische Raketenfähigkeiten zu vernichten, bevor diese Nato-Gebiet angreifen können, und um russische Militärziele zu zerstören, wie Kommandozentralen.

Es geht also einerseits um klassische Abschreckung: Die Stationierung dieser Systeme, die im Ernstfall Ziele im russischen Hinterland treffen können, soll Moskaus Kalkül beeinflussen. Das Bündnis signalisiert so, dass ein Angriff sich nicht lohnt, weil die Kosten für Moskau höher wären als der erhoffte Gewinn. Es geht aber auch darum, im Ernstfall eine nukleare Eskalation unwahrscheinlicher zu machen: Sollte Russland angreifen, dann hat die Nato dank dieser konventionellen Systeme zusätzliche Handlungsoptionen im Eskalationsmanagement unterhalb der nuklearen Schwelle. So mag die Neustationierung auf den ersten Blick nach erhöhter Gefahr klingen, könnte das nukleare Risiko aber sogar senken.

Die harsche russische Reaktion war daher vorhersehbar. Moskau hat verstanden, dass seine Drohungen nun an Gewicht verlieren, Angriffe schwieriger werden und es weniger Eskalationsmöglichkeiten hat. Und noch eine Botschaft der geplanten Stationierung ist wichtig: Die USA bleiben in Europa – falls nicht eine neue US-Regierung nach den Wahlen alles noch einmal verwirft. Auch deshalb haben Frankreich, Deutschland, Italien und Polen letzte Woche angekündigt, selbst weitreichende Präzisionswaffen zu entwickeln.



Die Autorin Claudia Major ist Forschungsgruppenleiterin für Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Max Brunnert



Jean-Luc Mélenchon, Olivier Faure, Marine Tondelier

Frankreichs mühsame Suche nach einem Premierminister

Der Linke Mélenchon, Sozialistenchef Faure, die Chefin der Grünen, Marine Tondelier – sie alle spekulieren auf das Top-Amt in der neuen Regierung. Und es könnten noch mehr Kandidaten werden.

Tanja Kuchenbecker Paris

Es war ein unerwarteter Triumph für Frankreichs Linksbündnis Neue Volksfront (NFP): Nach den Parlamentswahlen ist sie jetzt die stärkste politische Kraft im Land. Doch die Euphorie weicht mittlerweile der Ernüchterung. Denn der Bund aus Linken (LFI, La France insoumise), Sozialisten, Grünen und Kommunisten kann sich nicht auf einen Kandidaten für das Amt des Premierministers einigen.

Der Profiteur der undurchsichtigen Gemengelage sitzt im Élysée-Palast: Präsident Emmanuel Macron ist auf der Suche nach einem Allianzpartner, der auch aus dem rechten Lager kommen kann. Über eine Woche nach der Parlamentswahl herrscht Chaos in Frankreich, das nicht an komplizierte Koalitionsverhandlungen gewöhnt ist.

Macron erklärte nun in einem offenen Brief an die Franzosen, er wolle sich bei der Suche nach einer regierungsfähigen Mehrheit im Parlament Zeit lassen. Niemand habe die Wahlen wirklich gewonnen, erklärte der Präsident und rief erneut zu einer „großen republikanischen Allianz“ um die politische Mitte auf. Damit machte er klar, dass für ihn ein Premierminister aus den Reihen der Neuen Volksfront ausgeschlossen ist. Mit dieser Haltung kann er sich auch auf eine Umfrage des Meinungsinstituts Odoxa stützen, nach der mehr als sieben von zehn Franzosen keinen Premier wollen, der aus dem linken Lager kommt.

Bei den von Macron ausgerufenen Neuwahlen zur Nationalversammlung am 7. Juli erreichte keine der drei großen Gruppen – Linke, Macrons Renaissance-Bewegung oder der rechtspopulistischen Rassemblement National (RN) – die absolute Mehrheit. Das erschwert nun enorm die Regierungsbildung. Denn normalerweise ernennt der Präsident den Premier aus der Partei, die die klare Mehrheit hat – was diesmal nicht der Fall ist.

Ein Regierungschef aus dem Lager der Linken gilt als Risiko. Weder Macron noch der rechtsextreme Rassemblement National wünscht jemanden aus der linkspopulistischen LFI auf dem Posten. Sollte es doch einer aus der Partei von Jean-Luc Mélenchon werden, muss er mit einem Misstrauensantrag im Parlament rechnen. Ein Sozialist wäre die pragmatischere Wahl. Doch die Parteien aus dem Linksbündnis wollen kein Stück ihrer Macht abgeben.

Mitte der vergangenen Woche gab es bei den Diskussionen der NFP einen Vorschlag, der von den Sozialisten gleich abgelehnt wurde: Huguette Bello (73), Präsidentin der Region La Réunion, die der LFI nahesteht. Ihren Namen ins Spiel gebracht hatten Kommunisten und LFI. An diesem Montag wurde dann von Sozialisten, Grünen und Kommunisten Laurence Tubiana vorgeschlagen und umgehend von der LFI abgelehnt.

Die 73-jährige Diplomatin und Ökonomin ist eine Klimaspezialistin und spielte eine wichtige Rolle bei der Klimakonferenz COP 21 im Jahr 2015

in Paris. Sie ist seit 2017 Chefin der internationalen Stiftung European Climate Foundation (ECF) und hatte schon zweimal abgelehnt, Umweltministerin unter Macron zu werden. Da sie gleichzeitig als links wie grün gilt, kommentierte Sozialistenchef Olivier Faure: „Sie entspricht genau unserem Programm.“ Er könne daher nicht verstehen, warum eine solche Person von der LFI abgelehnt werde.

Die äußerte die Befürchtung, dass sich Tubiana als Premierministerin mit Macron arrangieren würde. Dafür habe die Linke nicht die Wahl gewonnen. Auch stehe sie Ex-Präsident François Hollande zu nahe. Mitglieder des LFI argwöhnen, dass Hollande im Hintergrund die Strippen zieht und bei der Auswahl mitgemischt habe.

Nach dem Hin und Her wurden die Einigungsdiskussionen von den Allianzpartnern erst einmal abgeblasen. Weitere Vorschläge gab es bisher nicht. Faure hatte sich selbst schon als Kandidat fürs Amt des Premiers ins Gespräch gebracht, genauso wie Jean-Luc Mélenchon.

Die Linke will sich nun auf eine weitere Personalie konzentrieren – die Wahl des Parlamentspräsidenten an diesem Donnerstag. Das Bündnis will eine gemeinsame Person vorschlagen, um wenigstens im Parlament davon zu profitieren, dass sie die erste politische Kraft im Land geworden ist. Auch die weiteren Posten in der Nationalversammlung werden vergeben und stehen zur Debatte.

Macron schaut bei den Wirrungen genau zu. Wenn schon die ersten Ver-

handlungen zwischen den vier Bündnispartnern so chaotisch ablaufen – wie will die Linke dann regieren?

Deren Uneinigkeit lässt dem Präsidenten mehr Zeit, seine eigene Allianz zu bauen. Ein Stratege aus den Reihen der Sozialisten erklärte jüngst in „Le Figaro“: „Das ist die Wette des Präsidenten mit seinem Brief: Die Dynamik geht verloren, man spricht von etwas anderem als dem überraschenden Wahlsieg der Neuen Volksfront.“ Zunächst wartet Macron auf die Wahl des Parlamentspräsidenten am Donnerstag, um zu sehen, welche Partei sich dabei durchsetzt.

Nachdem Sozialistenchef Faure dem Präsidenten eine Absage für dessen Idee einer republikanischen Allianz erteilt hatte („Ich habe die Wahl eines Linksbündnisses getroffen, davon rücke ich nicht ab“), blickt Macrons Mitte-Bündnis für eine mögliche Regierungsbildung nun nach rechts. Ex-Premierminister Edouard Philippe aus dem Mitte-Bündnis rief zu einer „pragmatischen Einigung“ mit den Republikanern (LR) auf. Von denen hoffen nun einige sogar darauf, dass der Premierminister aus ihren Reihen kommen könnte, obwohl die Partei bei den Wahlen nur auf Platz vier kam. Ihr Argument: Das Land habe mehrheitlich rechts gewählt, nicht links.

Der neue Fraktionsvorsitzende Laurent Wauquiez lehnt zwar eine förmliche Regierungskoalition ab, sprach aber von einem „parlamentarischen Pakt“ mit Macron und einem gemeinsamen Ziel: Es gelte, die Neue Volksfront zu verhindern.



Präsident Macron:
Auf der Suche nach einem Allianzpartner.

Autoindustrie

Im Elektroauto steckt noch viel Potenzial

Der Stromantrieb wird sich durchsetzen – weil wichtige Innovationen erst kommen.



Markus Fasse ist Chefkorrespondent in München. Sie erreichen ihn unter: fasse@handelsblatt.com

Das lässt aufhorchen: BMW, Conti und das Münchener Start-up Deep Drive wollen Radnabenantriebe zur Serienreife bringen. Möglich machen soll das ein neu entwickelter Elektromotor, der deutlich kleiner und leistungsstärker ist. Das könnte Elektroautos effizienter, billiger und damit umweltschonender machen, denn der neue Motor soll auch mit weniger Material auskommen. 2026 will Deep Drive produzieren, noch vor 2030 soll das Konzept in die Großserie gehen.

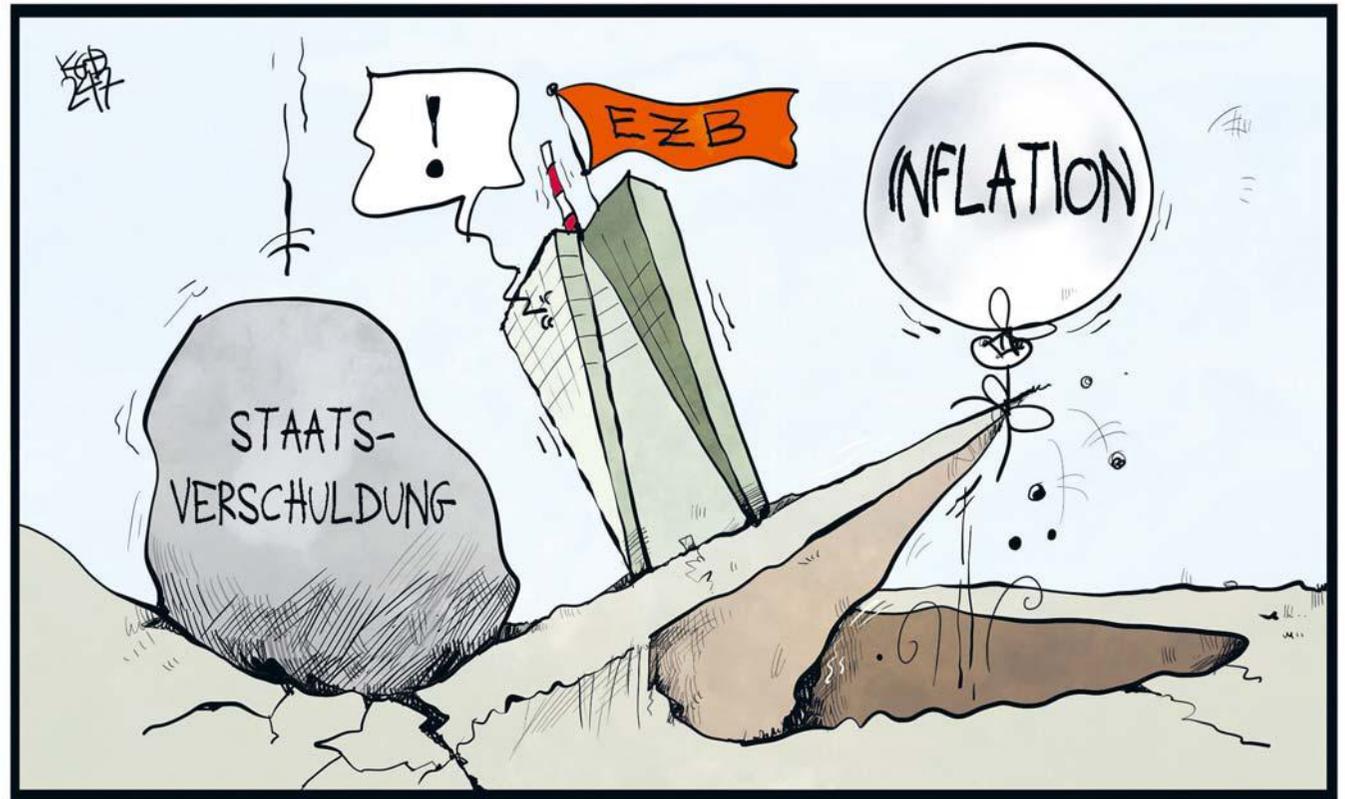
Das Beispiel zeigt, welche Dynamik sich rund um das Elektroauto in Deutschland entwickelt hat. Zwar ist die Batterie als wichtigster Bestandteil des Stromautos weitgehend in chinesischen und koreanischen Händen. Aber rund um die Stromspeicher sind BMW, Mercedes, VW und ihre Zulieferer ganz vorne dabei. Das zeigen alle Vergleiche, zuletzt das umfangreiche Innovationsranking des Center of Automotive Management.

Dieser Blick ist wichtig. So stockt der Verkauf von Elektroautos in Deutschland und Verbrenner feiern auch in den USA wieder eine Renaissance. Aber das wird nicht von langer Dauer sein. Benzin- und Dieselmotoren sind ausentwickelt, es geht jetzt nur noch darum, sie mit immer teureren Filtern abgaskonform zu halten. Bei Elektroantrieben ist hingegen noch viel Potenzial, wie das Beispiel Deep Drive zeigt.

Auch deshalb geht der weit größere Teil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Deutschland in den Stromantrieb. Mit jeder zusätzlichen Innovation im Stromauto rückt das Ende des Verbrennungsmotors näher.

Die großen Konzerne müssen die Innovation gar nicht einmal selber treiben. Sie müssen sie aber erkennen. Deep Drive ist eine Gründung von sieben Ingenieuren, die von der TU München kommen. Sie erhalten jetzt ihre Chance bei BMW und Conti – und das ist gut so.

► Bericht Seite 16



EZB

Erst Inflation, nun Schulden

Die Geldpolitik wird in Kürze wieder langweilig. Aber der EZB geht die Arbeit nicht aus.

Die beste Geldpolitik ist die, über die niemand redet. Wenn Notenbanken wie die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Arbeit gut machen, gibt es keine Inflation, keine schlechten Nachrichten, keine Aufregung. In den letzten Jahren hat das nicht funktioniert. Die breite, durch hohe Staatsausgaben angeschobene wirtschaftliche Erholung nach der Covidpandemie plus der Krieg im Osten Europas haben die Preise weltweit hochgetrieben. Die Notenbanken haben relativ spät angefangen, mit höheren Zinsen dagegenzuhalten, und sich dafür Kritik eingehandelt. Allerdings stand die EZB davor auch schon in der Kritik: wegen ihrer niedrigen, zeitweise sogar negativen Zinsen, mit denen sie die Tendenz zu schwacher Konjunktur und niedrigem Preisdruck bekämpfte.

Am Donnerstag wird die EZB nach ihrer Sitzung kaum etwas verändern oder ankündigen, aber der weitere Kurs ist klar: Mit dem Abflauen der Inflation steuern wir auf niedrige Zinsen zu. Aber auch auf eine ruhige Zeit? Das wäre zu hoffen.

Aber selbst wenn es gelingt, dürfte sich ein anderes Problem in den Vordergrund schieben, das die EZB empfindlich berührt, obwohl sie damit offiziell nichts zu tun haben darf: die hohe Staatsverschuldung der Euro-Staaten, die vor dem Hintergrund der zu befürchtenden Abkoppelung der USA von Europa allein wegen der Rüstungsausgaben noch weiter steigen dürfte.

Anders als die US-Notenbank (Fed), die offiziell auch für Vollbeschäftigung sor-



Frank Wiebe ist Chefkomentator im Finanzressort. Sie erreichen ihn unter: wiebe@handelsblatt.com

gen soll, hat die EZB nur ein Mandat: die Stabilität der Preise. EZB-Präsidentin Christine Lagarde wird nicht müde, das zu betonen. Wie bei jeder Notenbank verstecken sich hinter dem Mandat aber eine Menge externer wie auch interner Ansprüche an die Geldpolitik.

Von außen etwa kam vor Ausbruch der Inflation die mitunter fast wie ein Rechtsanspruch anmutende Forderung der Sparer nach Zinsen. Außerdem wollen alle Notenbanken unabhängig vom offiziellen Mandat die Wirtschaft in Schwung halten oder zumindest nicht zu sehr schädigen. Und dann zeigt sich auch außerhalb des Euro-Raums, dass die Notenbanken im Notfall Anleihen kaufen, wenn es zu einer Krise am Kapitalmarkt kommt.

Gerade der Kauf von Staatsanleihen spielt bei der EZB eine besondere Rolle. Sie sind umstritten, gelten zu Recht als eigentlich verbotene Unterstützung einzelner Staaten, was nur auf dem recht gekünstelten Umweg juristisch gerechtfertigt werden kann, durch diese Käufe werde die gleichmäßige Wirkung der Geldpolitik in allen Ländern sicher-

gestellt. In Wahrheit geht es schlicht darum, die Euro-Zone zusammenzuhalten. Das gehört offiziell nicht zum Kernmandat der EZB, aber es ist natürlich absurd zu verlangen, dass eine Notenbank dem Zerfall ihres eigenen Währungsraums tatenlos zuschaut, zumal die allgemeine Unterstützung der Wirtschaftspolitik der Europäischen Union ja auch als sekundäres Mandat der EZB definiert ist.

Wenn die EZB durch gezielte Anleihekäufe die Verschuldung einzelner Länder wie Italien und künftig vielleicht auch Frankreich erleichtert, wird sie damit aber den Euro auf längere Sicht immer mehr unter Druck bringen, wie seit Jahren das Beispiel Japans zeigt, wo die Regierung sich massiv über die Notenbank finanziert und der Yen unaufhaltsam im Wert sinkt. Genau das widerspricht ihrem Kernmandat. Letztlich ist die EZB aber gerade dadurch gefangen, dass sie zu viel Einfluss hat.

Das Fehlen einer gemeinsamen Finanzpolitik im Euro-Raum schafft ein Machtvakuum, dem sich die Notenbank im Krisenfall kaum entziehen könnte, ohne kurzfristig massiven Schaden anzurichten. Und eine gemeinsame Finanzpolitik, das muss man deutlich sagen, war nie eine realistische Option und wird es auch nie sein, weil die Euro-Staaten damit jeweils ihre nationale Souveränität aufgeben würden.

Aus diesem Dilemma gibt es keinen Ausweg. Deswegen wird Geldpolitik hoffentlich langweiliger, aber die Rolle der EZB sicher nicht.

„Compact“-Verbot

Faesers juristische Gratwanderung

Die Innenministerin riskiert mit ihrem Vorgehen ihre politische Karriere.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat das rechtsextreme „Compact“-Magazin verboten. Sie begründet es damit, dass sich die Compact GmbH und die Produktionsfirma Conspect Film GmbH gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik richten. Als Rechtsgrundlage hat ihr Haus das Vereinsrecht herangezogen. Ob das juristisch sicher ist, kann man durchaus bezweifeln. Nicht wenige werfen der Ministerin jetzt vor, sie würde die Pressefreiheit aushebeln.

Keine Frage, „Compact“ ist eine Publikation, die kein Mensch braucht, ein Monatsmagazin, das von sich selbst behauptet, für „ehrlichen Journalismus in Zeiten der Lüge“ zu stehen. Dabei ist das Gegenteil der Fall. „Compact“ steht für Hetze gegen Migranten, Verschwörungsmysen, prorussische Propaganda. Das ist oft so hanebüchen, dass man ernste Zweifel haben kann, ob die Urheber der Inhalte wirklich noch ganz bei Trost sind. Auf einem Titelbild wurde kürzlich behauptet, dass „deutsche Generale den Angriff auf Russland planen“. Mehr faktenfreies Geschwurbel geht nicht.



Dietmar Neuerer ist Reporter im Ressort Politik. Sie erreichen ihn unter: neuerer@handelsblatt.com

Die Behörden haben das Magazin länger schon im Blick. Der Inlandsgeheimdienst hat bereits 2021 „Compact“ als erwiesene rechtsextremistische Bestrebung eingestuft. Viele stoßen sich vermutlich auch an der Nähe des „Compact“-Chefs Jürgen Elsässer zur AfD. Unlängst zeigte sein Magazin den Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke neben dem früheren US-Präsidenten Donald Trump mit der Schlagzeile „2024 Die Wende“.

Das alles ist schwer zu ertragen. Aber rechtfertigen die „Compact“-Positionen wirklich ein Verbot? Die Innenministerin bewegt sich juristisch auf unsicherem Terrain. Für ihre Verbotsverfügung wendet sie das Vereinsrecht an, ob-

wohl Presserecht in die Kompetenz der Länder fällt. Zudem kennen die Pressegesetze nach Einschätzung von Experten keine Grundlage für das Verbot ganzer Zeitungen.

Unabhängig davon müssen Verbote verhältnismäßig sein. Für mögliche verfassungsfeindliche Beiträge kann nicht das ganze Magazin ohne Weiteres in Mithaftung genommen werden. Eingriffe in die Meinungs- und Pressefreiheit wiegen ohnehin schwer und können allenfalls als Ultima Ratio gerechtfertigt sein. Aber unerwünschte Meinungen einfach verbieten, das geht eben nicht.

Man darf davon ausgehen, dass Faesers Ministerium die Verbotsverfügung genau geprüft und abgewogen hat. Ein rechtliches Restrisiko bleibt aber dennoch und birgt somit auch ein Risiko für die Ministerin selbst. Zum Verhängnis könnte für sie werden, sollte ein Gericht das Verbot wieder kassieren. Ihrem Kampf gegen Rechtsextremismus hätte Faeser dann einen Bärendienst erwiesen. Für ihre politische Zukunft verheiße das nichts Gutes. FDP-Bundesvize Wolfgang Kubicki brachte schon ihren Rücktritt ins Spiel.

Außenansichten

deVolkskrant

Zu Donald Trumps Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten meint die niederländische Zeitung „de Volkskrant“:

Mit J. D. Vance hat sich Donald Trump für einen Mann entschieden, der in vielerlei Hinsicht eine jüngere Version seiner selbst ist: ein radikal-rechter Populist mit einer Vorliebe für hetzerische Rhetorik. (...) Für Europa verheißt die Entscheidung für Vance nichts Gutes. Er ist ein America-first-Ideologe, der die Hilfe für die Ukraine ablehnt, und ein Verfechter des Protektionismus, der auch vor Handelskriegen nicht zurückschreckt. Aber am gefährlichsten ist Vance für die amerikanische Demokratie. (...) Mit dem erst 39-Jährigen hat Trump einen Kronprinzen ernannt. Natürlich kann in vier Jahren viel passieren, und Vance muss seiner prominenten Stellung erst noch gerecht werden. Aber wenn Trump im November gewählt wird, ist Vance in der Poleposition für die Wahl 2028. (...) Somit gibt die Wahl von Vance einen Ausblick auf den Trumpismus nach Trump. Dieses Bild ist alles andere als beruhigend.

The Sydney Morning Herald

Zu den künftigen Beziehungen zwischen China und den USA im Falle einer Rückkehr von Trump ins Weiße Haus schreibt die australische Zeitung „Sydney Morning Herald“:

Als sich die Führungsspitze der Kommunistischen Partei Chinas diese Woche in Peking zu ihrem alle fünf Jahre stattfindenden „Dritten Plenum“ versammelte, verfolgte sie die jüngsten Entwicklungen in den USA mit einiger Sorge. Kurz nach Joe Bidens desaströser Leistung bei der TV-Debatte (...) scheint das Attentat auf Trump dessen Kampagne noch mehr Schwung verliehen zu haben – und ebenso die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass Trumps vorgeschlagene Zölle in Höhe von 60 Prozent auf chinesische Exporte in die USA verhängt werden. Seine Entscheidung, J. D. Vance zum Vize-Präsidentenkandidaten zu ernennen, wird die Sorgen vergrößern. Denn Vance ist ein noch stärkerer Isolationist und Protektionist und gegenüber China noch aggressiver eingestellt als Trump. In seinen ersten Interviews (...) bezeichnete er China als die größte Bedrohung für die USA.

LA STAMPA

Zu Berichten über die finanzielle Unterstützung Trumps durch Unternehmer und Investoren der US-Tech-Branche schreibt die italienische Zeitung „La Stampa“:

45 Millionen pro Monat. Jeden Monat bis zum Ende des US-Wahlkampfes. Und alle sind für die Wahl von Donald Trump bestimmt. Elon Musk hat sich für eine Rekordspende an den Tycoon entschieden. (...) Das Geld geht an ein „Politisches Aktionskomitee“, das großteils aus Unternehmern und Investoren aus dem Silicon Valley besteht. Das Herz der Tech-Branche. Keine unwichtige Tatsache. Das Silicon Valley und die gesamte Tech-Branche haben bisher die Kandidaten der Demokraten unterstützt (...). Jetzt unterstützen sie alle einen Kandidaten, der zuletzt noch als absolut böse galt: Donald Trump. (...) Bis zu dem Attentat auf Trump in Pennsylvania blieben die Unterstützungspläne in der Schwebe. Unmittelbar danach erklärte Musk öffentlich, dass er Trump unterstützen werde. (...) Diese Entwicklung leitet einen epochalen Paradigmenwechsel im Silicon Valley ein, das, zunächst von liberaler Kultur geprägt, nun eine unerwartete konservative Evolution durchmachen könnte.

EPC-Gipfel in Großbritannien

Endlich bewegt sich was in Europa

Die neue Regierung in London kommt in eine ungewohnte Führungsrolle.

Ein europäischer Gipfel in Großbritannien? Das ist acht Jahre nach dem Brexit schon überraschend. Dass sich 45 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPC) am Donnerstag im Blenheim Palace in der Nähe von Oxford treffen, ist denn auch mehr ein glücklicher Zufall des Kalenders.

Zum ersten Mal nach dem Brexit-Referendum 2016 ist eine europafreundliche Regierung in London Gastgeberin eines europäischen Gipfels. Der gerade frisch gewählte britische Premierminister Keir Starmer hat nach acht Jahren Brexit-Karter einen Neuanfang in den Beziehungen des Königreichs zur EU angekündigt. Beim Treffen in Blenheim kann er dafür den Startschuss geben.

Dass es sich bei der EPC um einen losen Zusammenschluss handelt, der keine bindenden Beschlüsse fasst, wertet das Treffen nicht ab. Im Gegenteil: In Zeiten, da Europa sich einer russischen Aggression im Osten und einem wachsenden Isolationismus in den USA gegenüber sieht, ist ein informeller Gedankenaus-



Torsten Riecke ist International Correspondent. Sie erreichen ihn unter: riecke@handelsblatt.com

tausch besonders wertvoll. Die gemeinsame Sicherheit ist dabei das Band, das alle Europäer zusammenbindet.

So seltsam es klingt, aber den abtrünnigen Briten kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, der die Europäische Politische Gemeinschaft vor zwei Jahren ins Leben gerufen hatte, ist nach dem Verlust seiner Mehrheit in der Nationalversammlung schwer angeschlagen.

Bundeskanzler Olaf Scholz kommt auf politischen Krücken einer wankenden Ampelkoalition nach Großbritannien. Der deutsch-französische Motor Europas stottert also gewaltig.

Umgekehrt hat Gastgeber Starmer gerade einen überwältigenden Wahlsieg eingefahren und ist momentan der Regierungschef mit dem stärksten demokratischen Mandat im Westen. Großbritannien kann nach dem EU-Austritt den deutsch-französischen Motor in Europa zwar nicht ersetzen. Aber das Königreich kann als Atomkraft und ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gerade in der drängenden Sicherheitsfrage ein wichtiges Signal einer europäischen Zusammengehörigkeit geben, das sowohl in Moskau als auch in Washington Gehör findet.

Das Treffen in Blenheim Palace, dem Geburtsort Winston Churchills, kann den richtigen Ton für künftige Gespräche setzen. Der britische Außenminister David Lammy wird nach der Sommerpause beim Treffen seiner EU-Kollegen dabei sein. Eine Einladung an Starmer zu einem der künftigen EU-Gipfel im Herbst wird bereits diskutiert. Es bewegt sich also etwas in Europa – auch wenn es von Deutschland oder Frankreich aus betrachtet im Moment gar nicht danach aussieht.

► Bericht Seite 9



London: Hier wurde vor 75 Jahren der Europarat ins Leben gerufen. Daran erinnert der britische Außenminister und spricht von einem „Neustart“.

Wir müssen der russischen Aggression gemeinsam entgegentreten. Wir müssen engere Beziehungen in Sachen Sicherheits- und Verteidigungspolitik knüpfen, wenn wir Putins neue Form des Faschismus besiegen wollen. Der Vorschlag der neuen britischen Regierung für einen ehrgeizigen und weitreichenden Sicherheitspakt zwischen Großbritannien und der EU würde eine solche Zusammenarbeit untermauern und eine neue geopolitische Partnerschaft begründen.

Gemeinsam müssen wir die Zusammenarbeit verstärken, um Menschenmugglerbanden zu zerschlagen. Dieser abscheuliche Handel darf auf unserem Kontinent nicht gedeihen. Wir müssen unsere Ressourcen bündeln, um effizienter und effektiver zu werden und Leben zu retten. Das neue britische Border Security Command wird dazu beitragen, indem es die operativen Partner im britischen System zusammenbringt, um in ganz Europa und darüber hinaus zu arbeiten. Wir müssen das Problem in seiner Gesamtheit betrachten, gegen gefährliche Kriminelle vorgehen und die Ursachen, die Menschen dazu bringen, sich Menschenmugglern zuzuwenden, von vornherein stärker bekämpfen.

Und gemeinsam müssen wir Wohlstand für die Menschen in ganz Europa schaffen. Wir müssen es für Privatpersonen und Unternehmen so einfach wie möglich machen, zu reisen, Handel zu treiben und zu investieren. Die neue britische Regierung wird sich konsequent auf die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft konzentrieren, um ein nachhaltiges Wachstum zu erreichen, die Chancen der sauberen Energiewende zu nutzen und Innovationen voranzutreiben.

In einer Parlamentsdebatte nach der Gründung des Europarats stellte Bevin fest: „Es gibt keine alleinige Methode, mit der wir die Einheit [Europas] erreichen können.“

Die EPG selbst ist eine jüngere Innovation als der Europarat. Aber die Schaffung neuer Foren zur Ergänzung der bestehenden entspricht ganz dem Realismus von Bevin. Ich vermute, dass er dem verstorbenen großen Historiker Tony Judt zugestimmt hätte: Während „die Diskussion ... über die Aussichten für Europa dazu neigt, ziemlich lose zwischen Pangloss und Cassandra zu schwanken“, lehrt uns die Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, dass wir uns auf „schrittweise Verbesserungen“ konzentrieren müssen.

Heute können wir sehen, welches Erbe die Verbesserungen, die Bevin und andere auf den Weg gebracht haben, hinterlassen haben. Wir sehen es in dem Frieden und dem Wohlstand, den ein großer Teil Europas seit den 1940er-Jahren genießt, auch wenn er nur teilweise gilt und derzeit bedroht wird. Wir sehen es in den Fortschritten auf dem Weg zu gerechteren und gleichberechtigteren Gesellschaften. Wir sehen es in der Art und Weise, wie der Rest Europas der Ukraine angesichts der russischen Aggression beigestanden hat.

Es gibt kein Patentrezept, keine alleinige Methode, um die Herausforderungen zu bewältigen, vor denen wir stehen. Aber gemeinsam können wir Schritt für Schritt eine bessere Zukunft aufbauen. Mit diesem EPG-Treffen wird eine neue Ära der britischen Zusammenarbeit mit unseren europäischen Mitbürgern eingeläutet. Wir freuen uns darauf, Sie alle willkommen zu heißen.



GLOBAL CHALLENGES

In der Reihe Global Challenges schreiben Expertinnen und Experten aus aller Welt über aktuelle politische und wirtschaftliche Fragen. Sie erscheint jeden Donnerstag im Handelsblatt und im „Tagesspiegel“.

Handelsblatt
— Gastkommentar —

Wir werden Großbritannien wieder mit der Welt vernetzen

Die neue britische Regierung will die Beziehungen zu Europa intensivieren. Das stärkt beide Seiten, etwa im Kampf gegen Putins Faschismus. Von **David Lammy**

Ein Bild der Zerstörung.“ So beschrieb mein großartiger Vorgänger Ernest Bevin Europa am Ende des Zweiten Weltkriegs. Doch aus der Asche haben er und seine Generation unseren Kontinent nicht nur physisch wiederaufgebaut. Sie haben auch eine Reihe gemeinsamer Werte geschaffen, die Europa über die Zeit enger zusammengeführt haben. Im Mittelpunkt dieser neuen Ära stand der Europarat, der vor fünfundsiebzig Jahren durch den Vertrag von London ins Leben gerufen wurde. In diesem Vertrag wurden Grundrechte verankert, um zu verhindern, dass das Übel des Faschismus auf unserem Kontinent wieder erstarkt.

Heute werden Seine Majestät König Charles und Premierminister Keir Starmer die europäischen Staats- und Regierungschefs im Blenheim Palace zur vierten Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) empfangen. Wir werden mit Stolz den Originalvertrag von London zeigen, der an die gemeinsamen Werte erinnert, auf denen die europäische Zusammenarbeit bis heute beruht. Es ist das erste EPG-Treffen, an dem die Generalsekretärin des Europarats Burić teilnehmen wird.

Die Staats- und Regierungschefs treffen sich, während der Faschismus wieder einmal sein hässliches Gesicht auf unserem Kontinent zeigt. Die tapferen Menschen in der Ukraine kämpfen gegen eine neue Ausprägung eines bekannten Übels. In ganz Europa sind wir mit hybriden



Der Autor

David Lammy ist Außenminister von Großbritannien.

Bedrohungen konfrontiert: von Cyberangriffen bis zu Attentaten auf unseren Straßen. Weltweit gibt es mehr aktive Konflikte als je zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Die sich verschiebenden tektonischen Platten der Wirtschaftsordnung haben dazu geführt, dass die arbeitende Bevölkerung nicht die wirtschaftlichen Chancen hat, die sie verdient. Die Klimakrise beschleunigt und verschärft jede dieser Herausforderungen und hinterlässt gleichzeitig ihre Spuren in der Natur.

Die neue britische Regierung wird Großbritannien wieder mit der Welt vernetzen. Dies beginnt bei unseren europäischen Freunden und Nachbarn. Wir stehen vor gemeinsamen Herausforderungen und teilen die gleichen demokratischen Werte und das gleiche Engagement für das Völkerrecht. Gemeinsam ist es Zeit für einen Neustart. Die EPG bringt Nationen aus allen Ecken unseres Kontinents zusammen. Jede hat ihre eigenen Erfahrungen und Perspektiven. Einige sind Mitglieder der Europäischen Union, andere, wie Großbritannien, sind es nicht.

Was uns vereint, ist die Überzeugung, dass sich Europa den heutigen Herausforderungen gemeinsam stellen muss, damit alle gedeihen können. Dass wir alle stärker sind, wenn wir zusammenarbeiten, um eine bessere Zukunft zu schaffen. Das ist der Grundgedanke von 1949, als der Vertrag von London unterzeichnet wurde, und das ist der Grundgedanke, mit dem wir heute die Diskussionen in Blenheim führen werden.

Handelsblatt-Debatte unter Leserinnen und Lesern

Was bedeutet das Trump-Attentat für die US-Wahl?

Nach den Schüssen auf Donald Trump bei einer Wahlkampfveranstaltung in Pennsylvania am vergangenen Samstag zeigt sich der Ex-Präsident kämpferisch. Vor diesem Hintergrund haben wir die Handelsblatt-Leserschaft gefragt: Welche Auswirkungen haben die Schüsse auf den Wahlkampf in den USA?

Die meisten Leserinnen und Leser sind sich einig: Trump hat Stärke bewiesen und sich dadurch einen großen Vorteil für seinen US-Präsidentschaftswahlkampf eingefahren.

Zum „Helden“ sei er geworden, schreibt ein Leser und fügt hinzu: „Amerikaner lieben Helden.“

Eine Leserin kommentiert: „Durch das Attentat und seine Fight-Parole konnte sich Trump als Märtyrer inszenieren.“

So schlimm der Anschlag auch ist, Trump und die Republikaner wissen die Situation für sich zu nutzen, finden viele Leserinnen und Leser.

Die Demokraten würden aktuell in der Klemme stecken, da jede „Äußerung als Angriff auf Donald Trump“ ausgelegt werde, schreibt ein Leser. Er argumentiert weiter: Gleichzeitig gibt sich Donald Trump jetzt „moderat und staatstragend“ und nominiert mit J. D. Vance jemanden zum Vizekandidaten, der die verbalen Attacken auf die Demokraten nun übernimmt.

Eine Leserin stimmt dem zu. Sie schreibt: Mit dem „konservativen Bad Boy“ Vance an der Seite habe Trump einerseits inhaltlich volle Unterstützung und stehe dabei andererseits selbst als der mildere Kandidat da.

Für viele Leserinnen und Leser steht der Sieg Trumps im November nach dem Attentat nun fest. Die Weichen für Trump seien nicht nur gestellt, sie seien sogar „zementiert“, schreibt beispielsweise ein Leser. Eine Leserin findet, Trump habe nun das „perfekte Ticket ins Weiße Haus“.

Ein Leser ist noch nicht ganz überzeugt. Er merkt an: Wenn die Demokraten jetzt schnell eine überzeugende Alternative fänden, die als „versöhnliche Führungspersönlichkeit“ der Spaltung in der US-Gesellschaft entgegenzutreten würde, könnten doch noch die Demokraten die Wahl für sich entscheiden.

Für die aktuelle Ausgabe unseres Leserforums haben wir aus den unterschiedlichen Zuschriften eine Auswahl für Sie zusammengestellt. Wenn auch Sie sich im Forum zu Wort melden möchten, schreiben Sie uns per E-Mail an forum@handelsblatt.com oder auf Instagram unter [@handelsblatt](https://www.instagram.com/handelsblatt).

Die Amerikaner lieben Helden

„Donald Trumps Reaktion auf die Schüsse ließ ihn zum Helden werden, perfekt in einem ikonischen Foto konserviert.“

Die Amerikaner lieben Helden. Geht es nach US-Medien, hat Trump die Wahl bereits sicher gewonnen.“

Rainer Kromarek

Das perfekte Ticket ins Weiße Haus

„Durch das Attentat und seine Fight-Parole konnte sich Trump als Märtyrer inszenieren.“

Jetzt noch einen konservativen Bad Boy an der Seite, der Trumps Vorstellungen unterstützt und ihn gleichzeitig milder dastehen lässt.

Was will man mehr? Das perfekte ‚Ticket‘ ins Weiße Haus.

Leider!“

Sandra Bohr

Ein Familienvater starb ebenfalls bei dem Attentat

„Während Donald Trump bei dem Attentat nur knapp mit dem Leben davongekommen ist, hat ein Familien-



Donald Trump wurde durch die Schüsse am rechten Ohr verletzt. Schon einen Tag später reiste er zum Parteitag der Republikaner.

”

Ich denke, dass Biden gegen Trump nun keine Chance mehr hat.

Roland Stamm

Trump bei Attentat am Ohr verletzt

Tatort: Areal der Wahlkampfveranstaltung in Butler, Pennsylvania, USA, Samstag, 13. Juli, 18:13 Uhr Ortszeit



vater, der sich schützend vor seine Töchter geworfen hat, dies mit seinem Leben bezahlen müssen.

Nach meiner Wahrnehmung wird dem Tod dieses Mannes sowohl von der Berichterstattung als auch insbesondere von der Politik keine ausreichende Aufmerksamkeit gewidmet.

Dies ist für die Angehörigen, neben der Trauer über den Verlust, ein aus meiner Sicht ganz erschütterndes Erlebnis.

Auch müssen Schadensersatzansprüche der Familie gegen den Secret Service geprüft werden.

Schließlich deuten einige Berichte über Zeugnisaussagen darauf hin, den Täter bereits zehn Minuten vor dem Attentat gesehen und der Polizei gemeldet zu haben, die jedoch nichts unternahm.“

Felix Wawrzyniak

Demokraten stecken in der Klemme

„Das muss man Donald Trump lassen, angeschossen werden und noch in der gleichen Minute die Faust zu recken, die Nerven muss man haben.“

Seither frisst er Kreide, gibt sich moderat und staatstragend, nominiert aber zugleich J. D. Vance zum Vize, der bereits munter aus allen rhetorischen Rohren auf die Demokraten feuert. Das nennt man wohl Arbeitsteilung.

Die Demokraten stecken in der Klemme mit einem wenn vielleicht nicht altersschwachen, wohl aber altersschwach wirkenden designierten Präsidentschaftskandidaten und einem aktuellen Klima, in dem ihnen jede Äußerung als Angriff auf Donald Trump oder als kümmerliche Einstellung ausgelegt wird.

Die Weichen für einen Wahlausgang zugunsten von Donald Trump sind in der gegenwärtigen US-Gesellschaft nicht gestellt, sie sind zementiert.“

Uwe Mies

Nach den Schüssen ist er der klare Sieger

„Nach den Schüssen auf Trump und seiner überraschend unnatürlichen Reaktion hat er eindrücklich seine Stärke gegenüber einem 81-jährigen Mann publikumswirksam demonstriert.“

Dies macht ihn jetzt schon zum Sieger der US-Amerikaner.

Offene Fragen zur Tat sollten dringend geklärt werden.“

Joachim Albrecht

Trump lieferte Szenen wie aus einem Film

„Ich denke, dass Biden gegen Trump nun keine Chance mehr hat.“

Ein tattriger, vergesslicher alter Mann gegen einen, der unmittelbar nach einem Anschlag mit erhobener Faust von der Bühne geht – ein Bild wie aus einem Film.

Zudem werden die Demokraten im Wahlkampf verbal abrüsten müssen, denn sonst müssen sie sich den Vorwurf gefallen lassen, die Gewalt weiter zu provozieren.

Trump dagegen kann jetzt als geläuterter, lammfrommer Kandidat von Liebe, Einheit, Eierkuchen reden.

Seine Basis wählt ihn sowieso, aber viele Unentschlossene werden ihm jetzt ihre Stimme geben.

Wenn jetzt die Demokraten nicht sehr schnell eine überzeugende Alternative finden, ist das Rennen gelaufen.

Der Schock in der Gesellschaft über die Eskalation der Spaltung mag dazu führen, dass eine versöhnliche Führungspersönlichkeit die Wahl gewinnen kann.“

Roland Stamm

Markus Fasse München

Das Prinzip ist einfach. Radnabenmotoren treiben Straßenbahnen seit über 100 Jahren an, seit einigen Jahren auch Lastenräder – nur im Auto werden sie nicht eingesetzt. Dabei könnte die Technologie viele der derzeitigen Probleme der Branche lösen – und gleichzeitig viel Raum für Innovationen bieten.

BMW hat nun einen Vorstoß gemacht, der langfristig den Durchbruch bringen könnte. Eine vom Münchener Start-up Deep Drive entwickelte Radnabentechnik bietet „leistungsstarke Antriebe mit hoher Effizienz und Reichweite“, erklärte BMW am Mittwoch. Seit drei Jahren arbeitet der Autobauer gemeinsam mit seinem Partner an der Umsetzung – nun offenbar mit Erfolg. „Deep Drive hat eine spannende Vision für den Elektroantrieb der Zukunft entwickelt“, sagte Karol Virsik, Chef der BMW-Forschungsabteilung für neue Fahrzeuge. Der Autobauer will jetzt „nach vielversprechenden Prüfstandergebnissen“ die ersten Praxistests auf der Straße durchführen.

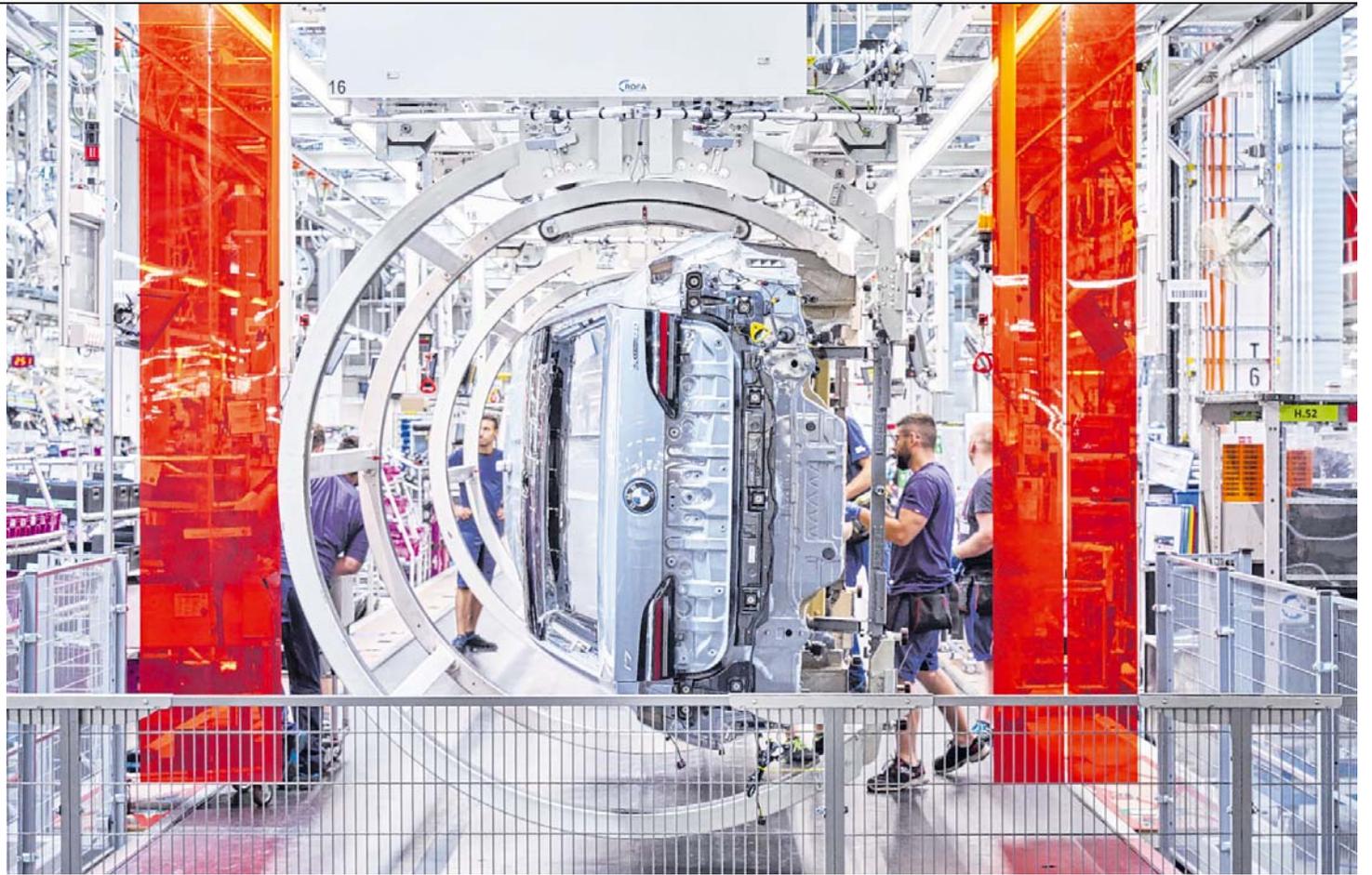
Tatsächlich bietet das Konzept radikal neue Möglichkeiten für die Auto-konstruktion. Radnabenantriebe entwickeln ihre Kraft direkt im Rad und machen Antriebswellen und Getriebe überflüssig. Das minimiert nicht nur die Energieverluste. Das Auto wird insgesamt leichter, und es bleibt deutlich mehr Raum beispielsweise für Batteriezellen. Da sich jedes Rad elektronisch exakt ansteuern lässt, sind ungewöhnliche Fahreigenschaften möglich – theoretisch könnte sich das Auto im Stand um die eigene Achse drehen.

Überwogen haben bislang die Nachteile der Technologie. Motoren im Rad sind direkt Erschütterungen, Schmutz und Nässe ausgesetzt. Zudem gibt es erhebliche Herausforderungen bei Bauraum und Gewicht. Denn der Elektromotor muss mit der Bremse in das Rad passen. Das Rad wird dadurch schwerer und erhöht damit die „ungefederte Masse“ im Auto – das macht die Fahrt tendenziell rumpelig.

Doch genau dieses Problem will Deep Drive durch eine neuartige Doppelrotor-Radialflussmaschine gelöst haben. Die mehrfach patentierte Maschine ist deutlich kleiner, leichter und soll effizienter als alle bisherigen Elektromotoren sein. Für die Produktion sollen etwa bis zu 80 Prozent weniger Eisen und 50 Prozent weniger Magnetmaterial wie Nickel, Kobalt oder Neodym benötigt werden. Im Betrieb soll die Maschine bis zu zwanzig Prozent effizienter als heutige Motoren arbeiten – ein Wert, den die BMW-Ingenieure mittlerweile für realistisch halten.

BMW will die Fahreigenschaften verschiedener Varianten der neuen Motoren jetzt in mehreren Modellen auf der Straße testen. Dabei kann die Maschine wie gehabt zentral in das Auto eingesetzt werden – oder wegen ihrer kompakten Bauweise ganz in das Rad wandern.

Dem Einsatz von Radnabenmotoren in Fahrzeugen haben sich einige Hersteller verschrieben. Der fränkische Zulieferkonzern Schaeffler arbeitet seit einigen Jahren in dem Feld und beginnt jetzt mit Antrieben für Kehrmaschinen, Kleintransporter und Schneepflüge. In der Autobranche gilt Hyundai als besonders ambitioniert: Die Koreaner ha-



Produktion bei BMW: Der Konzern hat keinen Termin für den Ausstieg aus der Verbrennertechnologie gesetzt.

E-Mobilität

BMW will den Antrieb revolutionieren

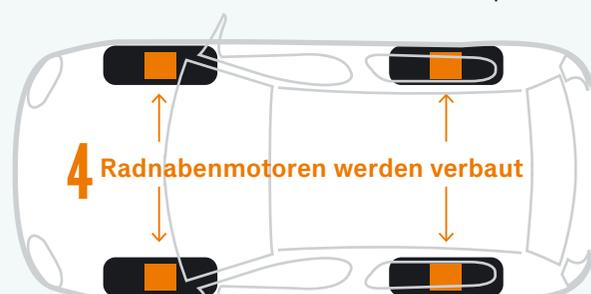
Radnabenmotoren versprechen bis zu 20 Prozent mehr Effizienz. BMW testet nun zusammen mit dem Start-up Deep Drive den Serieneinsatz.



Entwicklung bei Deep Drive: Der Radnabenmotor braucht weniger Rohstoffe.

Radnabenmotor für die Serie

BMW will als bislang erster deutscher Autohersteller Radnabenmotoren für den Straßeneinsatz erproben



Der Motor sitzt im Rad, nicht mehr über der Achse. Jedes Rad hat somit einen eigenen Antrieb.

- 20 % mehr Effizienz
- Bessere Fahreigenschaften
- Weniger Gewicht

HANDELSBLATT

ben Ende 2023 ein eigenes Konzept für einen Radnabenantrieb vorgestellt, aber noch keinen Serieneinsatz angekündigt.

Deep Drive hat seine Keimzelle im Motorsport. Die Gründer kennen sich aus einem Rennsportteam der TU München, verstreuten sich dann aber über die Entwicklungsabteilungen von Bosch, Audi und Infineon. Die Idee, einen völlig neuen Elektromotor zu entwickeln, mündete in der gemeinsamen Firmengründung. Auf der IAA 2021 präsentierten sie ihr Konzept und zogen die Aufmerksamkeit der Szene auf

sich. Die BMW-eigene „Startup-Garage“ nahm Team und Motor unter die Fittiche und war von dem Potenzial überrascht. „Die Musterteile von Deep Drive haben die angekündigten Eigenschaften meistens übertroffen“, sagt BMW-Entwickler Virsik rückblickend. Das sei ungewöhnlich gewesen für eine Technik in einem so frühen Stadium.

Eine erste Finanzierungsrunde 2022 spielte 4,3 Millionen Euro ein, 2023 folgte eine Series A-Investmentrunde über 15 Millionen Euro, an der sich BMW und Continental über Risikokapitaltöchter beteiligten. Eine dritte Runde dürfte bald folgen. Denn Deep Drive will den Motor 2026 in einer Kleinserie produzieren, das wären dann schon mehrere Tausend Stück pro Jahr.

Dabei soll es aber nicht bleiben. „Ich halte es für realistisch, dass wir vor 2030 in die Großserie gehen“, sagt Mitgründer Felix Pörnbacher dem Handelsblatt. Das wären mehrere Hunderttausend Stück pro Jahr.

BMW ist nicht der einzige Kunde von Deep Drive. Das Start-up arbeitet nach eigenen Angaben mit mehr als einem halben Dutzend Autoherstellern zusammen, die den Antrieb schon auf Teststrecken ausprobieren.

BMW ist mit Conti nun der erste Kunde, der die Technik als realistisch für einen künftigen Serieneinsatz einstuft. Anfang Juli tauchten im Internet Bilder eines stark getarnten Sportcou-



Quellen: Unternehmen, eigene Recherche

pés auf einer Teststrecke auf, bei dem Motorsportexperten Radnabenantriebe vermuten. Ob es sich dabei um ein BMW-Modell mit Deep-Drive-Technik handelt, lassen alle Beteiligten offen. Autohersteller lassen sich ungern in der Erprobung in die Karten schauen. So schnell, heißt es in BMW-Unternehmenskreisen, gehe es dann doch nicht mit dem Serieneinsatz.

Tatsächlich ist die Technik weniger für Sportwagen als vielmehr für den Masseneinsatz geeignet, heißt es bei Deep Drive. Bei BMW haben die Techniker die mittleren Marktsegmente im Auge, wo sich heute die Bestseller der 3er- und 5er-Reihe finden. Hier bieten sich die Hinterräder an, die nicht über eine Achse gelenkt werden. Das würde zum Beispiel ein Absenken des Laderaums ermöglichen oder zusätzlich Platz für Batterien schaffen. Hinzu käme die Reduktion des Gesamtgewichtes, die bei Radnabenmotoren an allen vier Rädern bis zu 100 Kilogramm betragen könnte, rechnet Deep Drive vor. Zum Vergleich: Ein BMW der 5er-Reihe wiegt zwischen 1,8 und 2,5 Tonnen.

Innovationsdruck in der Branche ist hoch

„Solche Werte wären in der Antriebstechnik schon ein Quantensprung“, sagt Autoexperte Stefan Bratzel mit Blick auf die Vorhersagen in Richtung Leistung und Effizienz des neuen Motors. „Besonders wichtig sind auch die möglichen Einsparungen bei kritischen Materialien.“ Immerhin will Deep Drive ohne seltene Erden auskommen. Denn in Zukunft stünde die deutsche Autoindustrie nicht nur mit Blick auf Innovationen mit China im Wettstreit, auch der Zugang zu Rohstoffen könne bei einer geopolitischen Zuspitzung erschwert werden, sagt Bratzel. „Der Elektromotor bietet in diesem Feld noch viel Potenzial, das wird häufig übersehen.“

Insgesamt zeige das Beispiel, wie innovativ die deutsche Autoindustrie in der Elektromobilität sei. Im jüngsten Innovationsranking des Center of Automotive Management führt der VW-Konzern das Feld bei den Massenherstellern an, im Bereich der Premiumanbieter ist BMW hinter Tesla unter den Top 3 von 19 Unternehmen.

Noch ist die Doppelrotor-Radialflussmaschine aus Garching bei München nicht in Serie – sie ist aber auch nicht mehr im Labor. Um die Entwicklung voranzutreiben, müssen in den kommenden Monaten Deep Drive, Conti und BMW eng zusammenarbeiten. Dabei hängt der Haussegen zwischen BMW und dem Zulieferkonzern aus Hannover seit Jahresbeginn schief, nachdem Conti potenziell fehlerhafte Bremsen an BMW geliefert hat. Offiziell gilt seitdem immer noch ein Stopp für Neugeschäfte zwischen beiden Häusern – bis auf Weiteres.

Das Bekenntnis von BMW, Conti und Deep Drive, die Technik auf die Straße bringen zu wollen, zeigt, wie hoch der Innovationsdruck in der Branche ist. Denn mit jedem zusätzlichen Effizienzgewinn in Antrieb und Batterie rückt das Ende der mittlerweile ausentwickelten Benzin- und Dieselmotoren näher. BMW ist bislang der einzige deutsche Hersteller, der kein festes Datum für das Ende von Benzin- und Diesel gesetzt hat – entwickelt derzeit aber eine große Dynamik bei der Einführung von Elektroantrieben.

Chipausrüster

ASML-Aktienkurs bricht ein

Der Konzern verliert an der Börse deutlich. Das liegt an Exporteinschränkungen der USA nach China, Aussagen von Donald Trump – und einer schlechten Prognose.

Joachim Hofer München

Europas wertvollster Tech-Konzern steht an der Börse schwer unter Druck der Investoren. Im frühen Handel in Amsterdam brach der Aktienkurs des niederländischen Chipausrüsters ASML am Mittwoch um zeitweise mehr als zehn Prozent ein. Am Dienstagabend war bekannt geworden, dass die USA weitere Exportbeschränkungen für Chipanlagen nach China erwägen. Auch die Kurse anderer Halbleiterkonzerne wie TSMC, AMD und Nvidia gerieten am Mittwoch stark unter Druck, nachdem der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump den Schutz der für die Industrie zentralen Insel Taiwan infrage gestellt hatte.

Bei ASML kommt eine enttäuschende Prognose des neuen Konzernchefs Christophe Fouquet hinzu. Der Franzose stellte den Investoren für das dritte Quartal Konzernerlöse von maximal 7,3 Milliarden Euro in Aussicht. Das sind rund 300 Millionen Euro weniger, als Analysten im Schnitt erwartet hatten.

Der starke Aufwärtstrend von ASML an der Börse ist damit zunächst vorbei. Vergangene Woche war der Kurs erstmals auf mehr als 1000 Euro gestiegen. Am Mittwochnachmittag notierten die Papiere nur noch bei etwa 880 Euro.

Fouquet will Wachstumskurs fortsetzen

Fouquet steht erst seit Ende April an der Spitze des wertvollsten europäischen Tech-Konzerns. Er folgte auf Peter Wennink, der den Anlagenbau zehn Jahre lang höchst erfolgreich geführt hatte. Fouquet versprach am Mittwoch, den Wachstumskurs seines Vorgängers fortzusetzen: „2024 ist ein Übergangsjahr. Aber wir erwarten, dass 2025 stark wird.“

Das zweite Quartal sei „gut“ gelaufen, beteuerte der Manager. So haben die Kunden Anlagen im Wert von 5,6 Milliarden Euro bestellt, teilte ASML am Mittwoch mit. Das ist gut eine Milliarde mehr, als Analysten im Vorfeld geschätzt hatten. Nun habe ASML Aufträge im Volumen von 39 Milliarden Euro in den Büchern. Das entspricht ungefähr dem Anderthalbfachen des Umsatzes vom vergangenen Jahr. Mit 6,2 Milliarden Euro lagen die Erlöse zwischen April und Ende Juni zudem am oberen Ende der eigenen Prognose.

Dennoch muss sich Fouquet nun Sorgen ums Geschäft machen. Zwar kann weltweit einzig ASML sogenannte moderne EUV-Systeme herstellen, die Halbleiter mit extrem ultraviolettem Licht belichten. Diese Maschinen sind unerlässlich für die stetig wachsende Produktion von

Chips mit kleinsten Strukturgrößen von weniger als sieben Nanometern, die für Spitzentechnologie entscheidend sind. Doch mit dieser Bedeutung nimmt auch der politische Einfluss zu. So hat auf Druck der USA die niederländische Regierung schrittweise den Export von ASML-Anlagen nach China eingeschränkt.

EUV-Maschinen durfte ASML noch nie nach China exportieren. Zuletzt zogen die Behörden aber auch Ausfuhrgenehmigung für Maschinen zurück, die nicht zu den fortschrittlichsten Modellen gehören. Zu Jahresbeginn sind noch einmal deutlich weitreichendere Restriktionen in Kraft getreten. Mit den Beschränkungen wollen die USA verhindern, dass China die modernsten Chips herstellt und diese fürs Militär verwendet. Weitere Einschränkungen könnten nun folgen.

Der Chinaanteil am Umsatz werde deshalb deutlich zurückgehen, prognostizieren die Analysten von Jefferies: von 29 Prozent im Jahr 2023 auf 18 Prozent kommenden Jahr. Im zweiten Quartal hat ASML noch knapp die Hälfte aller Maschinen in die Volksrepublik geliefert.

Abseits des Streits der Supermächte sieht es gut aus für ASML. Der Konzern profitiert davon, dass viele Halbleiterhersteller wieder positiv in die Zukunft blicken, insbesondere die Speicherchip-Produzenten wie Micron. Der US-Konzern kündigte unlängst an, im laufenden Geschäftsjahr acht Milliarden Dollar in neue Werke und Equipment zu stecken. Nächstes Jahr würden es substanzial mehr sein. Micron errichtet neue Fabriken in den US-Staaten Idaho und New York.

Nach einer Flaute in den vergangenen beiden Jahren zieht das Geschäft mit Speicherchips derzeit wieder an. Das liegt nicht zuletzt am Boom der Künstlichen Intelligenz. Für die rechenintensiven Anwendungen sind immer leistungsstärkere Speicherchips notwendig, Fachleute sprechen vom High-Bandwidth-Memory, kurz HBM.

Die drei führenden Speicherchip-Hersteller Samsung, SK Hynix und Micron gehören zu den wichtigsten Kunden von ASML. Sie stehen den Analysten von Jefferies zufolge für 30 Prozent aller Bestellungen von EUV-Anlagen.

Besonders wichtig für ASML: Schlüsselkunde TSMC geht es prächtig. Der bedeutendste Chipfertiger der Welt ist mit Abstand größter Abnehmer der EUV-Maschinen. Die Nachrichtenagentur Bloomberg berichtet nun, der Umsatz von TSMC sei im vergangenen Quartal vermutlich um 29 Prozent gestiegen. Die Analysten von Jefferies gehen davon aus, dass die Taiwaner bis Jahresende neue Anlagen im Wert von zehn bis zwölf Milliarden Euro bei ASML bestellen.

7,3

Milliarden Euro an Erlösen stellte ASML für das dritte Quartal in Aussicht. Das sind rund 300 Millionen Euro weniger, als Analysten im Schnitt erwartet hatten.

Quelle: ASML

Chipproduktionslinie von ASML: Dem größten Kunden TSMC geht es sehr gut.

ASML

Aktienkurs in Euro



HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg



The New York Times/Redux/iaif

Philipp Alvares de Souza Soares San Mateo, San Francisco

Wenn der KI-Assistent auf dem Smartphone zum ersten Mal ungefragt den Wecker läutet, da er einen Stau erkannt und mit einem Morgentermin in Verbindung gebracht hat, werden wohl viele Nutzer denken: Was zum Teufel geht hier vor?

Nach Überzeugung der Tech-Industrie werden jedoch die meisten dankbar sein, dass ihr Smartphone endlich denken kann. Statt sich durch Apps zu wühlen, spricht man mit einem KI-Assistenten, einem „Freund“, der einem Aufgaben abnimmt.

So jedenfalls beschreibt es Jerry Yue, der genau ein solches Smartphone der Zukunft baut. Dazu hat sich der Chef und Gründer des Start-ups Brain Technologies mit der Deutschen Telekom zusammengetan. Ein Prototyp, den er im Februar gemeinsam mit Telekom-Vorständin Claudia Nemat auf dem Mobile World Congress präsentierte, machte deutlich, wie reduziert und deshalb verlockend sein Konzept ist.

Bis zum Frühjahr kommenden Jahres will Brain im Verbund mit mehreren Partnern aus der Telekommunikationsindustrie ein erstes Produkt auf den Markt bringen, sagte Yue dem Handelsblatt. Die Details: noch geheim. „Wir haben erst etwa fünf Prozent von dem gezeigt, was wir vorhaben“, sagt Yue. Die Telekom und Qualcomm, sein Chip-Lieferant, äußern sich nicht konkret dazu.

Yue ist jedenfalls überzeugt davon dass „uns ein ein Paradigmenwechsel bevorsteht“. Denn die Smartphone-Branche wird von einer geradezu radikalen Innovationswelle erfasst. Generative künstlicher Intelligenz (KI) befähigt die Geräte dazu, natürlicher als bislang mit ihren Nutzern zu kommunizieren und deren Daten sinnvoller zu verknüpfen.

Analysten erwarten Superzyklus

Francisco Jeronimo, Vice-President und Smartphone-Experte beim Marktforscher IDC, teilt diese Ansicht. Schon heute wüssten die Geräte, wo wir sind, was wir mögen, was wir gern essen oder wie unsere Familienmitglieder aussehen. „Nun kann das Telefon all diese Informationen kombinieren. Wir werden eine komplett andere Nutzungserfahrung sehen.“ Jeronimo geht davon aus, dass die neuen KI-Funktionen schon bald so verführerisch sein werden, dass hunderte Millionen Nutzer sich ein neues Gerät wünschen.

Ein neues, von KI getriebenes Smartphone-Ökosystem könnte tatsächlich bisherige Geschäftsmodelle obsolet machen und neue Monopole schaffen. Personalisierte KI-Assistenten würden Flüge buchen, Essen bestellen oder Aktien ordern. Die jeweiligen Anbieter wie Booking.com werden in diesem Szenario zu bloßen Zulieferern degradiert. Der Assistent filtert, was zum Nutzer durchdringt.

Bei der Bedienung sei eine Kombination aus gesprochenen und getippten Kommandos am wahrscheinlichsten, sagt Roman Friedrich, Partner und Telekomexperte bei der Boston Consulting Group. Die Magie entstehe dabei durch den Eindruck, einen „persönlichen Gelehrten“ im Ohr oder in der Tasche zu tragen.

Nach Jahren der Stagnation erwarten Analysten wie Dan



IMAGO/Zoomar, imago/CHROMORANGE

Künstliche Intelligenz

Apple, Google und Samsung setzen auf den „Superzyklus“ für Smartphones

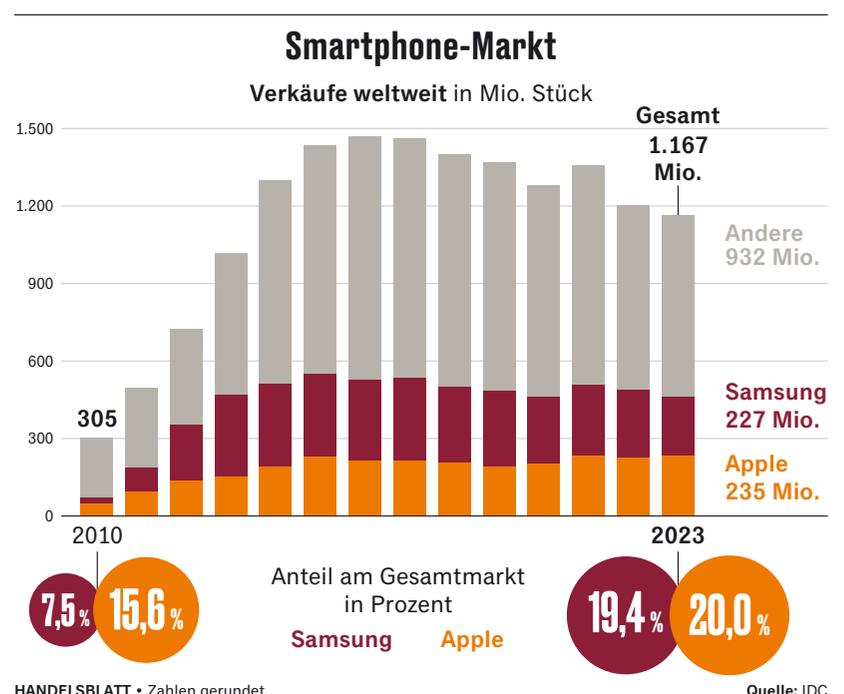
Neueste KI-Technologie soll das Smartphone von Grund auf verändern und Apps überflüssig machen. Tech- und Telekomkonzerne bereiten sich auf zusätzliche Milliardenumsätze vor.

Ives von Wedbush Securities daher den Beginn eines neuen „Superzyklus“ – mit stark steigenden Umsätzen. Laut dem Marktforscher IDC soll der Absatz so genannter KI-Phones bis 2028 pro Jahr um mehr als 70 Prozent steigen, während Standardgeräte in diesem Szenario lediglich etwas mehr als zwei Prozent zulegen.

Das Potenzial ist jedenfalls da. Heute gibt es weltweit fast sieben Milliarden Smartphones. In den vergangenen Jahren wurden sie zwar immer leistungsfähiger, doch im Wesentlichen blieb für die Nutzer alles beim Alten.

Eine Kameralinse mehr, ein Titanumgehäuse oder ein Akku mit längerer Laufzeit – das waren nette Ergänzungen, die aber immer weniger Kunden zu einer Neuanschaffung bewogen haben. So fiel die Anzahl der weltweit ausgelieferten Smartphones 2023 auf lediglich 1,16 Milliarden Geräte – der geringste Wert seit zehn Jahren.

Um die Absatzzahlen wieder nach oben zu treiben, arbeiten die Hersteller mit Hochdruck an neuen technischen Features. So stellte Samsung Mitte Juli sein KI-System „Galaxy AI“ vor, das etwa Telefonate simultan übersetzen oder Gespräche live transkribieren soll. Ersten Tests zu-



HANDELSBLATT • Zahlen gerundet

Quelle: IDC

folge funktioniert das offenbar noch nicht fehlerfrei, aber einigermaßen nutzbar. Hinzu kommen mehrere Foto-Funktionen, wie das Löschen unerwünschter Objekte.

Auch die Entwickler von Google, die Samsung mit ihrer KI namens Gemini die technologische Basis liefern, wollen bald mit neuen Funktionen auftrumpfen. Einem US-Technologieblog zufolge soll das neue Modell Pixel 9 Personen zu einem Gruppenfoto hinzufü-

gen können oder alte Bildschirmhalte, so genannte Screenshots, durchsuchbar machen. Etwa, wenn man den Inhalt einer Website oder eines Chats vergessen hat. Eine ähnliche Funktion hatte Microsoft jüngst unter dem Namen „Recall“ vorgestellt. Google will sich dazu nicht äußern.

Shenaz Zack, die in der Zentrale in Mountain View für die Pixel-Produktlinie verantwortlich ist, betont in einem Gespräch mit dem Handelsblatt die Be-





Google-Logo, Kölner Fernsehturm: Die Zahl der verkauften Smartphones ist gesunken.

deutung der neuen KI-Technologie. „Das Spannende ist vor allem der persönliche Kontext, der uns hilft, Probleme für unsere Nutzer zu lösen.“, sagt Zack. So könne das Pixel etwa aus einem Telefonat mit einer Arztpraxis ableiten, dass ein Termin ausgemacht wurde – und diesen in den Kalender eintragen. Künftige Neuerungen, an denen ihr Team arbeitet, will Zack indes noch nicht preisgeben.

Nur so viel: Der Umfang von KI-Technologie in Smartphones habe sich jüngst erheblich verbreitert, sagt Zack. „Bislang konnten wir nur eine Kugel Vanille anbieten, jetzt einen ganzen Eisbecher.“

Datenschutz wird wichtiger

Dank der Fortschritte bei generativer KI werden nicht nur Diktierapps oder Fotokorrekturen möglich. Sie hat das Zeug, die Kommunikation zwischen Mensch und Maschine grundsätzlich zu verändern. Die Software kann nun etwa Zusammenhänge zwischen Fotos und Textnachrichten herstellen und nicht mehr bloß stumpfe Kommandos ausführen.

So zeigte Apple im Juni eine Demo seines überarbeiteten Assistenten Siri, der sich aus dem Kontext erschloss, wer die Mutter des Nutzers war und aus einer womöglich längst vergessenen SMS-Nachricht automatisch ihre Fluginformationen destillierte.

Als ständiger Begleiter seiner Nutzer und Hort ihrer persönlichsten Daten ist das Smartphone prädestiniert, bei diesem Technologiesprung die entscheidende Rolle zu spielen.

Dabei kommt dem Schutz persönlicher Daten in den KI-Prozessen besondere Bedeutung zu. Den Herstellern scheint das bewusst zu sein. Sie werden nicht müde zu betonen, wie sicher Kundendaten trotz der Neuerungen seien. Apple oder Google wollen viele KI-Prozesse, bei denen intime Informationen verarbeitet werden, lediglich lokal, also abseits des Internets ablaufen lassen. So wollen sie verhindern, dass Liebesschwüre oder Kinderwünsche in die Cloud transferiert werden – und womöglich in fremde Hände gelangen.

Google ist dabei schon relativ weit und lässt mehrere Text- und Sprachoperationen auf dem Pixel von Gemini

Nano ausführen, einer abgespeckten, lokalen Version seiner KI.

„Wir werden immer mehr Funktionen auf die Geräte holen“, verspricht Vinesh Sukumar, Leiter des KI-Produktmanagements beim Chiphersteller Qualcomm. Sein Unternehmen stattet mehrere namhafte Hersteller wie Samsung mit KI-Halbleitern aus.

Für komplexe Textoperationen, wie das Redigieren eines Briefes, um ihn stringenter zu machen, reicht die Rechenleistung aktueller Smartphones meist noch nicht aus. Das musste selbst Apple einräumen, das sich als konsequentester Schützer von Nutzerdaten rühmt. Das neue iPhone wird dazu Kontakt zu einer speziell abgesicherten Apple-Cloud aufnehmen müssen.

Jerry Yues Vision bei Brain Technologies, zu dessen Investoren das Family Office des Alibaba-Gründers Joseph Tsai und Laurene Powell, die Witwe des Apple Co-Gründers Steve Jobs gehören, geht noch weiter. Die großen Tech-Konzerne würden neue KI-Technologie lediglich an bestehende Lösungen „anflanschen“. Dabei sei die Chance, die darin steckt, bedeutend größer.

Bedrohte Cashcow

Ein neu entwickeltes Gerät benötige heute gar im Grunde keine Apps mehr, sagt Yue. Stimmkommandos und simple Bildschirmbefehle reichen aus. Wenn Nutzer bei einem Lieferdienst Lebensmittel bestellen oder bei einer Airline-App einen Flug buchen, müssten sie sich durch zig Dialoge klicken, immer wieder ihre Daten neu eingeben und nervige Werbung ertragen. „Dabei wollen wir das gar nicht, sondern nur unser Bedürfnis erfüllen.“

Die Technologie sei heute schon weit genug, um dieses Problem zu lösen, ist Yue überzeugt. Da wesentliche Teile der Tech-Industrie Milliarden damit verdienen, werde die Umsetzung jedoch verzögert. „Das sind börsennotierte Konzerne, und Apps sind ihre Cashcow“, sagt Yue. Er hat sich deshalb für Partner aus der Telekom-Branche entschieden. Konzerne wie die Telekom haben – zu ihrem großen Bedauern – im Digitalgeschäft wenig zu verlieren, aber ein dichtes Vertriebsnetz. Yue: „Wir wollen ihnen helfen, sich in diese Wertschöpfungskette einzuklinken.“

Banken

Georges Elhedery wird neuer Chef der britischen Großbank HSBC

Das Augenmerk des Ex-Investmentbankers wird darauf gerichtet sein, das Institut auf Wachstumskurs zu halten – eine heikle Aufgabe.

London. Der frühere Investmentbanker Georges Elhedery wird neuer Vorstandschef der britischen Großbank HSBC. Das gab das Institut am Mittwochmorgen bekannt. Demnach soll der in Beirut und Paris aufgewachsene Banker Anfang September die Nachfolge von Noel Quinn übernehmen, der im April überraschend nach fünf Jahren an der Spitze von HSBC zurückgetreten war.

„Georges Elhedery hat eine Erfolgsbilanz beim Management von Veränderungen, der Förderung von Wachstum, der Vereinfachung und der Kostensenkung und legt einen starken Fokus auf die Umsetzung“, sagte Chairman Mark Tucker.

Der 50-jährige Libanese Elhedery ist seit 2005 bei HSBC und war zuletzt Finanzchef der Bank. Zuvor arbeitete er in Asien, dem Mittleren Osten und in Europa. Auch Deutschland kennt Elhedery aus eigener Erfahrung. Auf den neuen HSBC-Chef wartet eine politisch heikle und wirtschaftlich anspruchsvolle Aufgabe.

Im Spannungsgeflecht zwischen China und dem Westen

Die Großbank erwirtschaftet den Großteil ihrer Einnahmen in Asien und ist deshalb stark von den geopolitischen Spannungen zwischen China und dem Westen betroffen. Elhederys Vorgänger Quinn hatte im vergangenen Jahr das Ansinnen des chinesischen Großaktionärs Ping An abgewehrt, die Bank aufzuspalten.

Im Kerngeschäft dürfte der Fokus des neuen CEO darauf liegen, die Bank auf Wachstumskurs zu halten, wenn die großen Notenbanken demnächst ihre Leitzinsen weiter senken. HSBC hat von der Hochzinsphase der vergangenen zwei Jahre stark



Georges Elhedery: Der Banker ist seit 2005 bei der HSBC und war zuletzt Finanzchef.

profitiert und erwirtschaftete 2023 einen Rekordgewinn von rund 30 Milliarden Dollar. Etwa die Hälfte der Bankeinnahmen kommt aus dem Zinsgeschäft.

Quinn hatte in den vergangenen Monaten zahlreiche Geschäftsteile verkauft, darunter auch die Aktivitäten in Kanada und Frankreich. Zudem kündigte er an, die jährlichen Kosten um rund 4,5 Milliarden Dollar zu senken.

„Die Frage ist, ob die geografischen Desinvestitionen, (...) ausreichen, um die mittelfristigen Renditen zu maximieren“, sagte Mike Makdad, Analyst beim Finanzinformationsdienst Morningstar. Der neue CEO müsse zeigen, welche Art von Bank HSBC wolle, damit die Kombination der Teile die besten Synergien erzeuge.

Elhedery scheint das nicht zu schrecken: „Ich freue mich darauf, gemeinsam mit unserem Team unseren Kunden und Anlegern einen außergewöhnlichen Mehrwert zu bieten, indem wir eine starke Performance auf einem nachhaltigen Wachstumspfad erzielen“, versprach der designierte HSBC-Chef.

Torsten Riecke

Maschinenbau

Trumpf bekommt Dämpfer

Der Umsatz des Laserspezialisten geht erstmals seit Jahren zurück. Auch der Auftragseingang sackt ab. Ein Markt bereitet größere Sorgen.

Stuttgart. Nach einem Rekordjahr hat der Maschinenbauer und Laserspezialist Trumpf einen Dämpfer erlitten. Wie das Unternehmen am Mittwoch mitteilte, ging der Umsatz im Ende Juni abgelaufenen Geschäftsjahr um vier Prozent auf 5,2 Milliarden Euro zurück. 2022/23 war der Wert noch um 27 Prozent auf 5,4 Milliarden Euro angewachsen. „Die schwache Konjunktur weltweit und die anhaltenden geopolitischen Unsicherheiten führten im abgelaufenen Geschäftsjahr bei vielen Kunden zu einer spürbaren Zurückhaltung bei Neuinvestitionen“, sagte Trumpf-Chefin Nicola Leibinger-Kammüller.

Zur Ertragslage äußerte sich der Mittelständler nicht. Aber der Gewinn dürfte unter Druck geraten, weil Kapazitäten aufgebaut wurden. Im Geschäftsjahr 2022/23 war das operative Ergebnis noch um ein Drittel auf das Rekordniveau von 615 Millionen Euro gestiegen.

Sorgen bereitet Trumpf der um zehn Prozent auf 4,6 Milliarden Euro abgesackte Auftragseingang. Damit droht eine Fortsetzung des Abwärtstrends. Am stärksten brach der Umsatz in den USA mit einem Minus um zwölf Prozent auf 790 Millionen Euro ein. Vor den US-Wahlen herrscht bei

den Trumpf-Kunden Verunsicherung, was bei einem Wahlsieg von Donald Trump passieren könnte.

Auch der chinesische Markt schwächelt mit einem Umsatzrückgang auf 602 Millionen Euro. Robuster zeigte sich dagegen das Geschäft hierzulande. Deutschland ist mit einem Plus von 4,5 Prozent auf 815 Millionen Euro erstmals seit Jahren wieder der größte Einzelmarkt für das Unternehmen.

Vergleichsweise stabil läuft das Halbleitergeschäft. Trumpf liefert den Laser für die EUV-Maschinen des niederländischen Monopolisten ASML. Nur diese Maschinen können die neuesten Chipgenerationen produzieren. Das bedeutet aber auch: Wenn das Halbleitergeschäft noch gut läuft, sind die Einbußen bei Umsatz und Auftragseingang in anderen Bereichen deutlich größer.

„Die anhaltend schwache Nachfrage wird auch die kommenden Monate des laufenden Geschäftsjahrs prägen“, sagte die Trumpf-Chefin. Trumpf begegne auch dieser Konjunkturkrise wie gewohnt mit klaren Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung. Details nannte Leibinger-Kammüller nicht. Martin Buchenau



Ehemaliges Wirecard-Büro: Vor dem Landgericht München läuft seit 2022 der Prozess. Stephan von Erffa muss sich dort verantworten.

Bilanzskandal

Ex-Chefbuchhalter von Wirecard: „Habe Fehler gemacht, die ich bereue“

Bislang hat sich Stephan von Erffa im Münchener Prozess bedeckt gehalten. Nun äußert er sich zum ersten Mal inhaltlich. Seiner Aussage kommt große Bedeutung zu.

René Bender, Lars-Marten Nagel, Michael Verfürden München

Eineinhalb Jahre lang hat Wirecards früherer Chefbuchhalter im Strafprozess um den Finanzdienstleister zur Sache geschwiegen, am Mittwochmorgen äußert sich Stephan von Erffa zum ersten Mal inhaltlich. Als er gegen 9.15 Uhr den Gerichtssaal in München betritt, hat der 49-Jährige eine etwa 200 Seiten lange Erklärung mitgebracht. Gleich zu Beginn betont von Erffa: „Ich habe Fehler gemacht, die ich bereue und für die ich mich bei den Geschädigten entschuldige.“

Von Erffa sagt, er sei sich angesichts der vielen Themen auf seinem Schreibtisch zeitweise „wie ein Jongleur“ vorgekommen. Es habe „ja kein Ball herunterfallen“ dürfen, aber er habe „keine Chance gehabt, sich mit den Bällen zu befassen“. Er fügt hinzu: „Heute erkenne ich, dass es damals schon wichtig gewesen wäre innezuhalten.“ Der Ex-Chefbuchhalter betont, dass er sich „nie bereichert habe“. Es widerstrebe ihm, „wenn jemand seinen eigenen Vorteil in den Vordergrund stellt“. Von Erffa habe stets „das Beste für das Unternehmen erreichen und Prozesse verbessern“ wollen. Von Erffa muss sich zusammen mit Wirecards früherem Vorstandschef Markus Braun und dem ehemaligen Dubai-Statthalter des Finanzdienstleisters, Oliver Bellenhaus, seit Dezember 2022 vor dem Landgericht München verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Trio unter anderem bandenmäßigen Betrug vor.

Wirecard brach im Juni 2020 zusammen, nachdem ein angebliches Milliardenvermögen



Wir hatten keine Zeit und keine Kraft, alles zu hinterfragen. Wenn die Wirtschaftsprüfer zufrieden waren, waren wir es auch.

Stephan von Erffa
Ex-Chefbuchhalter

des Dax-Konzerns auf Treuhandkonten plötzlich nicht mehr auffindbar war. Das Geld sollte aus dem sogenannten Drittpartnergeschäft stammen, das Wirecard angeblich vor allem in Asien für Kunden aus der Porno- und Glücksspielbranche betrieb.

Die Staatsanwaltschaft ist überzeugt, dass es dieses Geschäft nicht gab. Weil der Wirecard-Skandal auch ein Bilanzskandal ist, kommt dem Chefbuchhalter naturgemäß eine besondere Rolle zu. Konkret wirft die Staatsanwaltschaft von Erffa vor, dafür gesorgt zu haben, dass gefälschte Zahlen in die Bücher gelangten.

Während Bellenhaus sich weitgehend geständig zeigte, zum Kronzeugen der Staatsanwalt-

schaft avancierte und Braun und von Erffa massiv belastete, bestritt von Erffa die Vorwürfe genauso wie Braun. Durch den bisherigen Verlauf des Verfahrens wuchs allerdings der Druck auf ihn. Bellenhaus war Anfang Februar aus der Untersuchungshaft freigekommen – ein Zeichen, dass das Gericht seinen Aussagen glaubt.

Von Erffa wäre ein noch besserer Zeuge als Bellenhaus, weil er in der Zentrale bei München arbeitete. Am Mittwochmorgen erklärte er zunächst, warum er sich so spät im Prozess zu einer Einlassung entschieden habe. Er habe das Gefühl gehabt, „dass man mir einfach nicht zuhört und meinen Argumenten oft nicht offen gegenübersteht“.

Schnelle Karriere

Er habe den Eindruck gehabt, dass entlastende Beweise nicht gewünscht waren. So habe ihm die Staatsanwaltschaft Schäden an einem iPad als Verdunkelungsversuch angelastet, obwohl es ihm heruntergefallen sei. Von Erffa saß wegen dieses Vorwurfs vorübergehend in Untersuchungshaft.

Stephan Egilmar Hartmann Freiherr von Erffa, geboren 1974 in Kenia, entstammt einem alten Adelsgeschlecht aus Thüringen. Ende der 1970er-Jahre zog die Familie nach Deutschland. Von Erffa studierte eigenen Angaben zufolge Landwirtschaftsarchitektur, bevor er sein Diplom als Wirtschaftsingenieur machte.

Er habe im Sales Controlling eines Autobauers in München gearbeitet, als er von einer Freundin von einer freien Stelle bei Wirecard gehört habe. Von Erffa habe das Unternehmen bis dahin nicht gekannt, sich aber beworben und im Bewerbungsgespräch auch Markus Braun kennengelernt. Im Februar 2005 heuerte er bei dem Zahlungsdienstleister an. Von Erffa: „Ich hatte ein Team erwartet, aber das gab es nicht.“

Er habe jahrelang daran gearbeitet, Controlling-Strukturen aufzubauen, sagte von Erffa. Unter dem neuen Finanzvorstand Burkhard Ley machte der Manager Karriere. Ley habe ihn zum Abteilungsleiter gemacht, was für von Erffa „sehr überraschend“ gekommen sei. Später stieg er sogar zum Vizefinanzchef auf. Das sei aber nur ein Titel gewesen, sagte von Erffa. An anderer Stelle bezeichnete er sich selbst als Sachbearbeiter.

Es sei wichtig zu verstehen, betonte von Erffa am Mittwoch, dass er und seine Abteilung bei Wirecard zumeist „unter hohem zeitlichem Druck“ gestanden hätten. Bei der Erstellung von Jahresabschlüssen seien er und die Kollegen eine Art Durchlaufröhler gewesen. Anfragen von Wirtschaftsprüfern seien an die Fachabteilungen weitergereicht und deren Antwort wieder zurückgespielt worden. Von Erffa: „Wir hatten keine Zeit und keine Kraft, alles zu hinterfragen. Wenn die Wirtschaftsprüfer zufrieden waren, waren wir es auch.“

Unnahbarer CEO

Von Erffa sagte über Braun, der Vorstandschef habe „als Führungskraft etwas Unnahbares“ gehabt. Braun sei niemand gewesen, bei dem die Tür immer offen stand. Er habe nur mit ihm sprechen können, wenn er gerufen wurde oder einen Termin hatte. Von Erffa führte das darauf zurück, dass der CEO „sehr weit weg vom Operativen“ gewesen sei. Von Erffa: „Ich denke, er wusste nicht einmal, wo mein Büro war.“ Braun habe eine Vision gehabt, die er intern und extern überzeugend ausgestrahlt habe.

Über den Kronzeugen und früheren Dubai-Statthalter Bellenhaus sprach von Erffa weniger positiv. Dieser sei egoistisch gewesen und stets auf seinen Vorteil bedacht. Die Zusammenarbeit sei chaotisch gewesen, weil Bellenhaus Belege nie rechtzeitig geliefert habe. Zudem habe dieser ihn um seinen Titel und seine Kontakte zum Vorstand beneidet. Sein Hass ihm gegenüber sei im Prozess deutlich spürbar. Von Erffa: „Er ist gut im Lügen und Verdrehen.“ Bellenhaus, der im Saal genau hinter von Erffa saß, rollte bei diesen Aussagen mit den Augen.

Zwei Tage sind zunächst für die Einlassung von Erffas eingeplant. Der Vorsitzende Richter Markus Födisch hatte dem Manager zuvor deutlich gemacht, dass er mit einem Geständnis noch etwas bewirken könne – wenn er nicht zu lange warte. Die Haftstrafe könne dann zwischen sechs und acht Jahren liegen.

Alphabet

Wiz-Deal: Hoffnung für Israels Tech-Szene

Mitten im Krieg will die Google-Mutter sagenhafte 23 Milliarden Dollar für das Cybersicherheits-Start-up zahlen. Warum?

Pierre Heumann Tel Aviv

Es wäre der größte Zukauf in der Geschichte von Googles Mutterkonzern Alphabet und ein bemerkenswerter Deal für die israelische Tech-Branche: Laut übereinstimmenden Medienberichten will Alphabet das US-israelische Cybersicherheits-Start-up Wiz für 23 Milliarden Dollar übernehmen. Die Verhandlungen sollen weit fortgeschritten sein. Anschließend müssen noch die Aufsichtsbehörden zustimmen. Die Firma mit 950 Mitarbeitern entwickelt Sicherheitssoftware für die Cloud. Zu den Kunden zählen US-Großkonzerne in den USA und auch deutsche Unternehmen wie BMW. Sitz und Vertrieb von Wiz sind in New York, die Technologieentwicklung befindet sich in Israel.

Das Interesse Alphabets an Wiz sei mitten im Krieg Israels gegen die Terrormiliz Hamas in Gaza ein Zeichen des Vertrauens. Das sagt Dror Bin, Chef der israelischen Innovationsbehörde IIA, dem Handelsblatt. Krieg und politische Unsicherheiten würden Investoren in der Regel abschrecken. „Aber wenn sich ein Unternehmen wie Google trotzdem bei uns engagieren will, sendet das ein positives Signal für

andere aus“, sagt Bin. Die IIA sei in diesen Deal zwar nicht direkt involviert. „Aber wir sorgen für attraktive Geschäftsbedingungen, von denen auch Wiz profitiert hat“, sagt Bin. So begünstige Israels Steuerpolitik Tech-Firmen. Sie schaffe „gute Bedingungen“ für Investoren und Unternehmer.

Während in den USA die Gewinne von Tech-Firmen laut Bin mit 29 Prozent besteuert werden, müssten Israels Tech-Unternehmen im Zentrum des Landes dem Staat bloß zwölf Prozent der Profite abliefern. An der Peripherie seien es sogar nur 7,5 Prozent. Damit sei Israel steuerlich vergleichbar mit Irland, sagt Bin. Viele Konzerne haben dort wegen der technologiefreundlichen Steuerpolitik ihren Europa-Sitz, zum Beispiel Alphabet und Apple.

Das Erstaunliche an Wiz sei, dass das Unternehmen erst vor ein paar Jahren gegründet wurde und es geschafft habe, eine sehr hohe Wachstumsrate sowohl bei den Einnahmen als auch bei der Bewertung zu erzielen, sagen Analysten in Tel Aviv. Die Firma wurde von Assaf Rappaport, der derzeit als Unternehmenschef fungiert, Ami Luttwak, Yinon Costica und Roy Reznik gegründet. Die vier dienten gemeinsam in der Cyber-Abteilung „Ein-



Netanel Tobias/PR

heit 8200“ der israelischen Armee. Sie hatten schon einmal ein Cloud-Sicherheitsunternehmen namens Adallon gegründet – und verkauften es 2015 für 320 Millionen Dollar an Microsoft. Fünf Jahre später verließen sie Microsoft, um Wiz zu gründen.

Seit seiner Gründung hat Wiz viele Rekorde gebrochen: Es erreichte am

schnellsten einen Umsatz von 100 Millionen Dollar und ist das israelische Unternehmen mit der höchsten Bewertung: In der bislang letzten Finanzierungsrunde waren es zwölf Milliarden Dollar. Die könnte die Firma nun fast verdoppeln. Die Wiz-Übernahme wäre der größte Deal, der jemals im israelischen High-Tech-Sektor stattgefunden hat. Noch ist Intels 15-Milliarden-Dollar-Übernahme von Mobileye im Jahr 2017 der Rekordhalter.

Falls der Verkauf des Unternehmens bewilligt wird, müsse Wiz 2,5 bis 3,5 Milliarden Dollar an den israelischen Staat abliefern, schätzen Experten. Das entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Denn unter der Leitung von Rappaport gehörte Wiz zu den Anführern der Kundgebungen, mit denen seit Anfang 2023 bis zum Kriegsbeginn in Gaza gegen die sogenannte Justizreform protestiert wurde.

Wiz-Chef Rappaport macht aus seiner prinzipiellen Ablehnung der Regierung kein Geheimnis. Doch durch den Deal dürfte er voraussichtlich derjenige sein, der zum Abbau des Defizits der von ihm massiv kritisierten Regierung beiträgt, heißt es in der Wirtschaftszeitung „Kalkalist“.

Wiz-Office: Hier entwickeln die Mitarbeiter Sicherheitssoftware für die Cloud.

Anzeige

Mercedes-Benz

Mercedes-Benz EQE 300 | Energieverbrauch kombiniert: 19–15,8 kWh/100 km | CO₂-Emissionen kombiniert: 0 g/km | CO₂-Klasse: A¹

¹ Die angegebenen Werte wurden nach dem vorgeschriebenen Messverfahren WLTP (Worldwide harmonised Light-duty vehicles Test Procedures) ermittelt. Der Energieverbrauch und der CO₂-Ausstoß eines Pkw sind nicht nur von der effizienten Ausnutzung des Kraftstoffs bzw. des jeweiligen Energieträgers durch den Pkw, sondern auch vom Fahrstil und anderen nichttechnischen Faktoren abhängig. Abbildung enthält Sonderausstattungen.

Asia Technomics

Zahlen per Hand

Chinas Technologie-Konzern Tencent testet Handscanner für Bezahlvorgänge. Noch scheint das Interesse überschaubar. Das liegt nicht nur daran, dass Zahlen per Smartphone gut etabliert ist.

Wenn es nach Tencent geht, sollen Chinesen bald mit der Hand bezahlen. Im Showroom der Firmenzentrale im südchinesischen Shenzhen steht einer der Handscanner, die der Technologieriese derzeit in der Beta-Phase testet. Das Prinzip ist einfach: Eine Kundin hält ihre Hand über einen Sensor mit Infrarotkameras, die Software erkennt sie an ihren Handlinien und den durchscheinenden Venen.

Tencent verspricht, dass diese Methode einfacher, hygienischer und sicherer ist als andere Bezahlmethoden. Und bequemer, weil Smartphone, Bargeld oder lästige Kreditkarten zu Hause bleiben können. Für das Unternehmen ist das ein Zukunftsthema. Die Frage ist nur: Lassen sich die Chinesen überzeugen?

Schon jetzt ist Tencent eines der wertvollsten Unternehmen der Welt. 2011 ging seine Social-Media-Plattform Weixin online, die im Ausland als Wechat bekannt ist. Mittlerweile ist Weixin eine App für alles, bietet Nachrichten- und Sprachfunktionen ebenso wie Videokonferenzen und -spiele. Außerdem teilen Nutzer über sie Fotos, Videos und ihre Location. Über 90 Prozent der Chinesen nutzen sie mehrmals täglich.

Seit 2013 gibt es die Zahlungsfunktion Wechatpay, mit dem die Chinesen mehrheitlich bezahlen – bisher noch per Smartphone. Für die Nutzung der neuen „Weixin Palm Scan Payments“ müssen sich Wechatpay-Nutzer einmalig registrieren.

Die Technologie zum Auslesen der Handlinien und Venen ist aber bisher nur an ausgewählten Teststandorten verfügbar, etwa an der Flughafenbahn in Peking, im Olympic Sports Center in Hangzhou, an der Universität in Shenzhen, in Supermonkey-Fitnessstudios und in einigen Filialen der in Ostasien omnipräsenten Convenience-Store-Kette 7-Eleven in der südchinesischen Provinz Guangdong.

Das Bezahlen per Hand ist nicht neu und keine Erfindung der Chinesen. Der US-Konzern Amazon hat 2020 ein ähnliches System eingeführt. In Japan kennt man schon länger Handscans, um beispielsweise Türen zu öffnen. Doch Tencent dominiert in China und will von Shenzhen aus den riesigen Markt der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt aufrollen. Wann und wie schnell, darüber schweigt sich das Unternehmen mit Verweis auf die Testphase aus.

Womöglich ist der Bedarf an einem neuen Bezahlssystem aber überschaubar in einem Land, in dem fast ausschließlich digital bezahlt wird. Bargeld ist zwar weiterhin offizielles Zahlungsmittel, aber praktisch ausgestorben. Kreditkarten spielen so gut wie keine Rolle, mit Ausnahme einiger internationaler Ketten, Hotels und Restaurants.

Zudem sind die Chinesen digitalen Produkten gegenüber sehr aufgeschlossen und

verbringen – im Durchschnitt und über alle Altersgruppen hinweg – rund fünf Stunden täglich mit ihrem Smartphone. Digitales Bezahlen ist für sie kein neues Thema.

Warum also die Hand auflegen, wenn man mit Wechatpay oder dem Konkurrenten Alipay direkt mit dem Smartphone bezahlen kann? Code an den Scanner, fertig.

Selbst Obdachlose und Marktfrauen bevorzugen digitales Bezahlen und halten dem Gegenüber entsprechende Codes hin. Das geht schnell und problemlos, solange man das Handy nicht verliert oder der Akku nicht leer ist. Oder ist es einfach der nächste logische evolutionäre Schritt, das Smartphone abzuschaffen, um die Hände wieder frei zu haben?

Womöglich ist das Interesse aber auch aus anderen Gründen überschaubar. Denn manche Chinesen sehen die Ausdehnung des digitalen Überwachungsstaats zunehmend kritisch. „Für Superunternehmen haben wir überhaupt keine Privatsphäre“, klagt ein Nutzer auf Weibo, dem reichweitenstärksten sozialen Medium.

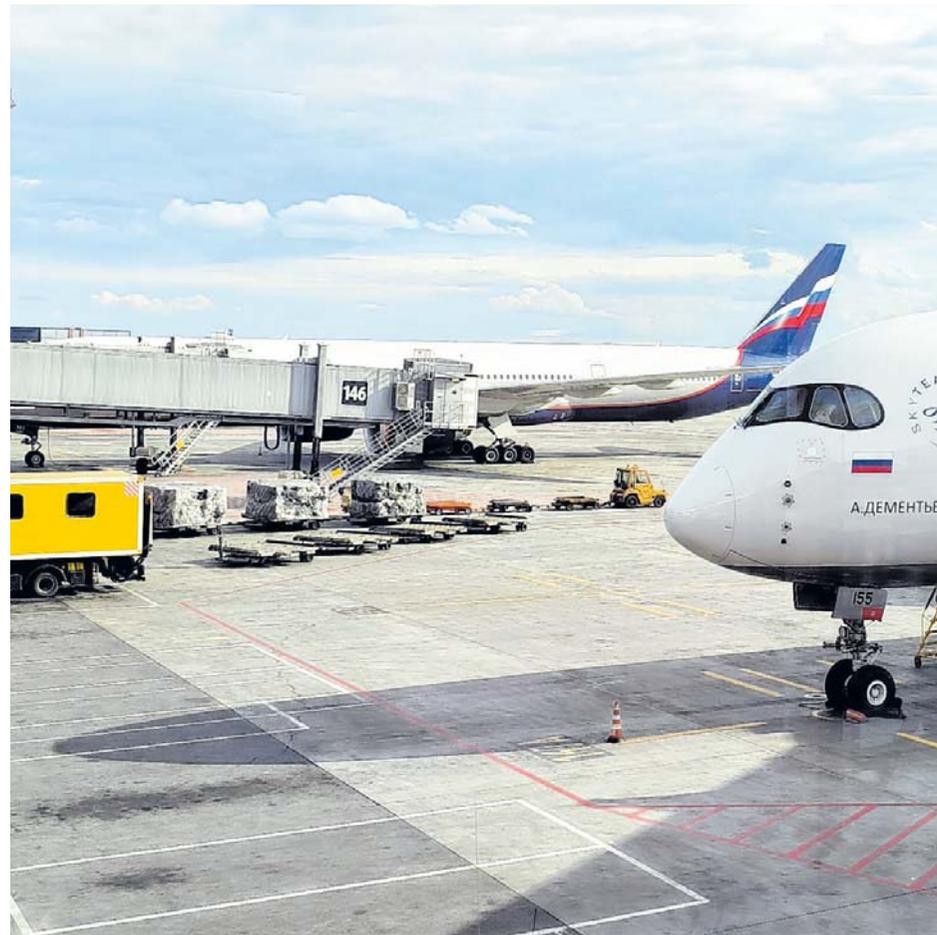
Ein anderer meint: „Der Staat (die Regierung) sollte das regeln. Ist diese Praxis, ständig persönliche Daten zu sammeln, legal?“ Ein anderer schreibt auf Xiaohongshu, einer Art Mischung aus Instagram und Pinterest: „Um ehrlich zu sein, ich benutze so etwas nicht gern. Es ist ein großer Eingriff in die Privatsphäre, und die Daten können leicht gestohlen werden.“

Natürlich sind das nur einzelne Stimmen ohne Anspruch auf Repräsentativität. Studien dazu aus China gibt es nicht. Aber vielleicht schleicht sich angesichts all der Scans von Gesichtern, Händen, Fingerkuppen an Flughäfen, Bahnhöfen und in Ämtern sowie der permanenten Kameraüberwachung im öffentlichen Raum bei manchen eine gewisse Ermüdung ein. „Fingerabdrücke, Gesichter ... Wann scannen sie meinen ganzen Körper?“, fragt einer auf Weibo.

Tencent greift diese Kritik in seiner Werbung für Weixin Palm Scan Payments auf. Es weist darauf hin, dass es den Menschen womöglich leichter falle, die Hand zu scannen als das Gesicht. Zudem behauptet das Unternehmen, Handscans seien sicherer als Gesichtsscans, bei denen Verwechslungsgefahr bestehe. So könnten etwa Zwillinge nicht eindeutig erkannt werden oder sogar Geschwister. Die menschliche Hand hingegen sei in ihrer Struktur einzigartig und daher zuverlässiger zu erfassen.

Dem Vernehmen nach plant Tencent sein Bezahlssystem zunächst nur für den chinesischen Markt, nicht aber für das Ausland. Bei der Bevölkerung von 1,4 Milliarden Menschen mit 2,8 Milliarden Händen dürfte trotzdem ordentlich Überzeugungsarbeit anstehen.

Der Autor **Martin Benninghoff** ist China-Korrespondent. Sie erreichen ihn unter: benninghoff@handelsblatt.com



picture alliance / Russian Look

Ersatzteile

Russische Flugzeuge werden zum Risiko

Wer in Russland ins Flugzeug steigt, braucht Mut. Es fehlt an westlicher Technik. Geschäftsreisende weichen vor allem auf eine Airline aus.

Mareike Müller, Jens Koenen
Moskau, Frankfurt

Am Flughafen Wnukowo in Moskau sind derzeit nur noch Flugzeuge weniger Fluggesellschaften zu sehen: Passagiermaschinen von Turkish Airlines stehen neben solchen der Aeroflot-Tochter Pobeda, was auf Deutsch „Sieg“ bedeutet. Etwas weiter entfernt parkt ein Flieger der ebenfalls russischen Rusline. Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine landen hier keine Maschinen der Lufthansa, Austrian Airlines oder Air France mehr, der Flugverkehr ist eingestellt.

Neben den westlichen Flugzeugen bleiben auch westliche Flugzeugteile weg, deren Ausfuhr nach Russland ist verboten. Dabei stammen nach Angaben des Transportministeriums weniger als 40 Prozent der Maschinen, die russische Fluggesellschaften einsetzen, aus heimischer Produktion. Das kann eine wirtschaftliche Belastung sein – und ein erhebliches Sicherheitsrisiko.

Eine Analyse des Handelsblatts zeigt allerdings, dass die Auflagen den russischen Luftverkehr bisher nicht gebremst haben. Nach Daten des Dienstleisters Cirium gab es zwischen Jahresbeginn und Ende Juli gut 510.000 Flüge in der Russischen Föderation. Damit nähert sich die Branche dem Jahreswert von gut einer Million Flügen im Jahr 2019, dem letzten Jahr vor der Covid-

pandemie. Laut der staatlichen Nachrichtenagentur Interfax wurden 2023 rund 105 Millionen Passagiere befördert. Dabei sind wegen des Kriegs sogar noch einige Regionalflughäfen geschlossen. „Bezogen auf die Passagierzahl sind die Sanktionen auch zweieinhalb Jahre nach dem Beginn nicht spürbar“, sagt Michael Santo, Managing Partner beim Beratungsunternehmen H&Z aus München. Allerdings steht für Santo fest: „Mit jedem Tag der Sanktionen steigt in Russland das Sicherheitsrisiko in der Luftfahrt.“

Das belegt auch eine Analyse des Handelsblatts von Unfallberichten auf der Plattform „Aviation Safety Network“. Trotz deutlich mehr Luftverkehr und Vorfällen waren in den USA seit 2015 nur etwa halb so viele Todesopfer wie in Russland zu beklagen. Rechnerisch kamen in Russland bei jedem gemeldeten Unfall 4,4 Menschen ums Leben. In den USA waren es 0,36.

Katastrophale Abstürze gibt es zum Glück bisher nicht. Aber die Anzeichen auf Probleme im Regelbetrieb häufen sich. Die private Airline S7 etwa hatte zu Jahresbeginn mehrfach mit Triebwerksausfällen bei ihren Jets von Boeing und Airbus zu kämpfen. Teilweise musste der Start abgebrochen werden, in einem Fall fielen kurz vor der Landung beide Motoren aus. Die Piloten konnten das Flugzeug dennoch sicher zu Boden bringen.



Flughafen Sheremetjowo in Moskau: 105 Millionen Passagiere flogen 2023 in der Russischen Föderation.

Zuletzt stürzte am 12. Juli ein Passagierflugzeug des Typs Suchoi Superjet 100 bei einem Testflug ab und riss drei Crewmitglieder in den Tod. Ein Pilotenfehler ist als Ursache nicht auszuschließen, klar ist aber auch: Der Superjet 100 ist eine Gemeinschaftsproduktion russischer und westlicher Firmen. Selbst dieser Flugzeugtyp aus heimischer Produktion hängt damit von westlicher Technologie ab, die in Russland Mangelware wird.

Ob Ersatzteile für Motoren oder die Steuerung – es fehlt an vielem. Selbst Reifen und Flugzeuglack sind mittlerweile knapp. „Die erforderlichen Ersatzteile sind nicht oder nur sehr eingeschränkt verfügbar“, sagt Luftfahrtberater Santo. Um die Flugzeuge dennoch in der Luft zu halten, sei die Branche „kreativ“ geworden: „Die weltweit geltenden Wartungsvorschriften werden zum Teil nicht mehr eingehalten, Wartungszyklen zum Beispiel verlängert.“

Zudem findet die ein oder andere westliche Flugzeugkomponente nach wie vor den Weg nach Russland. So standen Anfang April zwei in den USA lebende Russen, Teile im Wert von 4,5 Millionen Dollar in die Heimat geschafft zu haben. Laut den Papieren waren sie für die Türkei bestimmt. Auch Gabun in Zentralafrika ist zu einem wichtigen Umschlagplatz für westliche Luftfahrttechnologie geworden, ebenso Thailand, berichtete vor einigen Wochen die „Moscow Times“.

Dennoch können diese Maßnahmen die Lücken in der Lieferkette nicht komplett schließen. Vor wenigen Wochen musste S7 deshalb rund ein Drittel seiner Airbus A320neo stilllegen. Wegen fehlender Teile konnten keine Wartungsarbeiten mehr durchgeführt werden, teilte das Unternehmen mit.

Gleichzeitig sind im größten Land der Welt viele Orte ohne Flugzeuge schwer zu erreichen. Russland umfasst elf Zeitzonen, ein Flug von Moskau ins östliche Wladiwostok an der Grenze zu China dauert mehr als acht Stunden. Das setze die Wartungseinheiten unter Druck, beschreibt Santo: „Techniker stehen vor einem Dilemma: Sie müssen die Jets in der Luft halten, wissen aber gleichzeitig um die Mängel.“ Experten der Flugunfall-Plattform Jacdec schrie-

ben in der Zeitschrift „Aero International“ zuletzt: „Ein größerer technischer Unfall rückt in Russland immer mehr in den Bereich des Wahrscheinlichen.“

Sanktionsrechtler Viktor Winkler sieht daher Handelseinschränkungen kritisch: „Man darf mit Sanktionen nicht die russische Wirtschaft per se schwächen wollen, auch nicht die staatliche. Da ist das Völkerrecht eindeutig.“ Aus seiner Sicht ist „die Verbindung der zivilen Luftfahrt zum Kriegsgeschehen nicht eng genug“, um Sanktionen im aktuellen Ausmaß zu rechtfertigen. Und weiter: „Wenn eine solche Beschränkung auch noch dazu führt, dass Menschenleben in Gefahr sein könnten, ist das ein Beispiel dafür, dass sich die EU-Sanktionspolitik in manchen Bereichen wirklich im Blindflug befindet.“

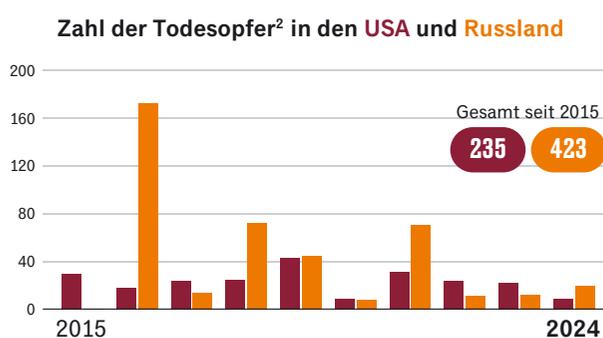
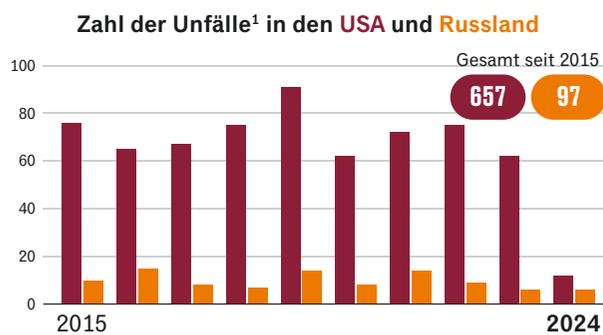
Das führt auch bei westlichen Geschäftsleuten, die inzwischen über Istanbul, Belgrad oder Tiflis nach Russland einreisen müssen, zu Vorsicht: Sie reisen oft mit Turkish Airlines, obwohl russische Fluggesellschaften niedrigere Ticketpreise bieten. Um innerhalb des Landes zu fliegen, sind bei Ausländern die russischen Airlines Aeroflot und S7 beliebt. In der EU dürften aktuell unabhängig von den Sanktionen 22 Fluggesellschaften aus Russland aus Sicherheitsgründen nicht operieren.

Die Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) der Vereinten Nationen attestiert Russland mittlerweile neben Bhutan, der Demokratischen Republik Kongo, Ecuador, Liberia und Zimbabwe als eines von nur sechs Ländern weltweit „erhebliche Sicherheitsbedenken“ in Form einer roten Flagge. Der Staat biete keine ausreichende Sicherheitsaufsicht, um die wirksame Umsetzung geltender Standards zu gewährleisten, heißt es zur Begründung.

Die Ersatzteile für westliche Maschinen will Russland nun selbst fertigen. Die Protektor-Gruppe etwa, ein russischer Wartungsbetrieb, investiert umgerechnet knapp 36 Millionen Euro in eine neue Fabrik nahe dem Moskauer Flughafen Domodedowo. Dort sollen Komponenten für Flugzeuge der beiden Muster Airbus A320 und Boeing 737 entstehen. Auch die Technik-

Luftfahrt-Unfallstatistik

Unglücke und Todesopfer im Linienverkehr, Charter, Business-aviation, Militärluftfahrt und Luftfracht



1) Stand: 5.7.2024; 2) Stand: 15. Juli 2024

HANDELSBLATT • Quellen: Datenbank Aviation Safety Network, eigene Analyse

tochter von S7 investiert in den Teilerbau. Zwar fehlen den russischen Unternehmen die dafür notwendigen Lizenzen westlicher Aufsichtsbehörden wie der Easa in Europa.

Doch die hat kurzerhand die russische Luftfahrtaufsicht Rosaviatsia erteilt. In den EU-Luftraum oder die USA könnten die Maschinen damit also

nicht – dürfen sie aber derzeit eh nicht. Mittelfristig setzt die russische Regierung auf russische Flugzeuge. Für die Langstrecke soll es eine modernisierte Version der Ilyushin IL-96 geben. Die IL-96-400M soll, so sie denn in Serie gehen wird, vier Motoren haben. Im Westen werden diese spritfressenden Flugzeuge dagegen langsam aussortiert. Langstreckenflugzeuge wie der Boeing Dreamliner oder der Airbus A350 kommen mit zwei Triebwerken aus. Gleichzeitig arbeiten Forscher in Russland an neuen Konzepten für Flugzeuge mit bis zu 250 Fluggästen und einer Reichweite von bis zu 9000 Kilometern.

Auf der Kurz- und Mittelstrecke soll der Suchoi Superjet 100 bald mit komplett russischer Technologie gebaut und mit dem Zusatz „New“ vermarktet werden. Dazu müssen aber über 40 westliche Komponenten ersetzt werden – bis hin zu den Sitzen. Der Prozess ist zäh und dauert länger als erwartet. So hielt zum Beispiel die erste Version des Sitzes aus heimischer Produktion nicht dem vorgeschriebenen Belastungstest stand. Auch die Irkut MS-21 wird derzeit „russifiziert“. Daneben gibt es noch die TU 214 von Tupolew.

Ob es Russland allerdings gelingen wird, in absehbarer Zeit komplett von westlicher Luftfahrttechnologie unabhängiger zu werden, ist offen. „Der Aufbau einer eigenen Flugzeugproduktion dauert Jahrzehnte“, sagt Berater Santo. Bis zum Kalten Krieg habe Russland durchaus eine eigene Luftfahrtindustrie gehabt. „Doch die existiert nicht mehr. Alle Subsysteme, die man im Flugzeugbau benötigt, wie zum Beispiel Triebwerke oder Avionik kommen aus dem Westen.“

Anzeige

CROSSMEDIA

458.000

Entscheidende
bundesweit pro Monat

Mit dem

TAGESSPIEGEL

muss man rechnen.

JETZT AUCH IN DER LAE.

Als Leitmedium aus der Hauptstadt ist der Tagesspiegel eine wichtige Informationsquelle für Entscheidende. Das bestätigen die **Ergebnisse der LAE 2024**. Der Tagesspiegel erreicht crossmedial **458.000 Entscheidende bundesweit** und etabliert sich als **nationale Medienmarke**.

QR-Code scannen und mehr erfahren:
media.tagesspiegel.de
KONTAKT: annkathrin.hasenjaeger@tagesspiegel.de

TAGESSPIEGEL
MEDIA

Bayer in Leverkusen:
Der Amerikaner
Bill Anderson strukturiert
den Konzern um.



Norbert Winkeljohann

„Du hast ein gutes Team, wenn du das Sägen an deinem Stuhl hörst“

Der Aufsichtsratschef von Bayer findet, dass Führungskräfte heute vor allem eine Fähigkeit haben müssen. Warum er sie bei Bayer-Chef Bill Anderson sieht – und welche Fehler fast alle Konzerne lähmen.

Herr Winkeljohann, dass Sie sich für den Amerikaner Bill Anderson als Bayer-Vorstandsvorsitzenden entschieden haben, kommt einem Bruch mit der Vergangenheit gleich. Er spricht ausschließlich Englisch, hat keine Bayer-Historie und kommt nicht aus dem Finanzbereich, so wie frühere Vorstandschefs. Warum Anderson?

Ehrlich gesagt finde ich die genannten Auswahlkriterien nicht mehr zeitgemäß. Wir brauchten bei Bayer eine tiefgreifende Veränderung, jemanden, der die akuten Probleme beherzt angeht und das gesamte Team neu ausrichtet, der mit Innovation und Wachstum Wert schafft. Und jemanden, der die Mannschaft bei diesen Veränderungen mitnimmt. Deswegen waren mir bei der Auswahl auch die kommunikativen Fähigkeiten so wichtig.

Nach außen kommuniziert Bill Anderson durchaus hart. Im Handelsblatt-Interview sagte er jüngst, dass die „interne Bürokratie“ Bayer „lähmt“. Als langjähriger Aufsichtsratschef: Schmerzen Sie solche Urteile nicht?

Nein, im Gegenteil. Er hat doch recht! Wenn ich in den vergangenen Jahren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Bayer-Fluren gefragt habe: „Was müssen wir ändern, was funktioniert hier nicht?“, dann wurden mir immer zwei Dinge entgegengehalten. Es fehle an „Responsibility“ und „Accountability“.

Das bedeutet?

Keine „Responsibility“ heißt: Viele Mitarbeiter hatten das Gefühl, dass sie zu

wenig selbst entscheiden konnten. Das lag daran, dass es zu viele Hierarchieebenen gab. Und wenn einmal etwas danebenging, dann war häufig keiner zuständig – das ist mit fehlender „Accountability“ gemeint. Das ist Gift für Wirtschaftskonzerne. Auch viele Verwaltungen kranken daran.

Bill Anderson will diese Probleme mit dem neuen Führungsmodell beseitigen, das er bei Bayer etabliert: Dynamic Shared Ownership (DSO). Führungskräfte agieren als Coaches, die Teams sollen in Sprints arbeiten und Budgets selbst managen. Wann haben Sie davon das erste Mal gehört?

Ich kannte diese Organisationsform schon aus meiner Zeit als Geschäftsführer bei PwC. Da habe ich gesehen, dass es hervorragend funktioniert, wenn jeder Partner seinen Bereich eigenständig bewirtschaftet wie eine kleine Firma in der Firma. Das damals zu erleben, hat bei mir für eine steile Lernkurve gesorgt. Mit DSO tragen wir den zwei Problemfeldern „Accountability“ und „Responsibility“ Rechnung. Wir geben damit denjenigen, die die Arbeit letztendlich erledigen, die Möglichkeit, Dinge schneller – und in der Regel auch besser – selbst zu entscheiden. Auch wenn dann mal der ein oder andere Fehler unterläuft.

Diese Art des unternehmerischen Denkens ist aber sicher nicht für jeden etwas.

Das mag so sein. Aber wir wollen unternehmerisch geprägte Menschen fördern. Und Unternehmertum heißt auch, Risiken einzugehen. Viele Men-

schen wollen heute in solch einem Umfeld arbeiten.

Bayer will Tausende Führungsjobs abbauen. Laufen diejenigen, die mit dem neuen Führungsmodell wenig anfangen können, eher Gefahr, dem Abbauprogramm zum Opfer zu fallen?

Wir werden Hierarchien abbauen und Bürokratie reduzieren, das ist hinlänglich bekannt. Damit ist leider auch verbunden, dass sich die Anzahl der Jobs reduzieren wird. Ich bin mir aber sicher: Die Kolleginnen und Kollegen, von denen wir uns trennen müssen, sind so gut qualifiziert, dass sie hervorragende Chancen haben werden, sich umzuorientieren.

Und für alle unternehmerisch denkenden Führungskräfte ist im Konzern weiter Platz?

Ja. Unternehmerisch denken zu können ist eine wichtige, aber nicht die einzig entscheidende Qualifikation. Unsere Führungskräfte sollen ihre Teams dabei unterstützen, selbst Entscheidungen zu treffen. Das ist im Sinne unserer Kunden. Wenn man dagegen, wie in manchen Konzernen üblich, über Vorgaben und Kontrolle führt, dann passiert Folgendes: Jemand hat eine tolle Geschäftsidee – und die wird dann über zwölf Konzernebenen hoch bis zum Vorstand getragen. Bis der sich damit befasst, ist die Idee längst verwässert oder gar nicht mehr aktuell.

Sie sagen, DSO fördert die Fehlerkultur. Inwiefern?

Unternehmerisches Denken ist unmittelbar mit unternehmerischem Erfolg,

aber auch mit Misserfolg verbunden. Das heißt, der eigene Erfolg ist zukünftig mehr von der Frage abhängig, ob das eigene Team seine selbst gesteckten Ziele erreicht hat. Hat ein Projekt aber zum Beispiel wirtschaftlich nicht den erwünschten Erfolg gebracht, dann gibt es keine Ebene mehr, auf die sich die Verantwortung abschieben lässt.

Klingt ziemlich hart.

Finden Sie? Der Punkt ist: Ich glaube fest daran, dass Menschen viel mutiger handeln und auch mal ins Risiko gehen, wenn sie mehr Entscheidungsfreiheit haben. Selbst wenn sie ab und zu scheitern. Wenn sie das Gefühl haben, wirklich etwas bewirken und ihre Ideen einbringen zu können, dann ist das gut für das Unternehmen – und es hilft ihnen in der eigenen Entwicklung.

Als Aufsichtsratschef haben Sie wahrscheinlich vor seinem Amtsantritt mit Bill Anderson darüber gesprochen, welche Risiken er eingehen soll. Hat er Ihre Rücken- deckung, wenn er stellenweise scheitert?

Wir wollen Bayer zügig wieder auf die Erfolgsspur bringen, Stichwort Rechtsrisiken in den USA. Gleich in unserem Erstgespräch hat Bill mich gefragt: „Kann ich mit den Anwälten sprechen, die diese Fälle betreuen?“ Er wollte sich selbst sofort ein umfassendes Bild machen. Das hat er auch bei den anderen Themen so gemacht und daraus einen klaren Plan entwickelt, den das Unternehmen nun Schritt für Schritt in die Tat umsetzt.

Vita

Der Aufsichtsrat Norbert Winkeljohann ist seit 2018 Aufsichtsratsmitglied und seit April 2020 Aufsichtsratsvorsitzender des Pharma- und Agrarchemiekonzerns Bayer. Der 66-Jährige sitzt auch in den Kontrollgremien von Deutscher Bank, Georgsmarienhütte Holding, Sievert und Bohnenkamp.

Der Manager Winkeljohann hat Betriebs- und Volkswirtschaft studiert und ging 1994 zur Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC, wo er bis zum Europa-Chef aufstieg.

Was braucht es Ihrer Erfahrung nach noch, um als Führungskraft erfolgreich zu sein?

Du brauchst ein Team, dem du vertraust. Mir hat einmal ein früherer Chef gesagt: Gute Manager schaffen es, Ihre Fähigkeiten zu vervielfältigen. Das heißt, sie können ihre eigenen Fähigkeiten ins Team tragen und fühlen sich nicht bedroht, wenn Leute genauso gut sind wie sie – oder besser. Dieser frühere Chef sagte auch: Du hast ein gutes Team, wenn du morgens ins Büro kommst und das Sägen an deinem Stuhl hörst.

Klingt für mich eher bedrohlich.

Das muss man ertragen können. Es bedeutet ja: Da sind Menschen, die ehrgeizig sind. Ja-Sager braucht jedenfalls keiner.

Sie haben Einblick in diverse Unternehmen. Beobachten Sie, dass es die kritischen Köpfe sind, die weiterkommen? Oder haben „Ja-Sager“ vielleicht doch die besseren Chancen, gefördert zu werden?

Mich haben früher viele Menschen gefragt: Wann werde ich befördert? Wie komme ich weiter? Denen habe ich immer gesagt: Das musst du schon selbst machen. Indem du Leistung zeigst,

keinen Chef mit „Bayer-Tunnelblick“ zu riskieren?

Ich denke schon, dass dieser externe Blick uns geholfen hat. Wir hätten auch sehr gute interne Kandidatinnen und Kandidaten gehabt. Aber es war Zeit für eine grundlegendere Veränderung.

Gründe, skeptisch zu sein, gibt es trotzdem. Es besteht die Gefahr, dass Bayer im Zuge des Umbaus gute Leute verliert oder dass die neue Arbeitsweise im Chaos endet. Haben Sie Ängste?

Ich habe Achtung und Demut vor den großen Aufgaben, die es zu bewältigen gilt, aber keine Ängste. Sonst wäre ich nicht in dieser Rolle.

Wie reagieren Sie, wenn Ihnen reihenweise Top-Kräfte von Bord gehen sollten?

Der Vorstand nimmt dieses Thema sehr ernst, damit genau das nicht passiert. Und ja, einige Beschäftigte werden uns leider verlassen, aber klar ist auch: Bayer ist und bleibt ein sehr attraktiver Arbeitgeber, bei dem Menschen eine Menge bewegen und sich dabei persönlich entwickeln können.

Wie weit müssen Manager auch über den Tellerrand ihres eigenen Unternehmens hinausschauen und sich zu politischen Themen positionieren – zum Beispiel den hohen Beliebtheitswerten der AfD?

Unternehmen sind Teil der Gesellschaft. Sie können nicht sagen: Wir machen hier unser Ding und der Rest um uns herum ist uns egal. Gerade in Bezug auf die AfD haben einige Manager Angst vor Fettnäpfchen. Gerade die Topmanager haben ja Zugang zu Politikern. Es ist Zeit, auch denen gegenüber mal zu artikulieren: Was brauchen wir, um am Standort Deutschland weiter unser Unternehmen zu betreiben? Wir haben einen nach wie vor starken Standort Deutschland. Die Politik muss aber verstehen, was es benötigt, um ihn zu erhalten.

Eine Studie des Nürnberg Instituts für Marktentscheidungen ergab kürzlich: Topmanager haben sogar mehr Angst vor Innovationen als Durchschnittsbürger. Überrascht Sie das?

Nicht besonders. Denn natürlich sind mit Innovationen in der Regel auch erhebliche langfristige Investitionen und auch Unsicherheiten verbunden. Das regulatorische Umfeld kann sich schließlich jederzeit verändern. Derzeit fehlt Planungssicherheit. Die brauchen wir zurück. Und wir müssen wieder stärker auf Chancen als auf Risiken blicken.

Anfang des Jahres bemängelten Sie im Handelsblatt-Interview das Entscheidungstempo bei Bayer.

Wenn man im Unternehmen einen Bleistift bestellen wollte, müssten dafür wahrscheinlich sieben Leute einen Klick machen. Seitdem ist mehr als ein halbes Jahr vergangen. Wie viele Klicks sind es heute?

Der Bleistift war ein Symbol für die vielen bürokratischen Prozesse im Unternehmen. Wir sind noch mitten im Wandel, aber vieles geht heute schon deutlich schneller. Die Teams sollen zunehmend selbst entscheiden, wofür sie Budget aufwenden und wo das Geld bestmöglich eingesetzt wird.

Herr Winkeljohann, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Julia Beil.

Elon Musk X und SpaceX verlegen Sitz nach Texas

Elon Musk lässt zwei Firmen aus Kalifornien wegziehen – und warnt vor „gewalttätigen Drogenbanden“ in San Francisco.

San Francisco. Tech-Milliardär Elon Musk verlegt den Sitz seiner Weltraumfirma SpaceX und des Kurznachrichtendienstes X von Kalifornien nach Texas. Zur Begründung verwies Musk auf ein kalifornisches Gesetz, das Schulen erschwert, Eltern über die sexuelle Orientierung der Kinder zu informieren. Er bezeichnete das Gesetz in einem Post auf X als „letzten Tropfen“, der das Fass zum Überlaufen gebracht habe.

Musk hat sich politisch in den vergangenen Jahren immer weiter der Position der amerikanischen Rechten angenähert und wettet unter anderem gegen geschlechtsangleichende Maßnahmen, insbesondere bei Jugendlichen.

SpaceX hatte seine Zentrale bisher in Hawthorne im Großraum Los Angeles – auch wenn ein Großteil der Anlagen bereits in Texas beheimatet war. Die dort aus dem Boden gestampfte Anlage mit dem Namen „Starbase“ soll künftig auch der Hauptsitz der Firma werden.

Auch Tesla-Zentrale wurde verlegt

X behielt als Nachfolgedienst von Twitter seine Zentrale in San Francisco – und soll nun nach Austin umziehen. Musk verband die Ankündigung am Dienstag mit einem Seitenhieb gegen die Stadt, die vor allem in konservativen politischen Kreisen als Metropole im Niedergang dargestellt wird. Er habe genug davon gehabt, sich vor „Banden gewalttätiger Drogenabhängiger“ wegzuducken, nur um ins Gebäude zu kommen, schrieb Musk bei X. Der Tech-Milliardär wird stets von mehreren Leibwächtern begleitet.

Musk ist auch Chef des Elektroauto-Herstellers Tesla – und ließ den Konzern bereits aus Palo Alto im kalifornischen Silicon Valley ebenfalls nach Austin umziehen.

Nach dem Attentatsversuch auf Donald Trump am Wochenende hatte sich der Milliardär so offen wie noch nie hinter den wahrscheinlichen republikanischen Präsidentschaftskandidaten gestellt. „Ich unterstütze Präsident Trump voll und ganz und hoffe auf seine schnelle Genesung“, twitterte Musk auf seiner Plattform X.

Zwar hatte es in der Vergangenheit immer wieder Berichte über eine Annäherung Musks und Trumps gegeben, derart deutlich hatte sich Musk jedoch bis dahin nicht geäußert. Der Milliardär forderte gleichzeitig den Rücktritt der Secret-Service-Spitze aufgrund möglicher Versäumnisse beim Schutz Trumps.

Musk will Berichten zufolge den Wahlkampf Trumps massiv finanziell unterstützen. Die Rede ist von monatlich rund 45 Millionen Dollar, die der Milliardär zur Verfügung stellen wolle. dpa, Felix Holtermann



REUTERS

Elon Musk: Der Unternehmer ist Trump-Unterstützer.

Wie tief sind Sie heute drin in Andersons Arbeitsalltag?

Ich habe regelmäßige fixe Termine mit allen Vorstandsmitgliedern, aber mit Bill Anderson ist das Verhältnis natürlich noch enger. Wir treffen uns häufig in Leverkusen. Es kommt auch vor, dass wir samstags oder sonntags telefonieren, oft spontan. In die operative Arbeit des Vorstands greife ich aber selbstverständlich nicht ein.

Sie sind selbst erfahrener Topmanager, waren vor Ihrer Zeit bei Bayer Vorstandschef von PwC Europe. Heute haben Sie verschiedene Aufsichtsratsmandate inne, unter anderem bei der Deutschen Bank. Welche Management-Lektionen hat Sie Ihre Karriere bisher gelehrt?

Dass es nur sehr wenige Fähigkeiten sind, die am Ende über Erfolg oder Misserfolg entscheiden. Ganz vorne steht Unternehmertum. Daneben habe ich mich häufig gefragt, wie ich Zufriedenheit herstelle und Menschen in Veränderungsprozessen mitnehme. Meine wichtigste Antwort: Du musst als Führungskraft zuhören können. Vor allem wenn du kritisiert wirst. Wenn Mitarbeiter das Gefühl haben, ihre Kritik wird gehört, das Management befasst sich damit und arbeitet an Lösungen, dann profitieren alle. Auch die Führungskräfte. Sie gewinnen an Rückhalt.

durch Kundenorientierung, durch gute Mitarbeiterführung, durch fachliches Know-how. Nur gefördert zu werden reicht nicht. Man muss sich selbst in eine gute Position bringen. Dann erkennen auch die Vorgesetzten: Da ist jemand, der Verantwortung will und tragen kann.

Biss ist also wichtiger als Talent?

Die Mischung macht's. Sie brauchen fachliche Grundlagen, die unternehmerische Ader, über die wir gesprochen haben. Und Sie brauchen strategischen Weitblick. Wer heute einen oberflächlichen Überblick über das eigene Unternehmen und dessen Umfeld hat, kann unmöglich aufsteigen. Es reicht nicht, zu fragen: Wie kann ich Chef werden? Sie müssen sich für das große Ganze interessieren.

Ist das nicht selbstverständlich?

Nein, gerade in meiner Beraterzeit habe ich oft das Gegenteil erlebt. Da habe ich bei Abschlussprüfungen manchmal die Berufsanfänger gefragt: „Was machst du gerade?“ Als Antwort kam dann so was wie: „Ich prüfe die Forderungen.“ Wenn ich dann gefragt habe: „Und wie viel Umsatz macht das Unternehmen, das wir hier gerade prüfen?“, habe ich oft gehört: „Weiß ich nicht.“

Haben Sie deswegen einen Vorstandschef von außen geholt – um

MANAGEMENT
SUMMER
SCHOOL
28 JUNI — 19 JULI

Getty Images; picture alliance/dpa

Laura Thalmeyer, Vinzenz Neumaier
Düsseldorf

Am Ende konnten die Mitarbeiter nicht einmal mehr telefonieren. Das Konto des bayerischen Spezialmaschinenbauers Zippel war leer, wegen offener Rechnungen stellte sein Energieversorger beinahe den Strom ab. Zippels Telefonanbieter hatte weniger Geduld und sperrte sämtliche Anschlüsse. In den letzten Tagen vor der Insolvenz 2022 sprachen Mitarbeiter mit Kunden nur noch über ihre Privathandys.

Dabei hatte Zippel zwei Jahre zuvor einen scheinbar idealen Investor gefunden. Gegründet 1968 von Günther Zippel in der Garage seiner Eltern, war das Unternehmen lange ein typischer Familienbetrieb. 2014 verkaufte ihn Zippel an den japanischen Konkurrenten Sugino, 2020 übernahm eine amerikanische Unternehmensgruppe. Damit begann das Desaster. Dabei sagte Mi-

”

Und dann kam dieser Michael Flacks. Der hat die Firma ausbluten lassen, bis nur noch das Gerippe übrig war.

Rico Irmischer
IG Metall Regensburg

chael Flacks, Eigentümer der Flack Group, zu Beginn noch Salbungsvolles: „Wir heißen Zippel in unserer Gruppe willkommen und freuen uns darauf, das Unternehmen in Zukunft bei seinem weltweiten Wachstum zu unterstützen.“

Doch statt Wachstum folgte die Insolvenz. Recherchen des Handelsblatts zeigen nun ein Muster. Ob Zippel in Bayern, Ogro Beschlagtechnik in Nordrhein-Westfalen, der Trikothändler fan and more oder die Firma Holzverpackung Hüfingen im Schwarzwald – immer wieder endet ein Kontakt mit Michael Flacks für das übernommene Unternehmen beim Insolvenzrichter. Der Investor dagegen verdient mit dem Scheitern noch Geld.

Die Methode Flacks beschäftigte bereits mehrere Strafverfolgungsbehörden. Im Fall Ogro ermittelten Staatsanwälte in Wuppertal. Sie prüften den Anfangsverdacht des Betrugs, der Untreue, der Insolvenzverschleppung und des Vorenthaltens und Vorentreuens von Arbeitsentgelt. Doch die Tatvorwürfe bestätigten sich nicht und die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren wieder ein.

Nach der Pleite von Zippel 2022 wurden Ermittler in Regensburg aktiv. Auch hier lautet der Vorwurf auf Insolvenzverschleppung. Das Verfahren läuft. Flacks ließ eine Anfrage des Handelsblatts zu den Vorwürfen unbeantwortet.

Der Insolvenzverwalter von Zippel, Rudolf Dobmeier, war weniger zurückhaltend. „Die Flacks Group hat bereits mehrfach saniierungswürdige Unternehmen aufgekauft und aus diesen dann das Vermögen abgezogen, sodass die Unternehmen ein Insolvenzverfahren beantragen mussten“, schrieb er am 16. Januar 2023 an die Gläubiger von Zippel. „So scheint der Fall auch hier zu liegen.“ Dobmeier untermauerte seinen Verdacht mit Zahlen. Allein im September 2022 seien 1,2 Millionen Euro von Zippel an Flacks geflossen. Dabei sollen die Mitarbeiter von Zippel zu diesem Zeitpunkt bereits vergeblich auf ihre Augustgehälter gewartet haben.

Wer ist der Mann, der solche Geschäfte macht? Als der Insolvenzverwalter von Zippel noch die Scherben zusammenkehrte, gab Michael Flacks dem US-Informations-

Pleuger Industries, Getty [M]

Michael Flacks:
Mitarbeiter nannten ihn „Draculinchen“. Er soll Mittelständler ausgesogen und dann in die Insolvenz geschickt haben.

Handelsblatt Insight
— Investor —

Dieser Milliardär gilt als Schrecken aller Mittelständler

Michael Flacks inszeniert sich als Liebhaber deutscher Mittelständler und will sie „neu positionieren“. Betroffene berichten, er hätte etliche Firmen ausgeweidet. Ist die Justiz machtlos?

dienst Bloomberg ein Interview. Gerade hatte er für knapp zehn Millionen Dollar eine Wohnung im New York Plaza Hotel gekauft. Der Artikel erwähnte vier Meter hohe Decken, Bäder mit Marmor und einen atemberaubenden Ausblick über den Central Park. Flacks erzählte sein Leben als amerikanischen Traum, mit Ursprung in Großbritannien.

Geboren 1967 in Manchester, begann Flacks seine Karriere demnach schon als 16-jähriger Schulabbrecher auf Straßenträgen, wo er Lederjacken und Pelzmäntel verkaufte. In den 1980er-Jahren siedelte er um nach Miami. Sein im Einzelhandel verdientes Geld habe er später in Immobilien investiert, vor allem in Deutschland.

Bloomberg bezifferte das Vermögen von Flacks auf 600 Millionen Dollar, die britische „Sunday Times“ taxierte es sogar auf 1,4 Milliarden Euro und zählte Flacks in ihrer Reichenliste zu den 150 wohlhabendsten Bürgern der Insel. In Miami besitzt er unter anderem eine 24 Millionen Dollar teure Wohnung in der Inselgemeinde Fisher Island – erreichbar nur zu Wasser oder per Helikopter.

Die Flacks-Gruppe beschreibt sich als führender Investor für Distressed Assets. Männer wie Flacks nehmen für sich in Anspruch, notleidende Unternehmen besser führen zu können als das dort aktive Management. In der Theorie werden Prozesse optimiert, brachliegende Potenziale gefördert und neue Ideen genutzt – zum Besten

für die Mitarbeiter, Geschäftspartner und den Investor selbst.

Flacks fasst seinen Ansatz als das „Flacks-Versprechen“ zusammen. Auf ihrer Website nennt seine Gruppe viele namhafte Partner, mit denen sie zusammenarbeitet: Fürs Geld Barclays, die Bank of China, die Deutsche Bank, JP Morgan und andere. Für die Buchhaltung BDO, EY, KPMG und PwC. Als Rechtsanwälte unter anderem Baker McKenzie, Freshfields, Skadden und White & Case.

Die Finanzbranche freilich kennt auch Investoren, die ihre Position und ihr Netzwerk ausnutzen, um die letzten Werte aus einem Unternehmen zu pressen. Sie prägten in den 1990er-Jahren den Begriff „Geierfonds“. Während in der Natur Aasfresser al-



2017 widmete sich Flacks auch Ogro, einem Hersteller von Tür- und Fenstergriffen in der Nähe von Düsseldorf. Dessen Schweizer Mutterkonzern, der Schließtechnik-Gigant Dormakaba, wusste offenbar nichts mehr anzufangen mit der deutschen Tochter. Der Eigentümerwechsel im Juli 2017 zeichnete sich jedenfalls durch einen sogenannten negativen Kaufpreis aus. Flacks zahlte nicht, sondern erhielt für die Abnahme von Ogro eine Mitgift von drei Millionen Euro.

Nach Angaben des Verkäufers gab es bei der Auswahl des neuen Eigentümers zwei Gründe. „Zum einen, dass alle Mitarbeiter übernommen werden, zum anderen, dass der neue Eigentümer eine nachhaltige Zukunftsstrategie verfolgt, die den Fortbestand und die Weiterentwicklung des Geschäfts am Standort Velbert vorsieht“, sagte Dieter Sichelschmidt von Dormakaba. Mit der Flacks Group habe man einen Käufer gefunden, der bereits Pläne habe, das Geschäft auf eine zukunftssträchtige Basis zu stellen.

Im Februar 2018 meldete Ogro Insolvenz an. Bei den Aufräumarbeiten förderte der Insolvenzverwalter Marc d'Avoine allerlei Sonderliches zutage. Ogro und Dormakaba waren stark verflochten gewesen. Weil Ogro keine Finanzbuchhaltung besaß, streckte Dormakaba der Belegschaft die Gehälter vor und ließ sich das Geld anschließend in Summe von Ogro erstatten. Niemand beschwerte sich über diese Methode, solange sie funktionierte. Als aber Flacks die Führung von Ogro übernahm, flossen die Gehälter zwar weiter von Dormakaba, die anschließende Rückzahlung blieb jedoch aus. Dies soll die ehemalige Mutter zwei weitere Millionen Euro gekostet haben. Dormakaba ließ Fragen dazu unbeantwortet, Flacks ebenso.

Flüge und Spritztouren auf Firmenkosten

Für die Mitarbeiter von Ogro wurde das Flacks-Versprechen nicht eingelöst. Der neue Eigentümer habe sich für den Geschäftsbetrieb kaum interessiert. Auf E-Mails zur Erschließung neuer Absatzmärkte oder der Entwicklung von Produkten sei Flacks oft nicht eingegangen. Als Antwort kam laut Mitarbeitern nur ein „Okay“ oder „Dankeschön“.

Auch bei Ogro verursachte der schwerreiche Eigentümer vor allem Kosten. Alle zwei Wochen sei Flacks aus Amerika eingeflogen, berichten Beteiligte. Dabei habe er stets zwei Tickets in der Businessclass gebucht – eins für sich, das andere für seinen Yorkshire-Terrier. Das Hündchen habe Flacks auch zu Terminen bei Ogros Geschäftspartnern begleitet. Die Rechnungen für Flacks' Flüge zahlte offenbar Ogro.

Vom Flughafen hin zu Ogros Geschäftsräumen in NRW sei Flacks in einer schwarzen Mercedes-Limousine gefahren, die er auf Rechnung seiner ebenfalls notleidenden Holzfirma aus dem Schwarzwald geleast haben soll. Ein angeblicher Augenzeuge erinnert sich: „Der ist hier wie ein Irrer mit 100 Stundenkilometer durch die 30-Zone gebräut. Das hat den überhaupt nicht gekümmert.“ Flacks Strafzettel seien beim Insolvenzverwalter gelandet.

Zusätzlich forderte der neue Eigentümer Ogros Geld für seine guten Ratschläge. 800.000 Euro stellte er dem Mittelständler für angebliche Beratungsleistungen in Rechnung. Ogros Insolvenzverwalter d'Avoine zog deshalb später gegen Flacks vor Gericht. Dort unterlag der Investor. „Der Beklagte hat die Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes dadurch verletzt, dass er im Zeitraum von Juli bis November 2017 rechtsgrundlose Zahlungen [...] in Höhe von 916.000 Euro pflichtwidrig entweder selbst veranlasst oder aber geduldet hat“, heißt es im Urteil des Landgerichts Wuppertal vom 23. Dezember 2020. „Ob überhaupt Beratungsleistungen erbracht worden sind, ist nicht feststellbar, auch nicht aufgrund der

angeblichen Einzelrechnungen überprüfbar, zumal irgendwelche schriftlichen Beratungsergebnisse nicht vorliegen.“

Recht haben und Geld bekommen sind zweierlei Dinge. Das Urteil ist dreieinhalb Jahre alt, bis heute hat Flacks keinen Cent gezahlt. Der Investor wohnt in Florida – dort Außenstände einzutreiben ist auch für einen Insolvenzverwalter schwierig.

Das Urteil aus Wuppertal zeigt ein tieferliegendes Problem. Rechnungen ohne Leistungen sind nicht nur zivilrechtlich verboten, sondern auch strafrechtlich problematisch. Doch obwohl bei Ogro Ermittlungen wegen des Verdachts auf Betrug liefen und das Landgericht Wuppertal eine Steilvorlage lieferte, blieben sie für Flacks ohne Folgen.

Nach Einschätzung von Kennern des deutschen Strafrechts ist ein Mann wie Flacks quasi unantastbar – solange es um Summen geht, bei denen die Ermittlungen im Zweifel teurer sind als der Schaden. „Bei Ermittlungen mit Auslandsbezug braucht ein Staatsanwalt ein Rechtshilfeersuchen“, erklärt eine Juristin mit viel Erfahrung. „Das geht über das Justizministerium und ist mit sehr viel Berichtsaufwand verbunden. Ein normaler Staatsanwalt schreckt davor zurück.“

Und so sammelt Flacks mal hier ein paar Millionen von notleidenden Unternehmen ein, mal dort. Auch der japanische Maschinenbauer Sugino zahlte eine Mitgift, als er den Maschinenbauer Zippel 2020 an die Flacks-Gruppe verkaufte. Sie lag bei 14 Millionen Euro – gedacht, um das Geschäft fortzuführen und die Firma zu sanieren.

Flacks ließ sich knapp 13 Millionen Euro über Darlehen aus dem Unternehmen zahlen und meldete anschließend Insolvenz an. Zippels Insolvenzverwalter schrieb an die Gläubiger: „Eine redliche Gesellschafterin hätte Kapital zu einer Zeit, in der die Gesellschaft sich in ernstesten finanziellen Schwierigkeiten befindet, nicht abgezogen.“

Das Handelsblatt hat keinen Geschäftspartner gefunden, der Flacks als redlich bezeichnet. Bei Zippel ließ er sogar die Maschinen abholen, als das Unternehmen ein Gesellschafterdarlehen nicht mehr bedienen konnte. Außerdem verkaufte Flacks Zippels Produktionshalle mit 6000 Quadratmetern an einen Berliner Investor. Das Projekt war als „Sale-and-lease-back“-Geschäft gedacht. Doch nachdem Flacks den millionenschweren Kaufpreis erhielt, zahlte er kaum Miete. Mit der Insolvenz von Zippel machte die Flacks-Gruppe auf diese Weise nochmals ein großes Plus.



Wenn viele Unternehmer am liebsten davonlaufen würden, dann ist unsere Zeit gekommen.

Michael Flacks
Investor

Die Hinterbliebenen stehen nicht mal mehr vor einem Trümmerhaufen – Flacks hat fast alles verkauft. „Zippel war absolute deutsche Präzisionsarbeit, jede Maschine ein Unikat. Mehr Mittelstand geht nicht“, trauert Rico Irmischer von der IG Metall Regensburg. „Und dann kam dieser Michael Flacks. Der hat die Firma ausbluten lassen, bis nur noch das Gerippe übrig war.“

Flacks Worte aus einem Interview 2018 klingen für Irmischer heute wie Hohn. „Deutsche Mittelständler zeichnen sich durch Qualität, Know-how und hochentwickelte Technologien aus“, sagte er damals der „Wirtschaftswoche“. „Wir haben großes Interesse, mit deutschen Unternehmen und mit deutschen Managements zu arbeiten, der Return on Investment ist stets positiv.“

lerdings ihren Nutzen haben, genießen ihre Pendants in der Geldbranche einen bestenfalls zweifelhaften Ruf.

Michael Flacks wähnt sich als Meister der Krise und sah unter anderem den Brexit als Treiber seines Geschäfts. „Die Verunsicherung der Unternehmen macht sie offen für neue Partnerschaften“, sagte er 2018 der „Wirtschaftswoche“. „Um es deutlich zu sagen: Wenn viele Unternehmer am liebsten davonlaufen würden, dann ist unsere Zeit gekommen.“

Fast zeitgleich erlebten zwei deutsche Unternehmen, wie das im konkreten Fall aussehen kann. Im Januar 2017 verkündete das Haus Fürstenberg, es habe sein im Schwarzwald beheimatetes Holzgeschäft an die Flacks-Gruppe verkauft. 200 Mitarbeiter waren dort einmal tätig, nach mehreren Kündigungswellen nur noch etwa 80.

Ein schwäbisches Adelshaus in Nöten

Das Fürstenhaus knüpfte an den Verkauf eine Hoffnung. „Mit der Flacks Group haben wir einen engagierten und unternehmerisch denkenden Investor für den Verpackungsbereich gefunden“, sagte Hans-Rüdiger Schewe, der im Auftrag des schwäbischen Adelsgeschlechts deren Reichtümer verwaltet. „Wir sind überzeugt, dass die neuen Eigentümer dem Unternehmen neue Impulse und die erforderliche Kapitalausstattung für eine erfolgreiche Wachstumsstrategie zuführen werden.“

Flacks befeuerte diese Erwartung. „Wir haben nicht nur eine Arbeitsplatzgarantie für Hüfingen ausgesprochen, sondern werden auch nachhaltig in den Ausbau der Standorte investieren“, versprach Michael Flacks. „Unterstützt durch unser internationales Netzwerk, unsere Investoren und langjährige Beziehungen in verschiedenen Industriezweigen setzen wir auf nachhaltiges und profitables Wachstum.“ Ein knappes Jahr später war die fürstliche Firma für Holzverpackungen insolvent.

Verleger: Dieter von Holtzbrinck

Redaktion

Chefredakteur: Sebastian Matthes
Stv. d. Chefredakteurs: Peter Brors, Kirsten Ludowig
Mitglied der Chefredaktion: Charlotte Hahnhorst (Head of Digital)

Textchef: Christian Rickens (Morning Briefing)

Wochenende & Report: Sven Prange

Kommentarchef: Dr. Jens Münchrath

Podcast, Live & Video: Kevin Knitterscheidt

Chefökonom: Prof. Dr. Bert Rürup

Ressortleiter: Thomas Sigmund (Politik), Jürgen Flaiger, Ina Karabas (Unternehmen), Michael Maisch (Finanzen), Nicole Bastian (Ausland), Sönke Iwersen, Martin Murphy (Investigative Recherche), Tobias Böhnke (Performance Desk)

Chefs vom Dienst: Stefan Kaufmann (Leitung), Tobias Döring, Andreas Dörnfelder, Tom Körkemeier, Marc Renner, Claus Baumann, Claudia Panster (Redigatur), Daniel Klager (Lt. News), Susanne Wesch (Lt. Print), Anja Holtschneider

Art Direction: Michel Becker, Ralf Peter Paßmann

International Correspondents:

Torsten Riecke

Verantwortlich im Sinne des Presserechts sind die jeweiligen Leiter für ihren Bereich. Im Übrigen die Chefredaktion.

Handelsblatt Research Institute

Tel.: 0211 - 887-0, Telefax: 0211 - 887-97-0,
E-Mail: info@handelsblatt-research.com
Dr. Jan Kleibrink (Managing Director)

Verlag

Handelsblatt GmbH

(Verleger im Sinne des Presserechts).

Geschäftsführung: Andrea Wasmuth (Vorsitz), Sebastian Christensen

Verantwortlich für Herstellung und Anzeigen: Christian Wiele

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Düsseldorf.
Anschritt von Redaktion, Verlag und Anzeigenleitung:
Toulouser Allee 27, D-40211 Düsseldorf, Tel. 0211 - 887-0
Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte, Unterlagen und Fotos.
Axel Springer SE, Offsetdruckerei Kettwig,
Im Teelbruch 100, 45219 Essen; Pressedruck Potsdam GmbH,
Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam;
Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH,
Zamdorfer St. 40, 81677 München

Vertrieb Einzelverkauf:

Verlag Der Tagesspiegel GmbH, www.tagesspiegel.de

Kundenservice:

Postfach 103345, 40024 Düsseldorf, Telefon: 0211 887 3602,
Aus dem Ausland: 0049 211 887 3602
E-Mail: kundenservice@handelsblatt.com
Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung
übermittelt an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH
& Co. KG, Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main.

Anzeigen:

Anzeigenverkauf Handelsblatt

Tel.: 0211 - 887-0, Fax: 0211 - 887-33 59

E-Mail: info@iqm.de; Internet: www.iqm.de

Anzeigenverkauf Handelsblatt.com

Tel.: 0211 - 887-26 26, Fax: 0211 - 887-97 26 56

E-Mail: info@iqdigital.de; Internet: www.iqdigital.de

Anzeigenverkauf Handelsblatt Personalanzeigen

Tel.: 040 - 3280-5800

E-Mail: angelika.brandenstein-wendt@zeit.de

Internet: https://talent.zeit.de/

Anzeigendisposition Handelsblatt

Tel.: 0211 - 887-26 60, Fax: 0211 - 887-97 26 60

E-Mail: dispo.hb@iqm.de

Redaktion:

Telefax: 0211 - 887-97 12 40

E-Mail: handelsblatt@vhb.de

Politik

Tel.: 030 - 61 68 61 92, Fax: 0211 - 887-97 80 27

E-Mail: hb.berlin@vhb.de

Unternehmen

Tel.: 0211 - 8 87 13 65, Fax: 0211 - 887-97 12 40

E-Mail: hb.um@vhb.de

Finanzen

Tel.: 069 - 2424 4002, Fax: 0211 - 887-97 41 90

E-Mail: hb.fz@vhb.de

Handelsblatt Veranstaltungen

Tel.: 0211 - 887 0, Fax: 0211 - 887 43-40 00

E-Mail: info@euroforum.com

www.handelsblatt.com/veranstaltungen

Das Handelsblatt wird ganz oder in Teilen im Print und digital vertrieben. Alle Rechte vorbehalten.

Kein Teil dieser Zeitung darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Verbot fällt insbesondere auch die Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM.

Nutzungsrechte:

Telefon: 0211 - 2054-4640 (Dieser Service steht Ihnen Mo-Fr zu den üblichen Bürozeiten zur Verfügung) E-Mail: nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Sonderdrucke:

Tel.: 0211 - 887-1748, Fax: 0211 - 887-97-1748

E-Mail: sonderdrucke@vhb.de

Bezugspreise Inland und EU:

Monatlich € 69,90 (Inland inkl. € 4,57 MwSt./EU zzgl. der jeweiligen MwSt.), Jahresvorzugspreis: € 839,- (Inland inkl. € 54,89 MwSt./EU zzgl. der jeweiligen MwSt.).

Vorzugspreis für Studenten (gegen Vorlage einer gültigen Bescheinigung): Monatlich € 34,95 (Inland inkl. € 2,29 MwSt./EU zzgl. der jeweiligen MwSt.), Jahresvorzugspreis € 419,- (Inland inkl. € 27,41 MwSt./EU zzgl. der jeweiligen MwSt.).

Lieferung jeweils frei Haus.

Bezugspreise übriges Ausland: auf Anfrage.

Abonnementkündigungen sind nur schriftlich mit einer Frist von 21 Tagen zum Ende des berechneten Bezugszeitraumes möglich, solange keine andere Regelung vorgesehen ist. Im Falle höherer Gewalt (Streik oder Aussperrungen) besteht kein Belieferungs- oder Entschädigungsanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Düsseldorf. Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte, Unterlagen und Fotos. Für die Übernahme von Artikeln in interne elektronische Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte über die PMG Presse-Monitor GmbH. Telefon:

030/284930 oder www.presse-monitor.de.

Die ISSN-Nummer für das Handelsblatt lautet: 0017-7296

Apostolos Bibudis

„Es gibt kein Traumhaus für ein Taschengeld“

Der Deutschlandchef des Maklerverbands IAD rechnet damit, dass es noch lange zu wenig bezahlbare Wohnungen geben wird. Vom Kauf einer bestimmten Gebäudeart rät er ab.

Herr Bibudis, Makler und Wohnungsfirmer beschwören seit Monaten die Trendwende, doch die Wohnimmobilienpreise fallen vorerst weiter. Wann rechnen Sie mit einer Stabilisierung der Preise?

Wir sehen eigentlich schon Anfang des Jahres eine gewisse Stabilisierung – allerdings auf einem niedrigeren Preisniveau. Es ist natürlich schwer einzuschätzen, wie es weitergeht. Aber mein Eindruck ist, dass sowohl Verkäufer als auch Erwerber den größten Schock über die gestiegenen Finanzierungskosten für eine Immobilie hinter sich haben. Allmählich steigt das Interesse an Wohnungen und Häusern wieder, das ist deutlich zu registrieren. Es geht aufwärts am Markt.

Ein Ende der Talfahrt bedeutet noch keine Trendwende. Erwarten Sie, dass die Immobilienpreise in Deutschland in nächster Zeit wieder deutlich steigen?

Nein, schnell werden wir da keine großen Sprünge nach oben sehen. Aber Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen, das wird nicht einfach verschwinden – und die Bevölkerung in Deutschland legt weiter zu. Langfristig bin ich darum ziemlich sicher, dass die Preise für Immobilien wieder moderat steigen werden, wenngleich nicht so rasant wie in den vergangenen Jahren. Betongold verliert aber nicht seinen Glanz.

Die Preise für Neubauten sind selbst in der Krise kaum gefallen, teilweise sogar gestiegen. Warum ist das so?

Nun, viele Immobiliensuchende schätzen es, wenn sie bei einer neuen Wohnung letztlich nur noch die Möbel hineinstellen müssen: Wenn also kein Heizungstausch nötig ist, keine neuen Fenster, keine Umbauten, die Staub machen und Nerven kosten. Das alles bieten Ihnen Neubauten. Und dann ist der Markt für solche Wohnungen und Häuser wegen der einbrechenden Zahlen von neu begonnenen Projekten einfach sehr übersichtlich. Das stabilisiert die Preise.

Wo gibt es die stärksten Rückgänge?

Ältere Gebäude mit einer schlechten Energieeffizienz haben im Preis deutlich verloren. Das wollen viele Käufer sich derzeit einfach nicht ans Bein bin-

den, denn alle wissen, dass da hohe Sanierungskosten in den nächsten Jahren auf sie zukommen. In den Großstädten finden solche Immobilien noch Interessenten, auf dem Land wird es aber schwierig – da müssen die Verkäufer teilweise hohe Preisabschläge hinnehmen. Allerdings hat sich der Trend zuletzt verlangsamt.

Werden Sie solche Gebäude inzwischen nur noch schwer los?

Sie finden da immer einen Käufer oder Interessenten. Aber in der Regel nicht zu den Preisvorstellungen, die sich die Verkäufer ursprünglich gemacht haben.

Längere Zeit scheiterten Verkäufe komplett an unterschiedlichen Preisvorstellungen von Erwerbern und Verkäufern. Hat sich das inzwischen angenähert?

Ich würde sagen, dass inzwischen ein neuer Status quo eingezogen ist. Anfangs dachten viele, der Preisrutsch sei nur eine Episode, bald gehe es wieder deutlich aufwärts. Nun herrscht ein neuer Realismus. Mittlerweile hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass sich das Preisniveau so schnell nicht wieder deutlich nach oben bewegen wird. Wer vor zehn Jahren eine Immobilie kaufte, macht heute ja immer noch in der Regel einen deutlichen Gewinn – und das unter Umständen steuerfrei.

Doch viele Erwerber können sich einen Kauf angesichts der gestiegenen Finanzierungskosten nicht mehr leisten und drängen in den Mietmarkt. Was bedeutet das für die Entwicklung der Mieten?

Da sollte sich niemand etwas vormachen: Die Mieten werden weiter steigen, und dieser Trend wird auch so schnell kein Ende finden. Da der Neubau deutlich eingebrochen ist, werden in den nächsten Jahren kaum viele Angebote auf den Markt kommen, obwohl die Nachfrage da ist. Das ist kein Umfeld, in dem Mietpreise wieder sinken. Für Mieter wird es bitter.

Steigende Mieten, sinkende Neubauzahlen: Steuern wir auf eine Wohnungskrise in Deutschland zu?

Ich würde sagen, wir stecken bereits in der Wohnungskrise. In Großstädten wie Frankfurt hat das Mietniveau bei



Vita

Der Manager Der 43-jährige studierte Immobilienprofi leitet seit Mai dieses Jahres das Maklernetzwerk IAD in Deutschland. Zuvor trieb er jahrelang für den Makler Von Poll Immobilien die Auslandsexpansion voran und bei ERA Immobilien das Deutschlandgeschäft.

Das Unternehmen IAD wurde 2008 im Süden von Paris gegründet und verfolgt ein digitales Maklermodell. Das Unternehmen will in Deutschland in den nächsten Jahren stark wachsen. Von der Firmenzentrale in Frankfurt soll ein bundesweites Netzwerk mit 500 Beratern aufgebaut werden.



Neuvermietungen inzwischen die Höhe von 15 Euro pro Quadratmeter erreicht. Da wird allmählich die Schwelle der Sozialverträglichkeit überschritten. Wie soll Wohnraum dann überhaupt noch bezahlt werden? Und den sozial geförderten Wohnungsbau gibt es auch kaum mehr. Die Politik ist dringend gefordert, mit Bürokratieabbau, moderateren Ansprüchen bei Bauvorschriften und mehr Digitalisierung für mehr und schnelleren Wohnungsbau zu sorgen.

Im Grunde gibt es genug Wohnungen, sie stehen nur dort, wo viele nicht leben wollen: in der ländlichen Provinz. Bleibt dennoch der Druck auf die Großstädte groß?

Es ist nun einmal so, die Menschen streben in die Metropolregionen, also in die Städte oder ins nähere Umland. Wenn Sie auf dem flachen Land wohnen, wo Sie eine Stunde bis zur nächsten Autobahnauffahrt brauchen und wo keine Regionalbahn Sie schnell in die nächste größere Stadt bringt, ist das vielleicht schön, wenn man danach strebt, aber nicht, wenn der Job davon abhängt.

Was beschäftigt potenzielle Käufer aktuell am meisten, wenn sie nach einer Wohnung suchen?

Das wichtigste Thema für potenzielle Käufer ist derzeit die Finanzierung. Die Banken sind vorsichtiger geworden,

Wohnungsbau in Berlin: Für Mieter in den großen Städten wird die Situation nicht leichter.

viele Kaufinteressenten stellen fest, dass sie sich nicht mehr so viel Haus oder Wohnung leisten können, wie sie dachten. Es braucht da manchmal schon Gespräche mit guten und stichhaltigen Fakten, um Wohnungssuchende davon zu überzeugen, dass es dann vielleicht nicht das Viertel mit der Lieblingskneipe wird, sondern ein Bezirk etwas weiter draußen.

Sollten Interessenten immer noch mal um den Preis feilschen?

Es ist nie ein Fehler, sich über den Spielraum beim Preis zu informieren. Zurzeit haben Käufer noch eine gute Verhandlungsposition, die allerdings schwächer wird. In bestimmten Fällen waren 2023 noch zwischen zehn und 30 Prozent Rabatt drin, wenn ein Verkäufer unbedingt schnell veräußern wollte oder musste. Aber das ist die große Ausnahme. Wenn der Makler seinen Job richtig macht, ist auch der Angebotspreis realistisch kalkuliert. Erwerber sollten also nicht glauben, es gäbe jetzt jede Menge Rabatt am Markt.

Was würden Sie Privatleuten unter den Interessenten raten, die nach einer guten Geldanlage in Immobilien suchen?

Wenn Sie in eine qualitativ hochwertige Immobilie in guter Lage und in einer Stadt mit Wachstumspotenzial investieren, machen Sie normalerweise keinen großen Fehler. Gerade Univer-

sitätsstädte sind für Investoren interessant, weil es dort immer Zuzug gibt. Allerdings sollten Sie keine Renditen von über fünf Prozent im Wohnsektor mehr erwarten – diese Zeiten sind erst einmal vorbei.

Gibt es Gebäude, von denen Sie Erstkäufern eher abraten würden?

Wenn Sie eine Eigentumswohnung in einem schlecht sanierten Mehrfamilienhaus kaufen, brauchen Sie gute Nerven oder Glück. In der Regel findet sich in der Eigentümergesellschaft immer einer oder eine, der oder die eine aufwendige Sanierung nicht bezahlen will und die Pläne blockiert. Wenn Sie kein Profi sind oder Jurist, würde ich Ihnen eher abraten, sich in dieses Abenteuer zu stürzen.

Und haben Sie noch einen wichtigen Tipp für Immobiliensuchende?

Bleiben Sie realistisch bei der Suche. Es gibt kein Traumhaus für ein Taschengeld. Viele haben hohe Ansprüche und so konkrete Vorstellungen, dass sie nach Monaten nur noch völlig entnervt sind und sich gar nicht mehr entscheiden können. Ein alter Maklerspruch lautet deswegen: Das ideale Haus findet man erst beim dritten Immobilienkauf.

Herr Bibudis, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Carsten Herz.

Deutsche Banken

Angst vor faulen Krediten wächst

Die Schwäche der deutschen Wirtschaft wird zunehmend zum Problem für heimische Banken.

Michael Maisch Frankfurt

Auf den deutschen Kreditmarkt könnten Turbulenzen zukommen. Zumindest spricht ein von der Branche der Kredithändler berechnetes Marktbarometer für eine neue Zunahme fauler Darlehen. Diese notleidenden Kredite in den Bilanzen der Banken werden im Fachjargon Non Performing Loans (NPLs) genannt. Das aktuelle NPL-Barometer, das von der Bundesvereinigung Kreditankauf und Servicing (BKS) und der Frankfurt School of Finance & Management berechnet wird, verzeichnet einen deutlichen Anstieg. Der Gesamtwert von 0,45 liegt nur noch knapp unter dem Rekord von 0,46 aus dem vergangenen Herbst.

Dieses Ergebnis spricht nach Einschätzung von BKS-Präsident Jürgen Sonder für mehr Kreditausfälle und in der Folge für mehr Auslagerungen von NPLs aus den Bilanzen der Banken. Geraten Kredite in Not oder drohen in Not zu geraten, versuchen Banken häufig, die NPLs mit einem Bewertungsabschlag an Investoren zu verkaufen, um die Risiken aus ihren Büchern zu bekommen.

Umfrage unter NPL-Experten, bei der die tatsächliche Entwicklung innerhalb der vergangenen zwölf Monate und die erwartete Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten erhoben wird. Das NPL-Barometer reicht von einer Skala von minus eins bis plus eins. Werte im positiven Bereich sprechen für eine Verschlechterung der Kreditqualität.

Zuletzt meldete die European Banking Authority (Eba) für März 2024 NPL-Bestände deutscher Banken in Höhe von 39,8 Milliarden Euro – ein Anstieg um acht Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr. „Wir müssen uns auf ein neues Normal mit höheren NPL-Beständen einstellen“, betont Schalast.

Die Experten der Ratingagentur Scope betonen, dass der Anteil der notleidenden Kredite im Vergleich zu den gesamten Ausleihungen der Banken in Europa noch immer auf einem historisch niedrigen Wert liege. Ende März 2024 lag dieses Verhältnis in der EU bei 1,86 Prozent und in Deutschland noch niedriger bei 1,32 Prozent.

Allerdings hatten nach Erkenntnissen der Bundesbank die NPL-Quote und andere Indikatoren für die Kredit-



image Images/Westend61

„Die Ergebnisse spiegeln die angespannte wirtschaftliche Lage in Deutschland wider“, meint Sonder. Unternehmen und Privathaushalte würden seit Jahren durch multiple Krisen belastet. „Die Auswirkungen registrieren wir jetzt zeitversetzt durch eine Zunahme der notleidenden Kredite in den Bankbilanzen.“

Für Christoph Schalast von der Frankfurt School of Finance & Management stehen bei der Verschlechterung der Kreditqualität vor allem gewerbliche Immobilienkredite im Fokus. „Projektentwickler und Bauträger sind aufgrund der Marktturbulenzen besonders ausfallgefährdet“, erläutert der Wirtschaftsforscher. Aber auch bei Konsumentenkredit, Wohnimmobilienkredit und Krediten an kleinere Unternehmen rechnen die Experten mit steigenden NPL-Quoten. Das Kreditbarometer des BKS beruht auf einer

qualität im ersten Halbjahr 2024 bereits „restriktive Auswirkungen“ auf das Kreditangebot der Banken. Im zweiten Halbjahr dürfte sich diese Entwicklung zumindest bei Unternehmenskrediten fortsetzen, das zeigen die Ergebnisse der jüngsten Bank Lending Survey, bei der die Banken zu ihrer Kreditvergabe befragt werden.

In den vergangenen sechs Monaten verschärfte die Banken ihre Kreditrichtlinien im Unternehmensgeschäft am stärksten gegenüber dem Immobiliensektor. Besonders betroffen waren davon abermals Darlehen für Gewerbeimmobilien. Deutlich zurückhaltender zeigten sich die Institute auch gegenüber dem Baugewerbe. Gegenüber dem Handel, dem verarbeitenden Gewerbe und bei Krediten im Dienstleistungssektor strafften die Banken ihre Richtlinien dagegen weniger.

Andreas Kröner Frankfurt

Die Debatte über die Schaffung einer einheitlichen europäischen Börsenaufsicht gewinnt an Intensität. Verena Ross, die Chefin der europäischen Finanzmarktaufsicht Esma, wirbt im Gespräch mit dem Handelsblatt um zusätzliche Kompetenzen für ihre Behörde. Die Bundesregierung, die der Idee eine Zeit lang skeptisch gegenüberstand, zeigt sich verhandlungsbereit.

Ross ist der Ansicht, dass die Esma die direkte Aufsicht über europaweit tätige Marktinfrastrukturbetreiber wie Börsen und Clearinghäuser sowie über Anbieter von Kryptowährungen übernehmen sollte. „Diese Finanzkonzerne erbringen europaweite Dienstleistungen, deshalb wäre auch eine europaweite Überwachung sinnvoll“, sagt Ross. „Es besteht Handlungsbedarf, dies zu überdenken.“

Aktuell sind für die Kontrolle dieser Finanzkonzerne nationale Behörden zuständig. Die Deutsche Börse wird beispielsweise primär von der hessischen Börsenaufsicht und der deutschen Finanzaufsicht Bafin überwacht. Die Esma versucht sicherzustellen, dass die Behörden in den verschiedenen EU-Staaten möglichst ein-



Wir müssen auch bereit sein, in Bereichen zu europäisieren, in denen uns der Status quo gar nicht so unangenehm ist.

Jörg Kukies

Wirtschaftspolitischer Berater des Bundeskanzlers

heitlich vorgehen. Das sei jedoch sehr aufwendig, betont Ross. „Aktuell wenden wir und auch die nationalen Aufsichtsbehörden viele Ressourcen auf, um für eine möglichst hohe Konvergenz bei den nationalen Aufsichtspraktiken zu sorgen.“ Eine einheitliche europäische Aufsicht wäre aus Sicht von Ross effizienter. Die 56-jährige Hamburgerin steht seit November 2021 an der Spitze der Esma.

EZB-Präsidentin Christine Lagarde hatte bereits Ende 2023 eine zentrale europäische Börsenaufsicht nach dem Vorbild der amerikanischen SEC gefordert. Während der starke Kapitalmarkt in den USA seit Jahrzehnten von einer einheitlichen Aufsicht profitiert, finde die direkte Kontrolle in Europa weitgehend auf nationaler Ebene statt, monierte Lagarde. Das führe zu Unterschieden bei der Anwendung von EU-Vorschriften.

Wie Lagarde hat sich auch die französische Regierung für eine Stärkung der Esma ausgesprochen – wohl auch vor dem Hintergrund, dass die Behörde in Paris beheimatet ist. Andere EU-Mitgliedstaaten, die Bundesregierung und auch die deutsche Finanzaufsicht Bafin standen der Idee dagegen lange skeptisch gegenüber. Es sei ein Denkfehler zu glauben, man könne mit einer einheitlichen Aufsicht einen einheitlichen Markt in Europa forcieren, findet Bafin-Präsident Mark Branson. In den USA gebe es einen einheitlichen Markt und deshalb mit der SEC auch eine Aufsichtsbehörde. „Aber die Wertpapieraufsicht hat nicht den Markt groß gemacht.“



Finanzmarktaufsicht Esma

Debatte über die EU-Börsenaufsicht wird intensiver

Europas Chefaufseherin Verena Ross würde Börsen und Kryptoanbieter gern direkt überwachen. Deutschland ist verhandlungsbereit. Doch bei einer Frage gibt es Dissens.

Esma-Chefin Verena Ross: Sie will auch die Aufsicht über europaweite Geschäfte mit Kryptowährungen haben.



EZB-Chefin Christine Lagarde, Bafin-Chef Mark Branson: Beide haben eine unterschiedliche Auffassung, ob eine einheitliche Finanzkontrolle sinnvoll ist.

Um die europäische Kapitalmarktunion voranzubringen, ist Deutschland nun aber offenbar bereit, beim Thema Aufsicht Zugeständnisse zu machen. „Wir müssen auch bereit sein, in Bereichen zu europäisieren, in denen uns der Status quo gar nicht so unangenehm ist“, sagte Jörg Kukies, der oberste wirtschaftspolitische Berater von Bundeskanzler Olaf Scholz, kürzlich auf dem „Euro Finance Summit“ in Frankfurt.

Auch die Bafin machte im Mai deutlich, dass sie nicht grundsätzlich



gegen eine europäische Aufsicht über Clearinghäuser ist. Diese stehen bei Derivategeschäften zwischen Käufer und Verkäufer und springen ein, falls ein Handelsteilnehmer ausfällt.

Nach der Finanzkrise 2008 hat die Politik beschlossen, mehr Geschäfte über Clearinghäuser abwickeln zu lassen. Die Handelsteilnehmer, darunter viele große Banken, müssen dort Sicherheiten für ihre Geschäfte hinterlegen. Clearinghäuser wie die Deutsche Börse-Tochter Eurex Clearing haben ihr Geschäft in den vergangenen Jah-

ren kräftig ausgebaut und sind dadurch selbst zu hochgradig systemrelevanten Institutionen geworden. „Fällt ein Clearinghaus aus, beispielsweise durch eine Cyberattacke, stehen Milliarden im Feuer“, betont Bafin-Chef Branson. „Eine zentrale Aufsicht kann für solche Institute die richtige Lösung sein, auch wenn wir das in Deutschland aktuell ganz gut machen.“

Branson und sein Kollege Thorsten Pötzsch stellen dafür jedoch eine klare Bedingung: Sollte die Aufsicht zentralisiert werden, müsse auch die Abwicklung und Haftung im Krisenfall auf die europäische Ebene verlagert werden. „Es kann nicht sein, dass derjenige, der entscheidet, nachher nicht haftet, wenn es schiefgeht“, sagt Pötzsch, der bei der Bafin als Exekutivdirektor für Wertpapieraufsicht zuständig ist.

Esma-Chefin Ross beurteilt die Lage anders. „Sollte ein großes Clearinghaus in ernsthaften Schwierigkeiten geraten, wären das ohnehin Probleme, die wahrscheinlich auch die Mitglieder des Clearinghauses – darunter große Banken aus verschiedenen Ländern – betreffen würden“, sagte sie. Die Verantwortung, eine solche Situation zu lösen, läge somit bereits heute nicht ausschließlich beim Heimatland des Clearinghauses. „Wenn ein großes Clearinghaus Probleme bekommt, ist das kein rein deutsches, französisches oder griechisches Problem, sondern ein übergreifendes europäisches Problem, bei dem möglicherweise auch die Zentralbanken, inklusive der Europäischen Zentralbank, gefragt sein werden“, argumentiert Ross. „Ich persönlich bin deshalb der Meinung, dass das fiskalische Argument die Überwachung auf europäischer Ebene nicht unbedingt aufhalten oder hindern muss.“

Zentrale Überwachung, aber nicht mehr Personal

Auch der Kritik von Bafin-Chef Branson, dass bei einer Zentralisierung von Aufsicht am Ende ironischerweise oft mehr Ressourcen gebraucht würden als vorher, widerspricht Ross – zumindest für den Kapitalmarktbereich. Dort hat die Esma in den vergangenen Jahren die direkte Überwachung von Ratingagenturen, Transaktionsregistern und europäischen Referenzwerten wie dem Euribor übernommen. „Wir haben dafür nur wenige neue Leute eingestellt“, sagt Ross. „Wir brauchen zwar adäquate Ressourcen, um effektiv zu überwachen, aber im Vergleich zu dem Personal, das die nationalen Aufsichtsbehörden oder die EZB-Bankenaufsicht beschäftigen, ist das minimal.“ Ende vergangenen Jahres hatte die Esma 320 Beschäftigte. Die EZB-Bankenaufsicht kam auf 1651, die Bafin auf 2890 Angestellte.

Grundsätzlich hat Ross den Eindruck, dass die Schaffung einer europäischen Kapitalmarktunion für alle Regierungen hohe Priorität hat. „Deshalb gehe ich davon aus, dass die nächste EU-Kommission hierzu rasch konkrete Vorschläge machen wird.“

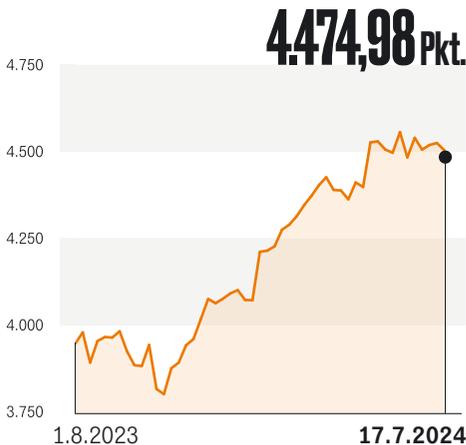
Große Einigkeit herrsche darüber, dass der Verbriefungsmarkt belebt werden müsse. „Deshalb gibt es hier die größte Dynamik“, beobachtet Ross. Durch die Belebung des Verbriefungsmarktes sollen es Banken leichter haben, Kredite gebündelt an Investoren zu verkaufen. So bekämen sie mehr Spielraum, neue Kredite zu vergeben. „Bei der Frage, ob die Esma bei der Überwachung von Finanzkonzernen mehr Kompetenzen bekommen sollte, gehen die Meinungen noch etwas mehr auseinander“, räumt Ross ein.

Maurice Kohli, APAP, Bloomberg/Getty Images, Bloomberg

Europäische Indizes

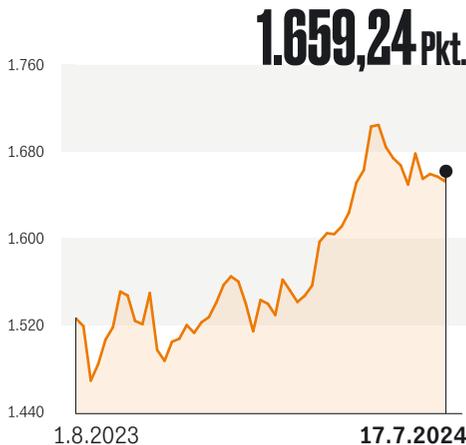
Stoxx Europe 50

Aktienindex Europa in Punkten



S&P Großbritannien

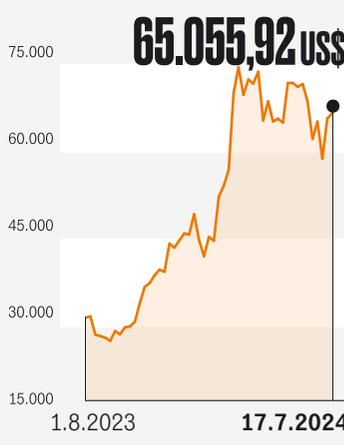
Aktienindex Großbritannien in Punkten



Währungen

Bitcoin

Kurs in US-Dollar



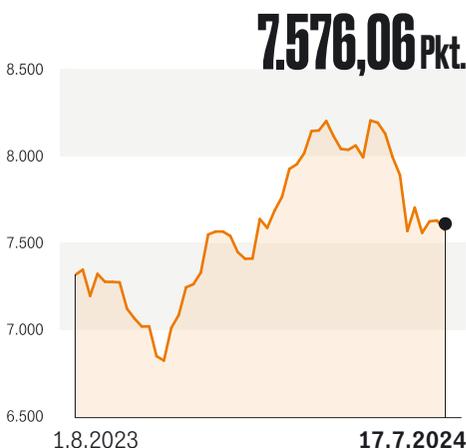
Ethereum

Kurs in US-Dollar



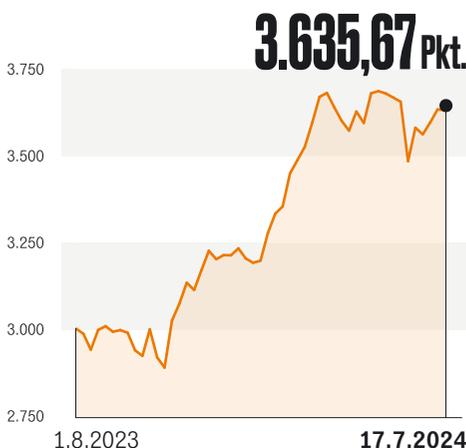
CAC 40

Aktienindex Frankreich in Punkten



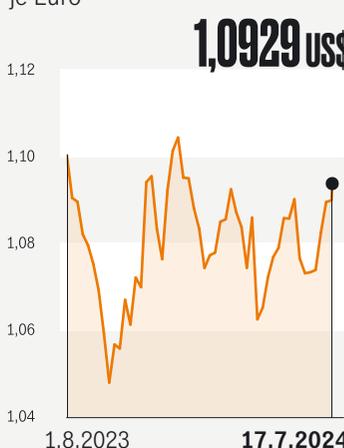
Dow Jones Italy Titans 30

Aktienindex Italien in Punkten



Euro/US-Dollar

Wechselkurs in US-Dollar je Euro



Euro/Britisches Pfund

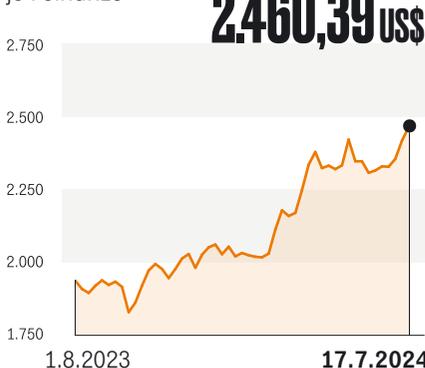
Wechselkurs in brit. Pfund je Euro



Rohstoffe

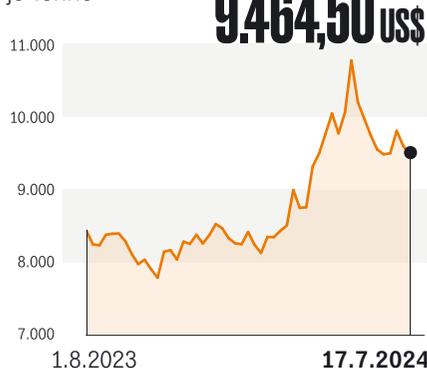
Gold

Preis in US-Dollar je Feinunze



Kupfer

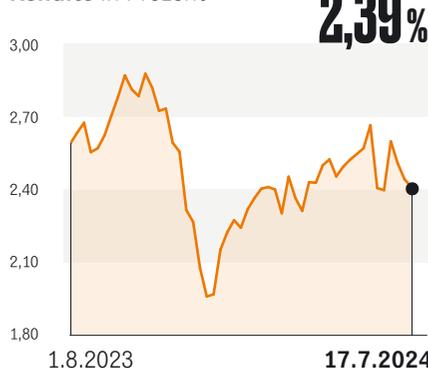
Preis in US-Dollar je Tonne



Staatsanleihen

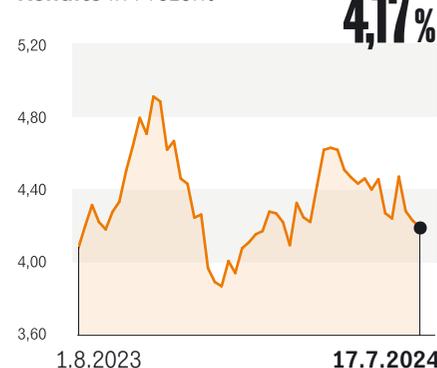
Bundesanleihe

Laufzeit 10 Jahre Rendite in Prozent

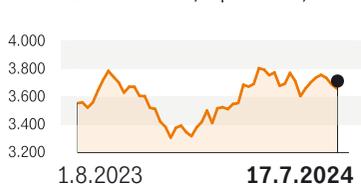


US-Staatsanleihe

Laufzeit 10 Jahre Rendite in Prozent



GSCI 3690,52 | +0,79 %



TOP-FLOP DER ROHSTOFFTITEL

17.7.2024	Kurs	± % Vortag
Hafer (Cents/Bushel)	319,75	+4,15
Weizen (Cents/Bushel)	546,00	+2,87
Blei (\$/t)	2202,0	+2,83
Rohöl WTI (\$/Barrel)	82,67	+2,37
Baumwolle (Cents/lb)	72,43	+1,58
Erdgas (Cents/mmBtu)	2,07	-5,30
Silber (\$/Unze)	30,47	-3,16
Orangensaft (Cents/lb)	434,35	-2,69
Rohöl OPEC (\$/Barrel)	84,44	-2,12
Kohle (\$/t)	107,35	-1,65

DEUTSCHE EDELMETALLE

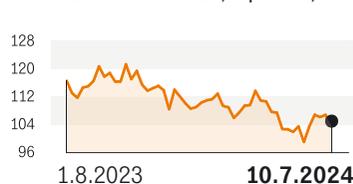
	17.7.2024	16.7.
Silber	891,18 - 983,59	888,78 - 980,95
Silber verarb.	1029	1027
Platin Barren	32,01	31,88
Platin verarb.	33,21	33,07
Palladium Barren	30,71	30,27
Palladium verarb.	31,87	31,42
Gold	71,38 - 76,92	70,47 - 75,94
Gold verarb.	80,57	79,54

Silber Euro / kg; Platin, Palladium und Gold, Euro / g.
Die Preise gelten nur für industrielle Abnehmer (ohne MwSt.)
Quelle: Heraeus

DEUTSCHE METALLPREISE

Kassa Basis London (€/100 kg)	17.7.2024	16.7.
Aluminium, hochgradig	216,0 - 216,1	218,0 - 218,0
Aluminium, Legierung	250,4 - 251,3	251,5 - 252,4
Blei	201,4 - 201,5	195,7 - 195,7
Kupfer (A)	871,7 - 871,8	877,4 - 877,4
Kobalt	2348,0 - 2393,7	2355,1 - 2400,9
Nickel	1496,6 - 1497,0	1507,1 - 1507,5
Zink, spezial-hochgradig	257,8 - 257,8	262,2 - 262,4
Zinn	3040,7 - 3045,3	3017,8 - 3022,4

Heizöl (Ø 15 Städte) 106,14 | -1,89 %



HEIZÖLPREISE

eid HAMBURG. Ermittelte Angebotspreise des EID für Lieferungen von 3000 l (Premium-Qualität) frei Verwendertank in €/100 l einschl. 19% MwSt., EBV und IWO:

	10.7.2024	3.7.	10.7.2024	3.7.	
Berlin	106,48	110,98	Karlsruhe	101,15	102,65
Bremen	113,20	113,52	Kiel	107,25	112,80
Cottbus	108,33	108,00	Leipzig	105,65	107,60
Dresden	105,13	108,38	Lübeck	108,06	107,72
Düsseldorf	103,17	105,10	München	102,73	105,10
Frankfurt	104,02	106,85	Rostock	106,48	110,65
Hamburg	109,63	108,32	Hannover	106,52	109,38
Hannover	106,52	109,38	Stuttgart	104,25	105,72

Schalterkurse Edelmetalle

Goldbarren und -münzen in Euro (Mehrwertsteuerfrei)	Ankauf 17.7.2024	Verkauf 17.7.	Rendite in % 18.7.2023	52-Wochen Hoch	52-Wochen Tief
Gold (kg)	70 718,00	73 837,00	+21,47	72 559,00	55 592,00
500 g Goldbarren	34 794,00	37 271,00	+18,86	36 172,50	27 879,00
100 g Goldbarren	6 958,00	7 488,00	+18,15	7 251,50	5 592,75
1 oz Goldbarren	216,00	231,30	+17,49	224,90	174,40
10 g Goldbarren	695,50	770,50	+13,92	736,00	570,00
1/2 oz Krügerand	2175,00	2267,00	+16,56	2243,00	1757,75
1/4 oz Krügerand	1087,50	1231,10	+11,86	1163,65	899,55
1/4 oz Krügerand	543,50	634,10	+7,79	591,00	458,70
217,50	261,40	+3,62	240,15	187,50	
1/2 oz Maple Leaf	1087,50	1231,10	+11,86	1163,65	899,55
1 Österreichischer Dukat	238,80	253,50	+18,51	247,15	196,60
10 Österreichische Kronen	211,00	226,00	+15,93	219,25	169,75
20 Österreichische Kronen	421,60	447,50	+18,43	436,15	334,55
100 Österreichische Kronen	2105,00	2210,00	+15,93	2166,00	1658,00
20 Francs Leopold	402,90	429,00	+13,33	422,35	329,25
20 Francs Marianne	402,90	428,60	+15,34	419,15	329,95
1 DM Deutschland	847,60	955,00	-8,36	904,80	738,85
20 Mark Wilhelm I	504,30	606,00	+5,72	557,60	430,10
20 Mark Wilhelm II	504,30	536,30	+12,84	522,90	407,25
50 Chilienische Pesos	628,00	696,00	+14,91	664,50	512,25
2 Rand	507,30	533,00	+19,36	522,15	403,35
20 Kronen Dänemark	563,10	689,00	+3,70	628,15	481,50
20 Franken Vreneli	408,40	429,00	+10,53	420,25	339,95

Die Quelle der An- und Verkaufspreise (gültig für sehr gut erhaltene Stücke) ist die Degussa Goldhandel GmbH. Die Rendite entspricht dem Preis, den die Quelle dem Anleger bei einem Goldverkauf bezahlt, abzüglich der Anschaffungskosten, die ihm beim Kauf vor einem Jahr entstanden sind.

Ausgewählte Einzelwerte

MDax (auch im 1 Euro Stoxx 50, 2 Stoxx 50, 3 TecDax) 25548,00 | -0,11% | 52-Wochen-Hoch 28.889,94 | 52-Wochen-Tief 23.626,97

Table with columns: T.O.P.S. des Jahres, 52-Wochen-Hoch, Dividendenrendite, Jahresdiv., Ex-Tag, KGV, Ergebnis. Includes companies like United Internet NA, Aroundtown, Traton, TAG Immobilien.

Main table for MDax with columns: Tages-, Hoch, Tief, Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Umsatz Letzte, HV Div., Divs., Ergebnis, KGV, MK, Streu. Includes companies like Aixtron NA, Aaroundtown, Aurubis, Bechtle, Bilfinger, Carl Zeiss Meditec, CTS Eventim, Delivery Hero, Encavis, Evonik Industries, Evotec, Fraport, freenet NA, Fresenius M. C. St., Fuchs Vz., GEA Group, Gerresheimer, Hella, HelloFresh, Hensoldt, HochTief, Hugo Boss NA, Jenoptik, Jungheinrich Vz., K+S NA, Kion Group, Knorr-Bremse, Kronos, Lanxess, LEG Immobilien, Lufthansa vNA, Nemetschek, Nordex, Puma, Rationale, Redcare Pharmacy, RTL Group, Scout24 NA, Siltron NA, Stabius S.A., Ströer & Co., TAG Immobilien, Talanx NA, TeamViewer SE, thyssenkrupp, Traton, TUI, United Internet NA, Wacker Chemie.

SDax (auch im 1 Euro Stoxx 50, 2 Stoxx 50, 3 TecDax) 14520,73 | -0,71% | 52-Wochen-Hoch 15.337,24 | 52-Wochen-Tief 11.973,73

Main table for SDax with columns: Tages-, Hoch, Tief, Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Umsatz Letzte, HV Div., Divs., Ergebnis, KGV, MK, Streu. Includes companies like 1&1, adress, Adtran Hold., Adtran Networks, Amadeus Fire, Atoss Software, Auto1 Group, BayWa vNA, Borussia Dortmund, Cancom, Ceconomy St., CeWe Stiftung, CompuGroup Med., Dermapharm Holding, Deutz, Douglas, Drägerwerk Vz., Dt. Beteiligung, Dt. Pfandbriefbank, Dt. Wohnen Inh., Dürr, DWS Group, Eckert & Ziegler SE, Elmos Semicond., Energiekontor, Fielmann Grp., flatexDEGIRO, GFT Technologies, Grand City Prop., Grenke NA, Hamborner Reit, Heidelb. Druck, Hornbach Hold., Hypoport SE, Indus Holding, Ionos Group, Jost Werke, Klöckner & Co. NA, Kontron, KSB VA, KWS Saat, Medios, Metro St., MLP, Mutares, Nagarro, Norma Group NA, Patrizia, PNE NA, ProSiebenSat.1, PVA TePla, RENK Group, SAF Holland, Salzgitter, Schaeffler Vz., Schott Pharma, SFC Energy, SGL Carbon, Sixt St., SMA Solar Techn., Sto & Co. KGaA Vz, Stratec, Südzucker, Süss MicroTec NA, Takkt, thyssenkr. nucera, Verbio, Vitesco Techn. Grp., Vossloh, Wacker Neuson NA.

S&P500 5602,65 | -1,14% | 52-W.-Hoch 5.669,67 | 52-W.-Tief 4.103,78

Main table for S&P500 with columns: (Auswahl, ohne DJ-Indextitel), 17.7.2024, Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Letzte, 2024, 2025, KGV, MK, Streu, 2024, 2025, KGV, 2024, 2025. Includes companies like Abbott Laboratories, AbbVie Inc, Adobe, Adv. Micro Devices, Aes Corp, AirBnB, Alphabet Inc. A, Alphabet Inc. C, Altria Group, Am. Intl. Group, Amer. Electr. Power, Amer. Tower Reit, American Airlines, American Water, Analog Devices, Ansys, Applied Materials, AT&T, Autodesk Inc., Automatic Data, Baker Hughes, Bank of America, Bank of New York, Berkshire Hath. B, Biogen Inc., Blackrock, Booking Hold., Bristol-Myers Squibb, Broadcom, C.H. Robinson Worldw., Cadence Design, Capital One, CDW Corp., Centerpoint Energy, Charles Schwab, Charter Comm., Cintas Corp., Citigroup, Cognizant Techn., Colgate-Palmolive, Comcast A, ConocoPhillips, Consolidated Edison, Const. Energy Corp., Copart Inc., Costar Group, Costco Wholesale Corp., CrowdStrike, CSX Corp., CVS Caremark, DanaHER Corp., Deere & Co., Delta Airlines, Delta Air Lines, DexDerm, Diamondback Energy, Dollar Tree Stores, Dominion Energy, Duke Energy, Edison International, Electronic Arts Inc., Eli Lilly, Emerson Electric, Exelon Corp., Exxon Mobil, Fastenal Comp., FedEx Corp., FirstEnergy, Ford Motor, Fortinet, GE Aerospace, GE HealthCare, General Dynamics, General Motors, Genie Scienes, Hunt Transport, IDEX Laboratories, Intuit Inc., Intuitive Surgical Inc., Keurig Dr Pepper, KLA Corp., Kraft Heinz Co, Lam Research, Lockheed Martin, Lowe's, Lululemon Athlet., Marriott Intl., MasterCard, Meta Platforms, MetLife, Micropich Techn., Micron Techn., Moderna, Mondelez Intern., Monster Beverage, Morgan Stanley, Netflix, NEXTERA Energy, NiSource, Norfolk Southern, NVIDIA Corp., O'Reilly Automotive, Old Dominion Fr., ON Semiconductor, Occar Corporation, Pacifi Corp., Palo Alto Networks, Paychex Inc., PayPal, Pepsico, Pfizer, PG & E Corp., Philip Morris, Pub Enterprise, Qualcomm Inc., Regeneron Pharma, Roper Technol., Ross Stores, Inc., RTX Corp., Simon, Southern Co., Southwest Airlines, Starbucks Corp., Synopsys, Take-Two Inter. Softw., Target Corp., Tesla, Texas Instruments, Thermo Fisher, T-Mobile US, U.S. Bancorp, United Pacific, United Airlines Hold., UPS, Verisk Analytics, Vertex Pharma., Walgreens Boots, Warner Bros. Disc., Wells Fargo, Xcel Energy.

Ausgewählte Einzelwerte

EuroStoxx50

4897,49 | -1,02% | 52-Wochen-Hoch 5.121,71 | 52-Wochen-Tief 3.993,10

Table with columns: TOPS des Jahres, 52-Wochen-Hoch, Dividendenrendite, KGV. Lists companies like UniCredit, Intesa Sanpaolo, Safran, etc.

Main table with columns: (ohne deutsche Indextitel), Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Umsatz, Letzte Div., Div. Rend., Ergebnis, KGV, MK Streu. Lists various companies like AB Inbev, Adyen, etc.

Dow Jones

41046,95 | +0,23% | 52-Wochen-Hoch 41.135,88 | 52-Wochen-Tief 32.327,20

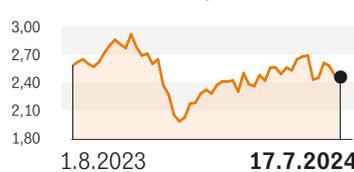
Table with columns: 17.7.2024 / 17:10 h, Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Umsatz, Letzte Div., Div. Rend., Ergebnis, KGV, MK Streu. Lists companies like Amazon, American Express, etc.

Aktuelle Kursinformationen finden Sie unter

http://finanzen.handelsblatt.com

Zinsen

Umlaufrendite



INTERNATIONALE RENDITEN

Table with columns: 10-j. Staatsanleihen, 17.7.2024, % in %, 16.7. Lists countries like Australien, Belgien, etc.

Devisenmärkte

US \$ je Euro

1,0930 | +0,28%



Devisen- und Sortenkurse für 1 Euro

Table with columns: 17.7.2024, Devisen, Brief, 3 Monate, 6 Monate, Ref.kurse, Bankschalter. Lists various currencies like Australien, Dänemark, etc.

Hinweis zum Kurstext: Telefon: 0800 0002053 oder Mail hb.aboservice@vhb.de. Aktien: Börseplatz Dax, MDax, SDax etc.

SUDOKU Zahlenspiele für Rätselfreunde

Sudoku puzzle grid (mittel) with numbers 3, 6, 9, 4, 2, 8, 7, 8, 2, 7, 9, 5, 4, 8, 5, 7, 9, 9, 4, 5, 1, 3, 7, 9, 8, 6.

Sudoku puzzle grid (schwer) with numbers 8, 2, 4, 7, 5, 4, 5, 6, 9, 9, 1, 6, 9, 5, 6, 9, 2, 8, 2, 5, 3, 2, 7, 7, 1, 8, 5, 3.

Lösungen vom 17.07.

Das Kulträtsel Sudoku auch unter: www.handelsblatt.com/sudoku

So funktioniert es: Füllen Sie die Matrix mit Zahlen von 1 - 9. Jede Ziffer darf nur einmal in jeder Spalte, Reihe und in den 3x3 Feldern vorkommen.

Sudoku solution grid (mittel) with numbers 4, 8, 7, 9, 1, 5, 2, 3, 6, 1, 3, 9, 7, 2, 6, 5, 4, 8, 6, 2, 5, 4, 3, 8, 1, 9, 7, 7, 6, 3, 1, 4, 2, 9, 8, 5, 9, 1, 8, 6, 5, 7, 4, 2, 3, 5, 4, 2, 8, 9, 3, 7, 6, 1, 8, 9, 6, 5, 7, 4, 3, 1, 2, 3, 5, 1, 2, 8, 9, 6, 7, 4, 2, 7, 4, 3, 6, 1, 8, 5, 9.

Sudoku solution grid (schwer) with numbers 1, 7, 6, 2, 9, 4, 5, 3, 8, 2, 9, 8, 3, 5, 6, 7, 4, 1, 5, 4, 3, 1, 8, 7, 2, 6, 9, 4, 1, 7, 5, 3, 8, 6, 9, 2, 3, 2, 9, 6, 4, 1, 8, 5, 7, 8, 6, 5, 7, 2, 9, 3, 1, 4, 9, 5, 4, 8, 7, 9, 3, 1, 2, 6, 7, 3, 1, 9, 6, 2, 4, 8, 5, 6, 8, 2, 4, 1, 5, 9, 7, 3.

In Deutschland zugelassene Qualitätsfonds

Name Wshr. ISIN Rückn. Perf. 3J. in % Mittwoch, den 17.7.2024

INVESTMENTFONDS

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)



Telefon +49 69 7147-652 www.deka.de

Table listing various Deka investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

METZLER ASSET MANAGEMENT GMBH

Table listing Metzler Asset Management funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

ODDO BHF ASSET MANAGEMENT

Table listing ODDO BHF Asset Management funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

ÖKOWORLD

Telefon +49 2103 28410

Table listing Ökoworld investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Union Investment

Telefon 069 58998-6060 www.union-investment.de

Table listing Union Investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

ADEPT INVESTMENT MANAGEMENT PLC

Table listing Adept Investment Management funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Alpen Privatbank

alpenprivatbank.com Telefon +43 5517 202-01

Table listing Alpen Privatbank funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

ALTE LEIPZIGER

Table listing Alte Leipziger investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

AL Trust

Table listing AL Trust investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

AXXION

Table listing Axxion investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

BNP PARIBAS ASSET MANAGEMENT

Table listing BNP Paribas Funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

COMMERZ REAL

Table listing Commerz Real investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

DAVIS FUNDS SICAV

Table listing Davis Funds SICAV investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Telefon +49 69 7147-652 www.deka.de

Table listing Deka investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

DEKA INTERN. (LUX) DEKA-GRUPPE

Table listing Deka Intern. (Lux) DeKa-Gruppe investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

DEKA IMMOBILIEN INVESTMENT

Table listing Deka Immobilien Investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

DEKA-VERMÖGENSMANAGEMENT GMBH

Table listing Deka Vermögensmanagement GmbH investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing Priv BaPrem Chance* and Priv BaPrem Ertrag* funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

DWS

Table listing DWS Offene Immobilienfonds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



www.guinnessgi.com/de info@guinnessgi.com

Table listing Guinness Global Investors funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

GUTMANN KAPITALANLAGE

Table listing Gutmann Kapitalanlage funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



www.hal-privatbank.com

Table listing Hauck Aufhäuser Fund Services funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



www.hwb-fonds.com | info@hwb-fonds.com

Table listing hwb investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

IFM INDEPENDENT FD. MANAGAMENT AG

Table listing IFM Independent FD. Managament AG funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

INKA INTERN. KAPITALANLAGEGESELLSCHAFT

Table listing Inka Intern. Kapitalanlagegesellschaft funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Die Fonds-Designer www.ipconcept.com

Table listing IP Concept investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

KANAM GRUND KAPITALANLAGEGES.MBHM

Table listing Kanam Grund Kapitalanlageges.MBHM funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

LILUX

Table listing Lilux investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

LLB INVEST KAPITALANLAGEGES.MBHM

Table listing LLB Invest Kapitalanlagegesellschaft funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

LRI INVEST S.A.

Table listing Lri Invest S.A. funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Telefon +49 69 78808 137 fonds@mainfirst.com www.mainfirst.com

Table listing Mainfirst investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



www.meag.com privat@meag.com

Table listing Meag investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

tägliche Anteilspreisveröffentlichungen - mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH

Table listing various investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

METZLER ASSET MANAGEMENT GMBH

Table listing Metzler Asset Management funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

ODDO BHF ASSET MANAGEMENT

Table listing ODDO BHF Asset Management funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

PAYDEN & RYDEL GLOBAL LTD.

Table listing Payden & Rydel Global Ltd. funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

QUINT:ESSENCE CAPITAL S.A.

Table listing Quint:Essence Capital S.A. funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Telefon: 0800 1685555 www.sauren.de

Table listing Sauren investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

SECURITY KAPITALANLAGE AG

Table listing Security Kapitalanlage AG funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

SEMPER CONSTANTIA INVEST GMBH

Table listing Semper Constantia Invest GmbH funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

STATE STREET

Table listing State Street investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Union Investment

Table listing Union Investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

UNION INVESTMENT REAL ESTATE

Table listing Union Investment Real Estate funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

UNIVERSAL-INVESTMENT-LUXEMBOURG S.A.

Table listing Universal-Investment-Luxembourg S.A. funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

WARBURG INVEST

Table listing Warburg Invest funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

W&W ASSET MANAGEMENT DUBLIN

Table listing W&W Asset Management Dublin funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing various investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Telefon 069 58998-6060 www.union-investment.de

Table listing Union Investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

UNION INVESTMENT (LUXEMBURG)

Table listing Union Investment (Luxemburg) funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

UNION INVESTMENT REAL ESTATE

Table listing Union Investment Real Estate funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

UNIVERSAL-INVESTMENT-LUXEMBOURG S.A.

Table listing Universal-Investment-Luxembourg S.A. funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

WARBURG INVEST

Table listing Warburg Invest funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

W&W ASSET MANAGEMENT DUBLIN

Table listing W&W Asset Management Dublin funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

* Fondspreise/ETF-Preise etc. vom Vortag oder letzt verfügbar

NAV: Nettoinventarwert

Währungsangabe: AU=Australischer Dollar, CH=Schweizer Franken, CA=Canadischer Dollar, DK=Dänische Krone, EU=Euro, GB=Brit. Pfund, JP=Japanische Yen, NO=Norwegische Krone, PL=Polnische Zloty, SE=Schwedische Krone, SG=Singapur-Dollar, US=US-Dollar

Bei der ausschüttenden Tranche ist die Währung gefestsetzt.

Weitere Fonds-Infos unter: http://handelsblatt.com/boerse/fonds

Fonds-Informationen für Profis im IPT: https://www.infrontfinance.com/products/infront-professional-terminal/

Alle Angaben ohne Gewähr, keine Anlageberatung oder -empfehlung



+49 69 26095760 fundservice@infrontfinance.com

Infront publiziert die Fondsdaten im Auftrag der Fondsgesellschaften als besonderen Service für deren Anleger.

Ingo Narat Frankfurt

An den Anlagemärkten deutet sich ein Favoritenwechsel an. „Bisher haben die Technologieaktien mit ihrer Rally alles überstrahlt“, kommentiert André Härtel die Fondsbilanz für das erste Halbjahr. Der Spezialist von Scope Fund Analysis errechnete für das Handelsblatt die durchschnittlichen Erträge von Fonds für 36 unterschiedliche Anlageschwerpunkte. In den ersten sechs Monaten des Jahres lagen die Fonds für Telekommunikationsaktien mit 19,0 Prozent vorn, knapp gefolgt von Strategien für Tech-Werte mit 17,3 Prozent.

In dieser Abrechnung rangieren Produkte für Goldminenaktien mit 14,5 Prozent zwar nur auf dem vierten Platz. Doch eine aktuelle Übersicht würde anders aussehen. In den bisherigen Julitagen sprang der Nyse Arca Gold Bugs, ein Index für Goldminen, um 15 Prozent nach oben – was die Minenfonds in einer vorläufigen Jahresabrechnung mit geschätzt 30 Prozent Gewinn an die Spitze bringen würde. Das Handelsblatt stellt vier ertragreiche Fonds für Goldaktien vor.

Die Aktienkurse für Minenwerte sind getrieben vom Preisanstieg des Edelmetalls, das mittlerweile so teuer ist wie nie: Am Mittwoch wurde die Feinunze Gold in der Spitze bei 2483 Dollar gehandelt. Seit Mitte Februar ist der Goldpreis beschleunigt gestiegen, um etwa 25 Prozent.

„Die asiatischen Zentralbanken kaufen, auch wenn die chinesische gerade eine Pause macht, die Inflation bleibt hoch, und das Metall ist wegen der geopolitischen Unsicherheiten gefragt“, bündelt Goldfachmann Joachim Berlenbach von Earth Resource Investments die Gründe. Hier spiele angesichts der Folgen der amerikanisch-russischen Konfrontation auch der Wunsch einiger Notenbanken nach größerer Unabhängigkeit vom US-Dollar bei den Devisenreserven und als Handelswährung eine Rolle. Westliche Anleger seien an den Käufen bisher kaum beteiligt.

Die Aktienkurse von Goldminen reagieren auf Veränderungen des Goldpreises tendenziell stärker als der reine Metallpreis, weil dessen Anstieg die Gewinne der Förderer überproportional treibt. Die relative Veränderung des Gewinns, also Metall-Verkaufspreis minus Kosten, ist einfach höher.

Berlenbach erwartet deshalb einen dramatischen Effekt: „Wir schätzen, dass die Gewinnmargen im zweiten Quartal gegenüber dem ersten Vierteljahr von 18 auf 33 Prozent springen, sich also fast verdoppeln.“ Ähnlich denkt Erich Meier vom spezialisierten Geldverwalter Konwave: „Die Goldminenbranche wird in den nächsten Quartalen rund das Doppelte an freiem Cashflow gegenüber 2020 erwirtschaften.“ Darauf seien die Anleger überhaupt nicht vorbereitet. „Noch stehen Aktien wie Nvidia auf der Bühne, Rohstoffe sind out“, sagt Berlenbach. Aber das werde sich ändern. Sein Rat: „Die Anleger sollten umschichten.“ Das empfiehlt auch Meier, der mit einem Switch der Investoren rechnet: raus aus Tech-Aktien, rein in Goldwerte.



Fonds

Renditebringer Goldaktien

Das wachsende Sicherheitsbedürfnis vieler Anleger beflügelt Fonds für Minenwerte – sie legten in diesem Jahr bereits kräftig zu. Und die Rally dürfte weitergehen.

Bloomberg/Getty Images

Ein Katalysator könnten die anstehenden Veröffentlichungen der Quartalszahlen sein, die nach Meinung der Experten mit außergewöhnlichen Gewinnanstiegen die Aufmerksamkeit der Anleger erregen dürften. Die größte Goldmine Newmont präsentiert ihre Zahlen am 24. Juli, Kinross Gold und Agnico Eagle Mines folgen am 31. Juli. „Die Minenkurse haben einen riesigen Nachholbedarf“, ist Berlenbach überzeugt. Das Verhältnis der Minenkurse zum Metallpreis sei an einem historischen Tief, die Aktien der Branche sind seiner Meinung nach also viel zu billig. „Da bereitet sich ein Kursfeuerwerk vor, mit den guten Ergebnissen der Minen werden dann auch die westlichen Investoren kaufen müssen“, glaubt der Experte.

Der Aktienmarkt für Goldminen ist extrem klein. Selbst der größte Goldproduzent Newmont kommt nur auf einen Börsenwert von 55 Milliarden Dollar, viele Konkurrenten erreichen höchstens einen einstelligen Milliardenwert. Fonds für Edelmetallaktien sind eine Nische. In Deutschland

Goldmine in Australien: Fonds des Edelmetalls könnten der neue Anlegerfavorit werden.

werden nur 35 Strategien mit einem Gesamtkapital von zwölf Milliarden Euro angeboten.

Das Handelsblatt stellt vier dieser Fonds vor. Alle haben ein gutes Rating von Scope Fund Analysis, ein größeres Volumen und konnten sowohl in diesem Jahr wie auch längerfristig mehr Rendite erwirtschaften als der Durchschnitt in diesem Anlagesegment.

Earth Gold Fund

Rendite

2024 bis Juni: 24,5 Prozent

5 Jahre p. a.: 17,0 Prozent

Joachim Berlenbach will sich nicht auf die großen Unternehmen der Branche verlassen. „Eine Barrick oder Newmont wachsen nicht mehr oder kaum noch“, sagt der Fondsmanager. Der Geologe verlässt sich lieber auf Minenentwickler, die zwei Drittel des Fondsvolumens ausmachen.

Zu dieser Gruppe gehöre die kanadische Lundin Gold: „Das neue Minenprojekt in Ecuador ist noch nicht im Aktienkurs eingepreist.“ Ein anderes Beispiel sei Dundee Precious Metals mit Projekten etwa in Bulgarien,

Armenien und Serbien. In den vergangenen Monaten kaufte der Fonds unter anderem G2 Gold, einen in Guyana operierenden Explorer sowie Vizsla Silver, einen Projektentwickler in Mexiko.

Silberaktien werden nach Meinung von Berlenbach noch höhere Kursgewinne liefern als die aus dem Goldbereich. Daher sind auch drei entsprechende Unternehmen unter den zehn größten Positionen des Fonds: Pan American Silver, Coeur Mining und Fortuna Mining.

Multipartner Sicav – Konwave Gold Equity Fund

Rendite

2024 bis Juni: 21,3 Prozent

5 Jahre p. a.: 17,2 Prozent

„Wir wollen im Bullenmarkt für Edelmetalle der beste Goldfonds sein“, so formuliert Erich Meier den ambitionierten Anspruch. Als Fondsmanager beim spezialisierten Verwalter Konwave hat er die eigene Strategie auf die eher kleineren Unternehmen ausgerichtet. „Bis zu 40 Prozent der Mittel stecken in Firmen, die Lagerstät-

Fondsbilanz für das erste Halbjahr 2024

Durchschnittliche Wertentwicklung in wichtigen Anlageschwerpunkten

Rang Anlageschwerpunkt der Fonds	+19,0%	Erste zwei Quartale 2024	5 Jahre p. a.
1 Aktien Telemedien Welt	+19,0%	+10,0%	
2 Aktien Technologie Welt	+17,3%	+14,9%	
3 Aktien Nordamerika	+15,9%	+13,4%	
4 Aktien Goldminen	+14,5%	+8,0%	
5 Aktien Mittel-/Osteuropa	+14,3%		-0,2%
6 Aktien Welt	+11,4%	+8,9%	
7 Aktien Nachhaltigkeit/Ethik Welt	+10,5%	+9,3%	
8 Aktien Emerging Markets	+10,1%	+3,3%	
9 Mischfonds Global dynamisch*	+8,5%	+5,6%	
10 Aktien Asien Pazifik ex Japan	+8,2%	+3,9%	
11 Aktien Euroland	+7,9%	+6,9%	
12 Aktien Europa	+7,4%	+6,8%	
13 Aktien Japan	+7,1%	+6,3%	
14 Aktien Gesundheitswesen Welt	+6,3%	+5,3%	
15 Aktien Nordamerika Nebenwerte	+6,0%	+8,7%	
16 Aktien China	+5,8%		-3,3%
17 Aktien Rohstoffe & Energie	+5,1%	+7,9%	
18 Aktien Deutschland	+5,1%	+4,5%	
19 Aktien Welt Nebenwerte	+4,7%	+6,9%	
20 Anleihen Emerging Markets Hartwährungen	+4,5%	+0,6%	
21 Absolute Return Multi Strategy Moderate Risk*	+4,4%	+1,1%	
22 Anleihen US-Dollar	+3,3%	+1,4%	
23 Aktien Europa Nebenwerte	+3,3%	+4,7%	
24 Anleihen Euro Firmen Hochzins	+2,5%	+1,3%	
25 Geldmarkt Euro	+1,8%	+0,6%	
26 Anleihen Globale Währungen	+1,6%	+0,2%	
27 Anleihen Euro kurze Laufzeit	+1,3%	+0,2%	
28 Anleihen Emerging Markets Lokale Währungen	+1,1%	+0,0%	
29 Immobilien Welt	+1,0%	+1,7%	
30 Aktien Euroland Nebenwerte	+0,9%	+4,4%	
31 Aktien Japan Nebenwerte	+0,7%	+2,8%	
32 Anleihen Euro Firmen Investmentgrade	+0,6%		-1,0%
33 Anleihen Europäische Währungen	+0,1%		-1,4%
34 Anleihen Euro		-0,1%	-1,4%
35 Aktien Deutschland Nebenwerte		-3,3%	+1,8%
36 Aktien Lateinamerika		-14,6%	-1,0%

HANDELSBLATT

Ultimo: 30.6.2024; *Alle anderen Anlageausrichtungen schneiden schlechter ab • Quelle: Scope Fund Analysis

ten suchen, sie entwickeln oder gerade erst zu produzieren beginnen“, sagt er.

Meier ist überzeugt, dass der Bullenmarkt im Februar begonnen hat. „In so einem Aufschwung werden kleine Aktien besonders gut abschneiden, wie es auch in den früheren Bullenmärkten stets der Fall war.“ Als Beispiel für so eine kleine Firma nennt er Southern Cross, einen australischen Lagerstätten-Entwickler, den kanadischen Explorier Reunion Gold, den kleinen Produzenten Galiano aus demselben Land. Ungewöhnlich für die Strategie ist auch die hohe Quote an Silberminen mit 25 Prozent. Pan American Silver ist die größte Position, auch eine Coeur Mining findet sich im Fonds.

L&G Gold Mining Ucits ETF

Rendite

2024 bis Juni: 17,8 Prozent

5 Jahre p. a.: 8,7 Prozent

Der Indexfonds der britischen Legal & General Investment Management konzentriert sich auf die größten Goldminen. „Die relativen Aktienan-

teile entsprechen mehr oder weniger dem Börsenwert, aber wir achten auch auf die Liquidität im Handel“, erläutert L&G-Experte Anand Venkatraman in London. „Wir konzentrieren uns auf produzierende Minen“, ergänzt er. Allein die fünf größten Positionen erreichen etwas mehr als die Hälfte des Fondskapitals: Newmont, Agnico Eagle Mines, AngloGold Ashanti, Kinross Gold und Gold Fields. Die starke Konzentration sei eine Folge der Konsolidierung in der Branche in den vergangenen zehn Jahren. Der Schwerpunkt liege auf nordamerikanischen Minen.

Der börsengehandelte Indexfonds konkurriert mit wenigen anderen Produkten. ETFs auf teilweise unterschiedliche Gold-Messlatten bieten beispielsweise auch der Vermögensverwalter Blackrock und das niederländische Haus Van Eck an.

DWS Invest Gold and Precious Metals Equities

Rendite

2024 bis Juni: 15,8 Prozent

5 Jahre p. a.: 8,2 Prozent

Der Fonds der Deutsche-Bank-Tochter DWS setzt einen besonderen Schwerpunkt. „Wir suchen vor allem mittelgroße und kleine Goldminen, bevorzugen auch Unternehmen, die im frühen Produktionsstadium sind“, sagt Fondsmanager Darwei Kung in New York.

Rund 60 Prozent des Fondskapitals entfallen auf Aktien von Bergwerksunternehmen mit Börsenwerten unter zehn Milliarden Dollar. Als grobe Orientierung dient der S&P BMI Gold & Precious Metals Index. Rund zwei Drittel der Gelder stecken in Goldproduzenten, dabei auch die Newmont und Gold Fields.

Außerdem greift der Fonds der DWS bei Gesellschaften mit einem besonderen Geschäftsmodell zu: Franco-Nevada und Wheaton Precious Metals zählen zu den zehn größten Positionen. Solche Unternehmen stellen den Gold- oder auch Silberproduzenten Kapital zur Verfügung. Dafür erhalten sie dann im Gegenzug einen Anteil aus den späteren Verkäufen, oder aber sie werden direkt mit dem Edelmetall bezahlt.

Immobilien

Mehr Vertrauen in den Traum vom Eigenheim

Das Zinsumfeld macht Kaufinteressenten optimistischer – zumindest vorerst.

Frankfurt. Der Traum von der eigenen Immobilie wird für Mieterinnen und Mieter wieder realistischer. Zu diesem Schluss kommt eine Umfrage des Finanzierungsvermittlers Interhyp.

Demnach glauben 52 Prozent der Befragten, sich in ihrer Region eine Immobilie leisten zu können. 2023 war noch weniger als die Hälfte der Teilnehmer so optimistisch.

Laut der regelmäßig erhobenen Leistbarkeitsstudie geht inzwischen sogar jeder Zwölfte davon aus, sich leicht bis sehr leicht Wohneigentum leisten zu können. Befragt wurden 1000 Käufer und Kaufinteressenten der Interhyp.

Und Interesse an einer eigenen Immobilie gibt es reichlich: Verschiedenen Studien zufolge wären 60 bis 75 Prozent der Mieter in Deutschland lieber Eigentümer. Interhyp-Vorstandschef Jörg Utecht nennt dies eine „Rückkehr des Optimismus“ und sagt: „Seit der Zinswende war der Immobilienmarkt selten so attraktiv wie aktuell“.

Reiner Braun, Leiter des Immobilienanalysehauses Empirica, erläutert den Stimmungsumschwung so: „Bei sinkenden Preisen wollte keiner zugreifen, bei drohendem Einbruch im Wohnungsbau und heftig steigenden Mieten dreht sich die Einschätzung allmählich.“

Utecht führt als Beleg die Finanzierungen der Interhyp an: Monatlich vergibt das Institut derzeit Kredite in einer Höhe von einer Milliarde Euro mehr als im Vorjahreszeitraum. Das zeigt zumindest der Blick auf die ersten fünf Monate des Jahres. Als einen wichtigen Grund dafür nennt der Interhyp-Chef die gesunkenen Zinsen. Mussten Darlehensnehmer im November 2023 für einen Kredit mit zehn Jahren Laufzeit noch 4,23 Prozent zahlen, sind nun 3,69 Prozent fällig.

Der Vorteil könnte bald durch einen Nachteil ausgeglichen werden

Dabei wird es nach Ansicht von Marktkennern wie Max Herbst von der FMH-Finanzberatung wohl auch in den nächsten Monaten bleiben. Ein Darlehen in Höhe von 320.000 Euro kostet monatlich nun 1520 Euro und nicht 1650 Euro wie im Herbst 2023.

Doch die guten Bedingungen für Kreditnehmer könnten sich bald egalalisieren: In einigen Regionen ziehen die Preise für Wohneigentum bereits wieder an.

Laut dem Interhyp-Immobilienpreisindex, der die Entwicklung in Berlin, Hamburg, München, Frankfurt am Main, Stuttgart und im Bundesdurchschnitt zeigt, steigen die Preise seit dem Frühjahr wieder leicht. Lediglich in Hamburg stagnieren sie.

Auch Experten der Maklerhäuser Colliers und CBRE sehen mehr Nachfrage, die sich auf die Preise auswirken kann.

Interhyp-Chef Utecht verweist auf die derzeit große Zahl an Angeboten. Zudem seien viele Verkäufer zu Verhandlungen bereit. Wobei es sich nach Erhebungen verschiedener Maklerhäuser bei Objekten mit Preisnachlass in der Regel um ältere Gebäude handelt, die über kurz oder lang saniert werden müssen.

Laut der aktuellen Leistbarkeitsstudie schrecken aber 53 Prozent der Befragten davor zurück, eine sanierungsbedürftige Immobilie zu kaufen.

Diesen Vorbehalten treten einige Institute mit günstigeren Zinsen entgegen, wenn sich durch Sanierung die Energieeffizienzklasse der Immobilie verbessert, sagt Utecht. Markus Hinterberger



Handelsblatt KI-Briefing



Getty Images, HB [M]

So erwecken Sie Ihren KI-Coach zum Leben

Führungskräfte müssen häufig schwierige Entscheidungen treffen und herausfordernde Situationen meistern. In solchen Fällen kann es hilfreich sein, sich Unterstützung von professionellen Business-Coaches zu holen. Doch was ist, wenn kurzfristig ein wichtiges Gespräch ansteht und ein solcher Experte genau dann nicht zur Verfügung steht?



Wir sagen dem KI-Coach heute, wer er ist und was er kann.

Luisa Bomke
KI-Reporterin

Im Rahmen der Handelsblatt Management Summer School zeigen Ihnen KI-Reporterin Luisa Bomke und Podcast-Redakteurin Nele Dohmen in einem fünfteiligen Podcast-Spezial, wie Sie sich mit ChatGPT Ihren persönlichen KI-Coach bauen. Im konkreten Fallbeispiel muss eine Führungskraft ein schwieriges Gespräch mit einem Mitarbeiter führen, dessen Leistung stark nachgelassen hat. Nachdem Sie in den ersten drei Folgen bereits nachvollziehen konnten, wie das Tool vorbereitet wird, erwacht der KI-Coach in der vierten Folge schließlich zum Leben.

Übrigens: Alle Folgen können Sie auf Spotify oder unserer Webseite auch als Video-Podcast sehen.

Moderiert von Nele Dohmen



Das Handelsblatt KI-Briefing mit dem News-Update zu Künstlicher Intelligenz erscheint jeden Freitag ab 15 Uhr als Podcast.



Großinvestoren setzen auf US-Aktien

Fondsmanager-Umfrage

Europa ist für internationale Fondsmanager schon nach kurzer Zeit kaum noch spannend. Tech-Titel und Versorgerpapiere werden Übergewichtet.

Anke Rezmer Frankfurt

Es war offenbar nur ein kurzer Abstecher der Großinvestoren nach Europa: Noch im Juni zeigten sich internationale Großinvestoren positiv für Europa wie lange nicht. Einen Monat später scheint es mit der Vorliebe bereits wieder vorbei: Die von der Bank of America (BoA) monatlich befragten internationalen Fondsmanager haben ihre Investments wieder massiv in US-Aktien umgeschichtet.

Dabei gewichten sie Technologie-Titel und nun auch Versorgerpapiere deutlich stärker als ihre Börsenvergleichsindizes. Und das, obwohl sie die Aktien der sieben bekannten Technologieriesen für massiv überkauft halten. Mit Blick auf die anstehenden US-Präsidentenwahlen erwarten indes die meisten Fondsmanager Folgen für die Handelspolitik.

Die Investoren erkennen der Befragung zufolge künftig weiterhin ein positives Umfeld für die Aktienmärkte. Daher ist die Zahl der Großanleger, die Aktien stärker gewichten, als es ihre Vergleichsindizes vorgeben, um ein Drittel höher als die Zahl derer, die das nicht tun. Sie bewegen sich damit fast auf dem Niveau der Juni-Befragung. Anleihen spielen dagegen eine nach wie vor weniger wichtige Rolle.

Die 242 befragten Fondsmanager, die insgesamt 632 Milliarden Dollar Kundenvermögen managen, rechnen mehrheitlich mit Zinssenkungen der US-Notenbank ab September und mit einer allmählichen Abkühlung der US-Konjunktur wie auch der Weltwirtschaft, was in der Regel mit weniger Preisdruck einhergeht.

632

Milliarden Dollar
Kundenvermögen managen die monatlich von der Bank of America befragten 242 Fondsmanager.

Quelle: BoA

Eine Mehrheit von knapp zwei Dritteln erwartet, dass die Fed in den kommenden zwölf Monaten mindestens dreimal die Leitzinsen senkt. Ein Umfeld niedrigerer Zinsen stützt in der Regel die Aktienkurse, da dies die Finanzierungsbedingungen für Firmen verbessert und höhere Bewertungen ermöglicht.

Zugleich rechnen der Umfrage zufolge immer mehr Großanleger damit, dass sich die Weltwirtschaft langsam abschwächt, was zu einem wesentlich Teil an einem schwächeren US-Wachstum liegt. Eine Rezession erwartet ein Großteil der Befragten in den nächsten eineinhalb Jahren aber nicht.

Dazu passt, dass für die Investoren eine hohe Inflation nun nicht mehr das größte Risiko für die Kapitalmärkte ist, sondern geopolitische Krisen. Die im Juni überraschend stark gesunkene Inflationsrate von drei Prozent dürfte zu einer Art Aufatmen und vermutlich zum regionalen Umschichten zurück in US-Aktien geführt haben.

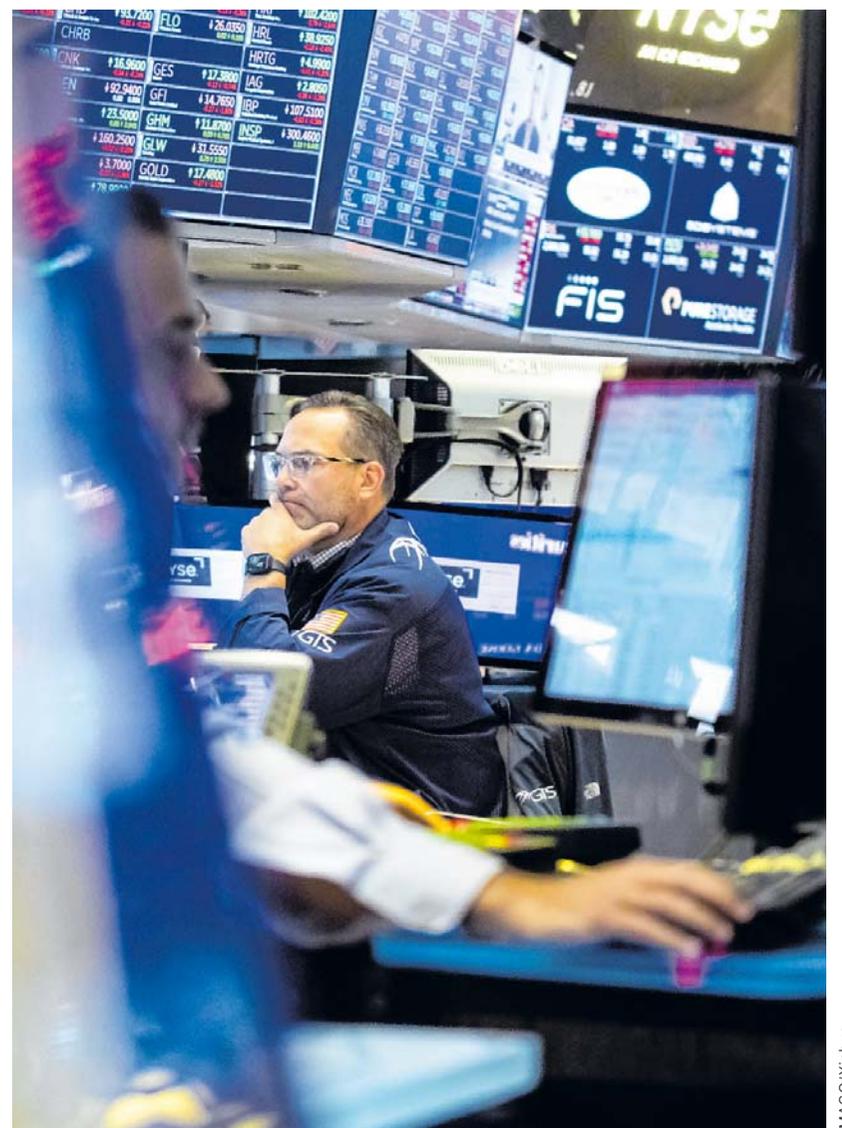
So haben die Investoren ihr Gewicht an US-Aktien im Juli auf ein Fünffmonatshoch deutlich hochgefahren. Am US-Markt halten sie damit das größte regionale Übergewicht in ihren Portfolios. Netto gewichten damit nun 16 Prozent der Großanleger US-Papiere höher, als es ihre Börsenvergleichsindizes vorgeben. Netto bedeutet, dass 16 Prozent mehr Investoren US-Aktien Übergewichten als diejenigen, die das nicht machen. Im Juni waren es nur halb so viele.

Zugleich haben die Anleger ihre Investments in Euro-Zonen-Aktien so stark abgebaut wie zuletzt vor zwei Jahren, als die Aktienkurse am Ende der Nullzinsphase absackten. Nur noch netto zehn Prozent gewichten europäische Aktien über. Erst im Juni war der Anteil auf netto 30 Prozent gestiegen. Gegenüber ihren Vergleichsindizes höher gewichtet haben die Investoren außerdem Aktien aus Japan und aus Schwellenländern.

Interessant ist ebenfalls, dass eine deutliche Mehrheit der Großanleger von 71 Prozent zwar die Aktien der sieben bekannten US-Tech-Riesen, der sogenannten Magnificent Seven, für so stark überkauft hält wie seit Herbst 2020 nicht. Damals begannen sie, stark auf US-Tech-Titel zu setzen. An ihrem deutlichen Übergewicht an Technologie-Aktien halten die Fondsmanager aber fest. In den Zusammenhang passt, dass die Mag Seven Alphabet, Amazon, Apple, Microsoft, Meta, Nvidia und Tesla im Schnitt ein hohes Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) von 53 vorweisen. Das KGV des US-Tech-Index Nasdaq100 beträgt dagegen 33, das des breiten S&P 500 nur knapp 25.

Hohes Gewicht in den Portfolios der Fondsmanager lässt sich aktuell auch bei Aktien der Sparten Telekom und Gesundheit finden. Aufgebaut haben die Investoren im Juli ihren Versorgeranteil.

Befragt nach den Folgen der US-Präsidentenwahlen rechnen die meisten Fondsmanager vor allem mit Auswirkungen für die Handelspolitik, mit Abstand auch für Einwanderung und für Geopolitik. Weniger nennen sie Folgen in der Steuer- und der Energiepolitik. Die Umfrage wurde zwischen dem 5. und 11. Juli durchgeführt, vor dem Attentat auf Donald Trump.



Händler an der Nyse: US-Aktien sind bei Großinvestoren wieder stärker gefragt.

IMAGO/Xinhua



Fed in Washington: Die erste Zinssenkung könnte im September kommen.

Zinsen

Wo mit Anleihen gute Renditen zu holen sind

US-Inflationsdaten stützen den Trend zu sinkenden Zinsen. Goldman Sachs setzt bei Anleihen auf ein bestimmtes Segment.

Frank Wiebe Frankfurt

Seit mehr als einem Jahr lautet an den Kapitalmärkten die Devise: Es gibt wieder Zinsen, Anleihen sind wieder interessant. Sophia Ferguson, leitende Experte für internationale Anleihen bei Goldman Sachs Asset Management (AM), sieht diesen Trend vor allem durch den erneuten Rückgang der Inflation bestätigt. „Die jüngsten wirtschaftlichen Daten verringern die Wahrscheinlichkeit einer unerwartet strafferen Geldpolitik der US-Notenbank“, sagt sie im Gespräch mit dem Handelsblatt.

Die Kurse und die Renditen von Anleihen verhalten sich gegenläufig, weil zum Beispiel bei allgemein sinkendem Renditeniveau bereits am Markt befindliche Papiere im Vergleich zu neuen, schlechter verzinsten attraktiver werden. Wenn sich der Trend zu niedrigeren Zinsen in den USA bestätigt, hat das weltweite Auswirkungen und stützt so die Kurse an den Anleihemärkten. Für Anleger kommt es jetzt darauf an, auf die richtigen Sektoren des Anleihemarkts zu setzen.

Eine wichtige Frage ist, wann die US-Notenbank (Fed) mit den Zinssenkungen startet. Marktdaten sprechen für eine erste Zinssenkung im September, den Termin hält auch Ferguson für möglich. Die US-Fondsgesellschaft Vanguard sieht das ähnlich, geht aber davon aus, dass die Fed erst senkt, wenn der immer noch starke Auftrieb bei den Wohnkosten gebremst ist.

Die nächste Frage lautet, wie weit die Zinsen sinken können. Hierfür wird die Inflation den Ausschlag geben. Ferguson glaubt nicht an eine Rückkehr zu sehr niedrigen Preissteigerungen und

verweist dabei auf „strukturelle Kräfte wie Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie und Geopolitik“.

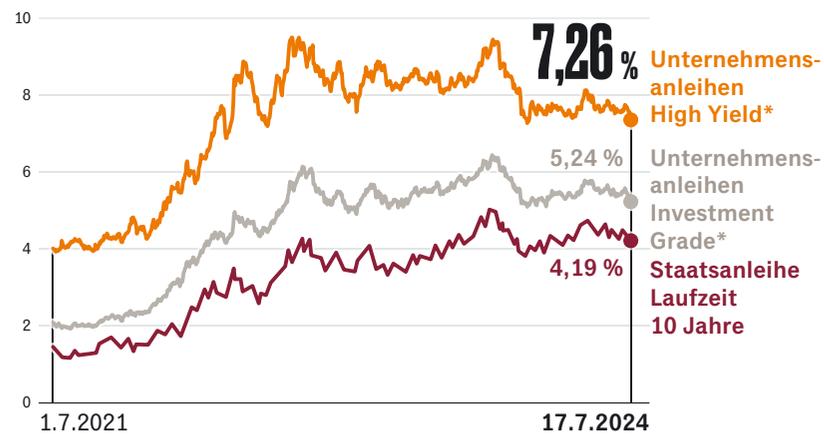
Drittens stellt sich die Frage, welche Laufzeiten interessant sind. Dazu sagt die Experte: „Die Renditen von Staatsanleihen mit kurzer Laufzeit dürften im Zuge der Lockerung der Geldpolitik sinken, während die langfristigen Renditen weniger stark betroffen sein dürften.“ Entscheidend ist dabei, dass die wohl weiterhin expansive Finanzpolitik der USA die langfristigen Zinsen treibt.

Und viertens beeinflusst auch die konjunkturelle Lage den Anleihemarkt. Ferguson hält zwar eine Eintrübung der Konjunktur und einen Anstieg von Ausfällen bei Firmenanleihen für möglich, aber zwei Faktoren sprechen aus ihrer Sicht für Stabilität: Die Reallöhne (also Lohn unter Berücksichtigung der Inflation) liegen bei den unteren 40 Prozent der US-Arbeitnehmer über dem Niveau von 2019, das spricht für anhaltend starken Konsum. Und die Ausfallraten bei Anleihen liegen mit 2,7 Prozent deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 3,4 Prozent.

Daher findet Ferguson Firmenpapiere interessant, die an der Grenze zwischen starker und schwächerer Kreditqualität liegen, also bei Ratings mit den Noten BBB, was noch Investmentgrade (IG) ist, und BB, was zum Hochzinsmarkt gehört, der in den vergangenen Jahren insgesamt an Kreditqualität gewonnen hat. Sie bevorzugt dabei kurze bis mittlere Laufzeiten: Dort sind die Zinsen zurzeit noch relativ hoch. Und wenn sich die These bestätigt, dass langlaufende Papiere wenig an Rendite verlieren, ist es nicht so dringlich, sich in dem Bereich in großem Umfang Zinsen zu sichern.

US-Anleihen

Rendite in Prozent



HANDELSBLATT

*Stand: 16.7.2024 • Quelle: Bloomberg

Chart des Tages

Lanxess verdient mehr als erwartet

Das überraschend gute Ergebnis des Konzerns führte zu einem Kurssprung.

Der Spezialchemiekonzern Lanxess profitiert von seinem Sparkurs und einer wiederanziehenden Nachfrage, was die Börse am Mittwoch mit einem deutlichen Kurssprung um zeitweise gut 27 Prozent quittierte. Im zweiten Quartal stieg der bereinigte operative Gewinn (Ebitda) nach vorläufigen Zahlen um 69 Prozent auf 181 Millionen Euro, wie das Kölner Unternehmen am Mittwoch mitteilte. Damit liegt das Ergebnis deutlich über den Analystenschätzungen von zuletzt gut 137 Millionen Euro. Lanxess führt den kräftigen Zuwachs auf sein Sparprogramm zurück, zudem sei das Unternehmen nach dem Lagerabbau der Kunden im Vorjahr wieder besser ausgelastet. Seine Jahresprognose, die einen Ergebnisanstieg von zehn bis 20 Prozent vorsieht, bekräftigte der Konzern gleichwohl. „Wir profitieren davon, dass wir in den letzten Monaten konsequent unsere Kostenstrukturen angepasst haben und effizienter geworden sind“, erklärte Lanxess-Vorstandschef Matthias Zachert. „Wo immer die Nachfrage weiter anziehen sollte, sind wir in einer deutlich besseren Position, um davon zu profitieren.“ HB

Lanxess

Aktienkurs am 17.7.2024 in Euro



HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

Anzeige

26/27
Sep 24
Düsseldorf & digital

Handelsblatt

ESG-Reporting & -Steuerung

Wegweiser für nachhaltiges Wirtschaften

Diskutieren Sie u.a. mit folgenden Referenten und Referentinnen

Tanja Castor
BASF



Melanie Sack
Institut der Wirtschaftsprüfer



Dr. Henrik Pontzen
Union Investment



Andreas Wade
Viessmann Climate Solutions



Jetzt anmelden:
handelsblatt-esgreporting.de



Content Partner



Handelsblatt
Substanz entscheidet.

MSCI World Aktien ↑ 3.642,95 Pkt. +0,37 %	MSCI Emerging Markets ↓ 1.117,38 Pkt. -0,26 %	Yen/Euro ↑ 171,11 Yen +0,86 %	CHF/Euro ↑ 0,9689 sfr +0,53 %	10-jährige Bundesanleihe → 2,427 % Rendite 0,00 PP	10-jährige US-Staatsanleihe → 4,181 % Rendite +0,02 PP	Silber (Feinunze) ↓ 30,34 US\$ -2,92 %	Bitcoin ↑ 64.979 US\$ +0,44 %
--	--	--	--	---	---	---	--

— Märkte-Insight —

Trump, Vance und die Märkte

Schon jetzt ist klar, dass die US-Wahl im Herbst spürbare Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben wird – das gilt auch für europäische Aktien und Anleihen.



Nach dem Mordanschlag auf Donald Trump kamen bei vielen Investoren sehr schnell Ideen zu einem „Trump-Trade“ auf. Der Anschlag dürfte seine Popularität gesteigert haben, die Wahrscheinlichkeit, dass der umstrittene Politiker erneut ins Weiße Haus einzieht, damit auch. Damit stellt sich die Frage, was das für die Kapitalmärkte bedeutet. Wichtig aber: Nachdem Trump den mindestens ebenso umstrittenen Politiker James David Vance zu seinem künftigen Stellvertreter auserkoren hat, könnte es auch zu einem „Vance-Trade“ kommen, der bis nach Europa reicht.

Der Trump-Trade bedeutete zunächst einen Anstieg des Bitcoins, weil der Präsidentschaftskandidat sich positiv zum Thema Kryptowährungen geäußert hatte. Die Erwartung einer noch höheren Staatsverschuldung ließ die Renditen der langfristigen Staatsanleihen anziehen. Und die Aussicht auf weniger Steuern und behördliche Auflagen für Unternehmen sollte Aktien unterstützen. Das ist aber nicht alles.

Frederik Ducrozet, der geldpolitische Experte der Schweizer Privatbank Pictet, hat schon vor dem Wochenende vor steigender Inflation in den Vereinigten Staaten gewarnt. Und dabei hat er nicht nur die hohen Staatsausgaben im Blick. Eine Rolle spielen auch die Handelspolitik und die Frage, wie der künftige Präsident mit der Zuwanderung umgeht. Traditionell, als die Partei der Republikaner noch von kapitalistisch geprägten Konservativen im alten Stil

geprägt war, hat diese Partei sich für freie Märkte eingesetzt. Die Demokraten hatten dagegen mehr den Schutz der heimischen Wirtschaft im Sinn. Aber mit Donald Trump und seiner Ideologie, Amerika wieder groß zu machen, hat sich das geändert.

Er und die ihm inzwischen treu ergebenden Republikaner bringen eher das Risiko mit sich, es mit der Abschottung der US-Wirtschaft zu übertreiben. Denn Zölle oder andere Einfuhrhemmnisse treiben tendenziell die Preise in den USA hoch. Noch deutlicher ist der Unterschied beim zweiten Punkt. Trump und seine Anhänger setzen wie Rechtspopulisten weltweit auf das Thema Einwanderung und schüren entsprechende Ängste. Die US-Wirtschaft ist aber genauso wie zum Beispiel die deutsche auf den Zustrom von Arbeitskräften angewiesen. Wird der gedrosselt, treibt das die Löhne und damit auch die Preise

hoch. Deswegen ist die These von Ducrozet keineswegs abwegig; Trumpflation ist ein Risiko.

Vielleicht noch unterschätzt wird die Rolle von Vance. Er wird den Trend zum Protektionismus in den USA weiter verstärken. Und er hat sich in der Vergangenheit sehr deutlich gegen Hilfen für die Ukraine ausgesprochen. Trump macht mit der Auswahl seines Stellvertreters deutlich, dass er die USA von ihren militärischen Verpflichtungen in Europa lösen will; seine bekannte Sympathie für den russischen Autokraten und Kriegstreiber Wladimir Putin wird so noch deutlicher. Europa wird daher mehr, als vielen lieb ist, die eigenen militärischen Kapazitäten ausbauen müssen.

Und das hat Folgen: Es wird mehr Geld in europäische Rüstung fließen, was wiederum die Kurse der entsprechenden Aktien weiter hochtreiben wird. Es wird mehr Staatsschulden und damit auch mehr Staatsanleihen geben, vielleicht sogar auch gemeinsam begebene Papiere im Euro-Raum. Als Folge dürften die Anleiherenditen steigen, und die Spannungen unter den Euro-Staaten könnten zunehmen.

All das, muss man einräumen, würde vielleicht auch ohne Trump und Vance irgendwann passieren. Dass die USA den militärischen Schutz Europas zu einem guten Teil unterstützen, ist historisch zu erklären, aber auch solche historischen Faktoren haben ihre Halbwertszeit.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17.40 Uhr

Frank Wiebe ist Redakteur im Finanzressort. Sie erreichen ihn unter: wiebe@handelsblatt.com



Börse am Donnerstag

Fünf Punkte, die für Anleger heute wichtig sind

1 EZB-Sitzung

Am Donnerstag trifft sich die Europäische Zentralbank zur Ratssitzung, um eine Zinsentscheidung zu treffen. Aller Voraussicht nach sollen die Zinsen konstant bleiben. Beobachter hoffen jedoch auf neue Hinweise darauf, wie oft und zu welchem Zeitpunkt die Notenbank die Zinsen bis zum Jahresende senken wird.

2 Netflix-Zahlen

Netflix präsentiert Zahlen aus dem zweiten Quartal. Der Streaminganbieter kämpft mit der wachsenden Anzahl an Konkurrenten in der Serien- und Filmanbieterbranche, darunter Disney, Amazon und Apple, und hat zuletzt die Abopreise angehoben.

Netfli

Aktienkurs in US-Dollar

641,92 US\$



HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

3 Anglo American

Anglo American öffnet am Donnerstag seine Bücher und gibt Auskunft über das zweite Quartal. Der Bergbaukonzern baut unter anderem Diamanten, Platin, Eisen, Mangan und Kupfer ab. Vor allem wegen Letzterem wollte Konkurrent BHP das Unternehmen übernehmen, für rund 49 Milliarden Dollar. Anglo American lehnte das Angebot aber ab. Nun muss BHP sechs Monate lang warten, um einen neuen Übernahmeversuch zu starten.

4 Weitere Bilanzen

Außerdem veröffentlichen weitere Unternehmen ihre Quartalszahlen, so etwa der Schweizer Pharmariese Novartis, die US-Investmentgesellschaft Blackstone und die Anfang des Jahres von einer Pannenserie betroffene Fluggesellschaft United Airlines.

5 Chinas Pläne

Am Donnerstag endet das dritte Plenum der Kommunistischen Partei Chinas. In jener dritten von sieben Plenarsitzungen einer Legislaturperiode werden Reform- und Wirtschaftsvorhaben festgelegt.